

DIE WELTWOCHEN



«Sie müssten mich töten»

Serbiens Präsident Vucic bezeichnet die Proteste als versuchten Staatsstreich. Er werde dem Druck der Strasse niemals weichen. *Roger Köppel, Belgrad*

Frühling des Populismus

Was will die wichtigste politische Bewegung unserer Zeit? *Prof. Oliver Zimmer*

Mobilmachung gegen Freiheit und Demokratie

Union und SPD wollen freier Rede und freier Wahl den Krieg erklären.
Hans-Georg Maassen und Alexander Wendt

Geht die Silber- und Goldrallye weiter?

Marktausblick 2025: Welche Chancen- und Herausforderungen kommen auf uns zu? Für Werner J. Ullmann, CEO von BB Wertmetall, ist eines klar: Mit Silber und Gold lässt sich jedes Portfolio stabilisieren. Er erklärt, warum er immer noch attraktives Wachstumspotenzial für die Edelmetalle sieht – und wie man einfach und sicher in Silber und Gold investieren kann.



Innovationen aus der Schweiz: das S-Deposito für Silber und das G-Deposito für Gold.

Herr Ullmann, die europäische Wirtschaft dürfte laut Prognosen 2025 kaum vom Fleck kommen. Wie sehen die Aussichten für Silber und Gold aus?

Ich bin zuversichtlich, dass wir bei beiden Edelmetallen weitere Preissteigerungen sehen. Unabhängig vom Auf und Ab der Konjunktur haben sich Silber und Gold seit Jahrtausenden als Wertspeicher bewährt.

Silber dürfte mittelfristig eine Aufholjagd starten.

Gold eilte im ausklingenden Jahr von einem Rekord zum nächsten. Wird die Luft nach oben dünner?

Nein. Gold steht wie nichts anderes für Wertbeständigkeit. Die internationalen Zentralbanken wollen ihre Goldbestände wieder aufstocken. Je unsicherer die Zeiten, desto stärker legt das «Metall der Könige» zu. Das aktuelle Hoch des Goldes spiegelt vor allem die Schwäche der gängigen Währungen. Schliesslich messen wir den Goldpreis in US-Dollar. Dieser hat allein in den letzten 50 Jahren über 80 Prozent seiner Kaufkraft verloren.

Der Silberpreis liegt immer noch weit unter seinen Höchstständen von 49 US-Dollar. Wie geht es weiter?

Der Silberpreis wird immer stärker von der industriellen Nachfrage getrieben. 70 Prozent des weissen Metalls gehen bereits in die Industrie. Denn Silber ist als elektrischer Leiter unverzichtbar für Solarpanels, Elektroautos, Handys, Rechenzentren, KI und diverse Hightech-Anwendungen. Im Jahr 2024 übersteigt die Nachfrage nach Silber zum sechsten Mal in Folge das Angebot. Gold ist heute mehr als 80-mal teurer als Silber. Deshalb gehe ich davon aus, dass Silber mittelfristig eine Aufholjagd startet.

Wie sollte man in Silber und Gold investieren?

Wer ein paar Silber- und Goldmedaillen als Notgroschen auf der Seite hat, sollte mit unseren Lösungen S-Deposito und G-Deposito langfristig Werte aufbauen.

Was ist das S-Deposito?

Das S-Deposito ermöglicht einen flexiblen Zugang zu Silber: Sie erwerben reines Silbergranulat, den Grundrohstoff für alle

Silberanwendungen. Dieses lagern wir voll versichert in einem Schweizer Zollfreilager. Anlegerinnen und Anleger können täglich Ein- und Auszahlungen vornehmen – und Tauschgeschäfte tätigen. Alles funktioniert einfach und ausserhalb des Bankensystems.

Und das G-Deposito?

Diese Lösung verbindet die Eigenschaften von Gold mit jenen eines Depots – nach den Prinzipien des S-Deposito.



Werner J. Ullmann ist Ökonom und CEO von BB Wertmetall.

Engagiert für stabile Werte

Die BB Wertmetall stellt Privatpersonen, Familien und Firmen innovative Produkte aus Silber und Gold bereit, um wahre Werte aufzubauen und zu erhalten. Ihr Sitz befindet sich in Lenzburg.

DIE WELTWOCH

Nummer 13 – 27. März 2025 – 93. Jahrgang

Putin will Europa nicht erobern

Die Staaten der Europäischen Union rüsten auf. Das ist richtig. Zu lange hat man die Verteidigung vernachlässigt, auch in der Schweiz. Der Einmarsch der Russen in die Ukraine hat auch deshalb einen Schock ausgelöst, weil er den Europäern bewusst machte, wie nackt sie militärisch dastehen. Deshalb reagierten sie so emotional und kopflos auf die russische Invasion. Schwäche produziert keine vernünftige Politik. Putin brachte die Einsicht in die Notwendigkeit verteidigungsfähiger Streitkräfte zurück.

Die Auf- oder Nachrüstung EU-Europas und der Schweiz ist überfällig. Falsch aber ist das Motiv, mit dem sie jetzt vorangetrieben wird. Die gewaltigen Investitionen sollen dazu dienen, einen angeblich unmittelbar bevorstehenden Angriff Russlands auf weitere europäische Länder zu verhindern. Zahlreiche Experten, vor allem Deutsche, behaupten, als ob sie eine Standleitung in Putins Hirn besässen, der Kreml-Herrscher werde 2028, spätestens 2030 seinen «imperialen Eroberungskrieg» fortsetzen.

Das Problem solcher Szenarien besteht darin, dass sie zur selbsterfüllenden Prophezeiung werden können. In der Politik hat das eigene Verhalten einen Einfluss darauf, wie sich der andere verhält. Indem man jetzt wie verrückt gegen Russland aufrüstet, verschärft man dort das Gefühl der Bedrohung, was wiederum die Wahrscheinlichkeit eines militärischen Konflikts erhöht, die man doch eigentlich verringern will.

Ein zweiter Widerspruch: Die gleichen Experten, die einen russischen Angriff fast bis auf den Tag genau glauben voraussagen zu können, sind oft auch der Meinung, der Ukraine-Krieg zeige, wie schwach und wirkungslos die russischen Streitkräfte seien. Auf der einen Seite also hat man Angst vor einer Invasion. Auf der anderen Seite mokiert man sich über die angebliche Unfähigkeit des Gegners. Europas Strategie resultiert aus der Gleichzeitigkeit dieser zwei sich ausschliessenden Gedanken.

Aber wie realistisch ist ein russischer Angriff auf Europa denn überhaupt, in den nächsten Jahren oder später? Die Antwort hängt entscheidend davon ab, wie man den Ukraine-Krieg einordnet. Vor der russischen Invasion war eine

russische Operation gegen Europa absolut kein Thema. Nach dem Einmarsch hat sich in Lichtgeschwindigkeit die Behauptung dogmatisch festgesetzt, Putin plane die Wiedereroberung der einstigen sowjetischen Einflusszone, Ostblock *reloaded*.

Theoretisch ist nichts auszuschliessen. Wir wissen nicht, was in Putins Kopf vorgeht, das aber wissen auch die nicht, die es genau zu wissen vorgeben. Vermutlich geht man nicht fehl in der Annahme, Putin hege irgendwo tief drinnen die Sehnsucht, den Zusammenbruch der Sowjetunion, für ihn die grösste geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts, wieder rückgängig zu machen. Hätte er die Möglichkeit dazu, die Macht, würde er das wohl versuchen. Das auszuschliessen, wäre naiv.

Daraus allerdings abzuleiten, dies sei tatsächlich sein Ziel und der Ukraine-Krieg der erste Schritt, ist alles andere als logisch. Auch blendet man so die eigentlichen Kriegsursachen in der Ukraine aus. Die Russen, argumentieren etwa die amerikanischen Professoren Jeffrey Sachs und John Mearsheimer, führen keinen Eroberungskrieg, sondern einen Abwehrkrieg gegen das Vordringen der amerikanischen Militärallianz Nato bis an die unmittelbaren russischen Grenzen.

Grossmächte haben Einfluss- und Sicherheitsphären. Das gilt für die Amerikaner genauso wie für die Russen. Die Ukraine ist zudem ein ganz spezieller Fall. Die Gebiete im Osten waren jahrhundertlang Bestandteil Russlands, die Kultur dort ist russisch, auch die Krim, während die Westukraine unter österreichischem, litauischem, polnischem und schwedischem Einfluss stand. Kiew wiederum wird von den Russen als Wiege ihrer Kultur und ihres Staats betrachtet. Das gilt es zu berücksichtigen.

Die Amerikaner wussten, dass eine Ausdehnung ihrer Nato nach Osten Konflikte bringen wird. Davor warnten US-Diplomaten wie George Kennan oder William Burns, der spätere CIA-Direktor. Trotzdem rückte die Nato immer weiter vor. Die USA unterstützten einen Staatsstreik in der Ukraine, es kam zu Widerstand im Osten, dann zum Bürgerkrieg. Seit 2015 ist die autoritär regierte Ukraine faktisch Nato-Mit-

glied. Von den Russen zu erwarten, dass sie all dies klaglos schlucken, war ein schwerer Fehler.

Wiederholt betont Putin, er sei kein Feind Europas. Auch gedenke er nicht, weitere Staaten anzugreifen. Darf man ihn beim Wort nehmen? Immerhin willigte er im April 2022 ein, kurz nach dem Einmarsch, mit Selenskyj einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, der für die Ukraine vorteilhafter ausgefallen wäre als das, was ihr jetzt bevorsteht. Viel spricht dafür, den Russen zu glauben, wenn sie sagen, sie würden eine neutrale Ukraine ohne Nato akzeptieren, unter Berücksichtigung der militärischen Lage.

Putin will Europa nicht erobern. Warum sollte er das tun? Land haben die Russen genug. Es geht ihnen um die Sicherheit. Und es liegt nicht im russischen Interesse, dauerhaft mit dem Westen Krieg zu führen. Putin kennt die Geschichte. Er ist gewiss ein machtbewusster, machiavellistischer Politiker, aber er ist nicht wahnsinnig. Ein Angriff auf die Nato würde ihn unweigerlich in direkten Konflikt, in einen möglichen Atomkrieg mit den Vereinigten Staaten verwickeln. Warum sollte er das tun? Es wäre verrückt.

Die Amerikaner haben das verstanden. Darum sitzen sie jetzt mit den Russen am Verhandlungstisch. Die Europäer weigern sich noch, auf einen Frieden einzusteigen. Ihre Eliten haben immenses politisches und finanzielles Kapital in diesen Krieg investiert, verbunden mit einer massiven Propaganda der Angstmacherei und Russenfeindlichkeit. Ihre Strategie aber ist gescheitert. Die Unterstützung der Ukraine war richtig, aber der Waffendogmatismus, der Verzicht auf jegliche Diplomatie, war falsch.

Wie lange werden sich die EU-Eliten gegen die Wirklichkeit aufbäumen? Wie lange noch folgen sie den apokalyptischen Vorstellungen Selenskyjs, dieses falschen Heiligen, der die EU und die USA in einen grossen Krieg gegen Russland reissen will? Solange die notwendige Nachrüstung von irrigen Annahmen ausgeht, kann aus ihr nichts Gutes entstehen. Aber zum Glück ist die EU zu schwach für eine Konfrontationspolitik an mehreren Fronten. Ob die heute regierenden Politiker zu dieser Einsicht bereit sind, ist freilich zu bezweifeln. R. K.

INTERN

Urs Gehrig berichtet aus Istanbul, Izmir und Ankara, Wirtschaft und Erfolg: Fernseh-Legende Werner Kimmig, Würdigung des brillanten Gérard Depardieu

Werner Kimmig ist eine legendäre Figur im deutschsprachigen Fernsehen. Anfang der achtziger Jahre machte er zusammen mit Kurt Felix «Verstehen Sie Spass?» gross. Bis heute ist er erfolgreicher TV-Produzent – unter anderem verantwortet er die «Helene Fischer Show». Wir haben den mittlerweile 76-jährigen Deutschen in seiner badischen Heimat Oberkirch zum Gespräch über Erfolgsrezepte von damals und heute getroffen. «Ich bin der Meinung, dass das lineare Fernsehen gerade eine Wiedergeburt erlebt», sagt der Medienunternehmer. Seite 26

Die Verhaftung des populären Stadtpräsidenten von Istanbul war ein Paukenschlag. Und die Proteste, die seither in türkischen Grossstädten aufflammen, sind die grössten seit Jahren. Gründung einer kriminellen Vereinigung, Bestechung, Erpressung, Unterstützung von Terrorismus werden Ekrem Imamoglu vorgeworfen, der in Umfragen Staatspräsident Erdogan übertrumpft. Der Verdacht liegt nahe, dass Langzeitherrscher Erdogan seinen einzigen ernsthaften Gegner mittels Justiz aus dem Rennen kegeln will. Imamoglus Partei spricht denn auch von einem «politischen Putsch». Urs Gehrig besuchte Istanbul, Izmir und Ankara, wo sich die Wut auf der Strasse entlädt. «Es sind Szenen wie aus einem Schauprozess», kommentierte ein Bürger die Verhaftung. Doch sind die Vorwürfe gegen den Bürgermeister und Bauunternehmer komplett aus der Luft gegriffen? Seite 30



«Verstehen Sie Spass?»: TV-Produzent Kimmig mit Kurt Felix (l.).

Viele prominente Franzosen sind in den letzten Jahren unter die Me-Too-Guillotine gekommen. Gegen den prominentesten wurde schon mehrmals Anzeige erstattet, in diesen Tagen steht er in Paris erstmals wegen sexueller Belästigung vor Gericht: Gérard Depardieu, «ein riesiger Schauspieler, der Frankreich stolz macht», wie Präsident Macron verlauten liess. Mag sein, dass das Verfahren gegen den

76-jährigen Schauspieler, inzwischen ein 150 Kilo schwerer, diabeteskranker Koloss, eine dürrmattsche Wendung nehmen und als Farce enden wird; vielleicht wird das Genie auch verurteilt. So oder so Gelegenheit, den berühmtesten, beliebtesten und brilliantesten französischen Schauspieler und seine grössten Rollen zu würdigen. Seite 44

Ihre Weltwoche

IMPRESSUM

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Zollikerstrasse 90, Postfach, 8702 Zollikon.

Chefredaktor: Roger Köppel. **Betriebsleitung:** Samuel Hofmann. **Anzeigenleitung:** Gabriel Lotti.

Redaktion und Verlag: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, www.weltwoche.ch, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, verlag@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch

Kundenservice: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91, E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch.

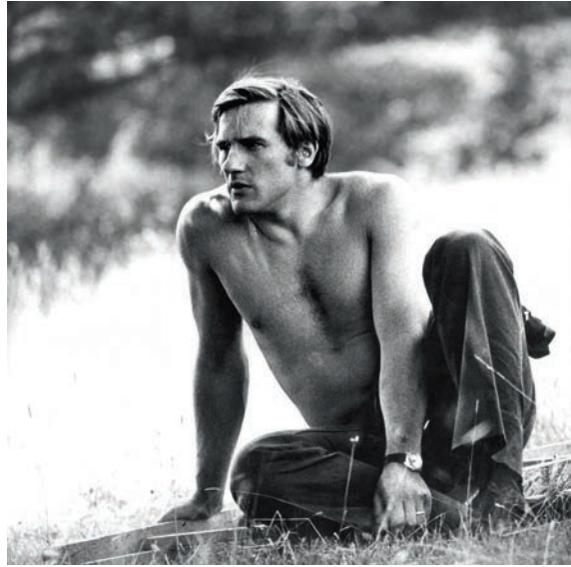
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.). Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.). Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Anzeigenverkauf: Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07, E-Mail: anzeigend@weltwoche.ch.

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.



Frühling des Populismus: S. 22



«Das ist mein Leben, das bin ich»: Gérard Depardieu. S. 44



Giannis Schwester: Donatella Versace. S. 21

DIESE WOCHE

- 3 Editorial
- 4 Intern
- 6 Eilmeldung Mobilmachung gegen die Demokratie
- 7 Matthias Matussek
Liebe Trump-Tafelrunde
- 8 Rahel Senn Taiwan, Hintertür der USA
- 8 Personenkontrolle
- 9 Berlin Bundestag
Parlamentarisch beschädigte Demokratie
- 10 Steve Witkoff
«Putin ist kein schlechter Mensch»
- 13 Kurt W. Zimmermann
Wiedergeburt der Merkel-Medien
- 14 Hans-Georg Maassen
Was ist eigentlich «Hass und Hetze»?
- 16 Aleksandar Vucic
«Sie müssten mich schon töten»
- 20 Die Bibel
Grenzverrückungen machen verrückt
- 20 Selenskyjs neue Kleider
Top-Designerin entwirft Militär-Chic
- 21 Donatella Versace Ewige Fremde
- 22 Oliver Zimmer Kann der Populismus erwachsen werden?
- 24 Estland EU-Mitglied schränkt Wahlrecht ein
- 25 Benjamin Netanjahu
Der Hut des Zauberers ist leer
- 26 TV-Starproduzent Werner Kimmig
«Die besten Deals habe ich per Handschlag gemacht»
- 29 Anabel Schunke
Gesucht: Politiker mit Rückgrat
- 30 Reportage aus der Türkei
«Als habe sich eine unsichtbare Hand um unseren Hals gelegt»
- 32 Herbert Kickl «Europas Aufrüstung ist eine Katastrophe»
- 35 Weisheit des Herzens Magie der Schritte
- 36 Tamara Wernli
Milliardärinnen-Quote, subito!
- 50 Leserbriefe

LITERATUR UND KUNST

- 37 Ikone der Woche
- 38 Rainer Maria Rilke
Dichter auf Therapie-Niveau
- 40 Bücher der Woche
- 44 Gérard Depardieu
Halali auf ein Genie
- 46 Film
«Game Over – Der Fall der Credit Suisse»
- 47 Klassik
Franco Fagioli: der letzte Kastrat
- 47 Jazz
Myra Melford

LEBEN HEUTE

- 48 Wunderbare Welt
- 48 Unten durch
- 49 Sex

EILMELDUNG

Mobilmachung gegen die Freiheit

Union und SPD basteln an einem bürgerfeindlichen Gesetzeskatalog des Schreckens. Bis hin zur Politisierung des Strafrechts.

Alexander Wendt

Wer in diesen kühlen Märztagen im Berliner Regierungsviertel mit Unionspolitikern spricht – natürlich immer vertraulich –, bekommt zu hören: «Was sollen wir machen? Wir sind von der SPD abhängig.» So jedenfalls ein an den Koalitionsverhandlungen beteiligter Parlamentarier. Denn die Alternative verbietet sich die Union

Berlin

und Gesellschaftspolitik, die jetzt aus den Verhandlungsrunden durchsickern, stossen offenbar gar nicht erst auf nennenswerten Widerstand der Merz-Truppe. «Wir können nicht anders» dient hier als kommode Ausrede, um durchzuwinken, was man selbst gern möchte. Im Papier der Verhandler heisst es beispielsweise: «Das Informationsfreiheitsgesetz in der bisherigen Form wollen wir abschaffen.» Diese Paragraphen ärgern nämlich SPD- wie Unionspolitiker gleichermassen, denn sie geben auch ganz gewöhnlichen Bürgern das Recht auf Einblick in Regierungsunterlagen.

Das sehr kleine Medium *Multipolar* und eine Einzelperson erklagten beispielsweise Zugang zu den Corona-Akten des Robert-Koch-Instituts. Die Papiere dokumentierten, dass eben nicht die Wissenschaft damals die deutsche Corona-Politik bestimmte, sondern autoritäre Politiker, die in gefügigen Hygienebeamten ideale Partner fanden. Die Veröffentlichung traf nicht nur den damaligen SPD-Gesundheitsminister, sondern auch seinen CDU-Vorgänger. So etwas, finden die Koalitionäre in spe, dürfe sich nie wiederholen.

Die Arbeitsgruppe¹ von Union und SPD wiederum einigte sich darauf, den Volksverhetzungparagraphen 130 StGB weiter zu verschärfen. Und nicht nur das: Sie möchte dieses sehr spezielle Meinungsstrafrecht mit dem Wahlrecht verknüpfen. «Mehrere» Verurteilungen nach 130 StGB sollen in Zukunft dazu führen, dass der Delinquent für kein öffentliches Amt mehr kandidieren darf. Methoden dieser Art kennt man bisher von Venezuela und Rumänien.

Was schon der jetzige Volksverhetzungparagraph in der Praxis bedeutet, lässt sich am Fall des Künstlers Simon Rosenthal illustrieren. In der Corona-Zeit verarbeitete er das Zitat eines bayerischen CSU-Politikers kritisch in einer Collage, nämlich dessen Satz «Impfen macht frei». In dieser Wendung klingt der Satz «Arbeit macht frei» nach, der in der NS-Zeit an vielen KZ-Lagertoren angebracht war. Während der CSU-Mann selbst von der Justiz völ-

lig unbehelligt blieb, klagte die Staatsanwaltschaft Bamberg Rosenthal nach Paragraph 130 an, und zwar mit der bizarren Begründung, er habe, indem er den geschichtsvergessenen Satz des Politikers aufspiesste, NS-Verbrechen «verharmlost». Zwar sprach das Amtsgericht Bamberg ihn frei, die Staatsanwaltschaft will

Die Arbeitsgruppe möchte dieses sehr spezielle Meinungsstrafrecht mit dem Wahlrecht verknüpfen.

allerdings ein weiteres Verfahren. Nicht ausgeschlossen, dass am Ende doch eine Verurteilung steht. Demnächst sollen nach den schwarz-roten Vorstellungen ausserdem bestimmte nichtöffentliche Äusserungen von Beamten unter Strafe stehen, beispielsweise Bemerkungen in geschlossenen Chat-Gruppen. Auch hier beträte der Staat juristisches Neuland.

Etatisten unter sich

Auf diesem illiberal-autoritären Feld leistet die Union deshalb den geringsten Widerstand, weil hier die Distanz zur SPD von Saskia Esken am geringsten ausfällt. Nicht nur die konservative, auch die liberale Wurzel – bei der Union auch früher nicht stark – hängt heute abgestorben am Parteikörper. Das zeigte sich in ganzer Deutlichkeit während Corona. «Ungeimpfte, ihr seid raus aus dem öffentlichen Leben» – dieser ungeheuerliche Satz stammte vom CDU-Ministerpräsidenten des Saarlands, Tobias Hans, während die Unionskanzlerin Angela Merkel davon schwadronierte, jetzt müsse die Politik dem Bürger «die Zügel fest anziehen». Schwarze Länderchefs lieferten sich mit SPD-Ministerpräsidenten einen Wettbewerb um die härtesten Massnahmen.

Falls sie zustande kommt, verbünden sich in Berlin zwei durch und durch etatistische Blöcke, deren Vertreter ganz selbstverständlich die Gesellschaft vom Staat und nicht vom Bürger her denken. So entsteht gerade die ganz grosse illiberale Koalition.



Grosse illiberale Koalition:
CDU-Chef Friedrich Merz.

selbst: eine Zusammenarbeit oder auch nur eine taktische Tuchfühlung mit der AfD. Auf diese Weise setzen die in den Wahlen abgestraften Sozialdemokraten mittlerweile mehr durch als zu Ampelzeiten, quer durch alle Themenfelder, von der Finanz- bis zur Migrationspolitik.

«Wir können nicht anders»

Auf einem Gebiet muss die linke Partei die Union allerdings nicht erst vor sich her treiben: Die illiberalen Ideen in der Rechts-

MATTHIAS MATUSSEK

Liebe Trump-Tafelrunde

Ihr Strategen da am runden Tisch in Trumps virtuellem Camelot, ihr seid be-lauscht worden, als ihr den – erfolgreichen – Angriff auf Huthi-Stellungen besprochen habt.

Ja, ein feindlich gesinnter Journalist war versehentlich zur Konferenz geladen worden. Eine peinliche Panne! Allerdings war sie nichts im Vergleich mit derjenigen, als einige unserer Militärs abgehört wurden, als sie den illegalen Raketenangriff auf russische Ziele planten. Schon vergessen, empörte deutsche Anti-Trump-Presse?

Sicherheitslücke im Weissen Haus? Was habt ihr darüber geschrieben, dass diese Sicherheitslücke vier Jahre lang ein dementer Präsident Biden war? Nichts? War klar...

Viel interessanter ist doch, dass Vizepräsident Vance, Geheimdienstkoordinatorin Tulsi Gabbard, Verteidigungsminister Pete Hegseth und Aussenminister Marco Rubio über das Maulheldentum der Europäer geklagt haben. Die



Nachhilfunterricht, bitte:
Präsident Trump.

nämlich verurteilen seit neustem den amerikanischen Freund, lassen ihn aber die militärische Drecksarbeit machen, was Hegseth mit Recht «erbärmlich» nannte.

Denn Tatsache ist, dass dort unten am Horn nur 3 Prozent des US-Warenverkehrs abgewickelt werden, aber über 40 Prozent des europäischen.

Natürlich machen Neulinge Fehler, aber angesichts der prompten und ganz praktischen Umsetzung von Wahlversprechen wie Grenzen dicht, Schluss mit Klima- und Genderunsinn, Bürokratieabbau, Kostenreduktion, Frieden in der Ukraine... können wir Deutschen nur neidisch werden. Es sind lauter Dinge, die die Linken nicht anpacken wollen, weshalb die US-Demokraten auf den niedrigsten Zustimmungswert gefallen sind und Donald Trump von einer Woge der Zustimmung getragen wird.

Im Verein mit euch packt er an und hat schon jetzt die geopolitische Statik verändert und eine geistige Weltenwende beschert.

Eine konservative Kulturrevolution: Realismus statt ideologischer Verbohrtheit. Das linke Weltlösungsmodell ist Geschichte. Vielleicht, liebe Tafelrunde, setzt ihr mal unseren Merz mit auf die Liste. Für Nachhilfunterricht.

Mit freundlichen Grüßen
Matthias Matussek

BARTAK





Konfuzius hält sie zusammen.

Taiwan: Hintertür der USA

Amerika will Weltnummer eins bleiben. Sein grösster Gegenspieler ist China, seine letzte Bastion Taiwan. Auf der Insel leben Chinesen – *hua ren*. Das sind Menschen, die geeint sind durch eine gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur. Selbst ausgewanderte Chinesen, die ihr Leben im Ausland verbringen – *hua qiao* – geben ihre Identität nicht auf. Der Konfuzianismus hält sie zusammen.

Wenn also chinesisches Militär Drohgebärden gegen die taiwanesischen Regierung richtet, kann das als Fingerzeig eines zermürbten Vaters oder einer verzweifelten Mutter verstanden werden, deren pubertierendes Kind sich in eine – in ihren Augen – falsche Richtung entwickelt. Doch kein Elternteil wäre in der Lage, seinen Nachwuchs lebensbedrohlich zu verletzen.

Dagegen sollte eine Äusserung des amerikanischen Sicherheitsberaters Elbridge Colby für Aufregung sorgen. Colby fordert sowohl taiwanesischen als auch japanischen Streitkräfte zur gemeinsamen Aufrüstung auf, denn: «Taiwan zu verlieren wäre die grösste Niederlage für unsere amerikanischen Interessen.»

Was haben Amerikaner im Südchinesischen Meer verloren? Stellen Sie sich vor, China täte dasselbe: Xis Vorgänger hätten Kampfbasen auf einer Atlantikinsel stationiert und würden diese nach und nach aufrüsten.

Den USA geht es nicht um die in Taiwan lebende – chinesische – Bevölkerung. Deren Verteidigung kann als blosser Vorwand für den eigenen Machterhalt dienen. Der Westen bestimmt, was recht ist. Bei der Taiwan-Frage handelt es sich also auch um eine Frage von verdrehten Wahrheiten und Opportunismus.

Rahel Senn

PERSONENKONTROLLE

Von der Leyen, Costa, Günther, Trump, Camilla, Pelicot, Weber, Merz

Ursula von der Leyen, Euro-Queen, hat gute Erinnerungen an Angela Merkel – und an sich. Stolz berichtete die Chefin der EU-Kommission dem Ratspräsidenten **António Costa**, dass sie die am längsten dienende Ministerin der Alt-Kanzlerin gewesen sei: «Ja, Familie, Arbeit, Verteidigung. (...) Ich habe mit ihr angefangen, und sie war gut.» Für die Öffentlichkeit war das Gespräch nicht bestimmt. Ein Mikrofon war nicht abgeschaltet.

Daniel Günther, Nordlicht, wurde geadelt. Bei einem «Deftig Ollnborger Grönkohl-Äten» erhielt der Regierungschef von Schleswig-Holstein die Kohlkette als neuer Oldenburger Grünkohl-König. Er löst SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius ab, der sich ab sofort voll und ganz einem neuen Amt in der neuen Berliner Koalition widmen kann. Die Ehre wird seit 1956 von der Stadt Oldenburg verliehen.

Donald Trump, Innenarchitekt, krepelt das Weisse Haus nach seinem Geschmack um. In den ersten Wochen nach seiner Rückkehr hat er die Zahl der Gemälde an den Wänden des Amtssitzes verdreifacht. Ausserdem spriesen überall Statuetten, Rokoko-Spiegel und Cherubine – meist in seiner Lieblingsfarbe Gold. Sogar die Fernbedienung für seinen Fernseher ist golden. Vom Plan, im Oval Office einen Kronleuchter aufzuhängen, soll er inzwischen abgerückt sein.

Camilla, Feministin, solidarisiert sich mit Frankreichs prominentestem Verbrechenopfer. Wie *Newsweek* berichtete, schrieb die englische Königin einen Brief an **Gisèle Pelicot**, die jahrelang von ihrem Mann Fremden zum Missbrauch überlassen worden war. Die Würde und der Mut von Madame Pelicot, an die Öffentlichkeit zu gehen, hätten die Monarchin berührt, hiess es.

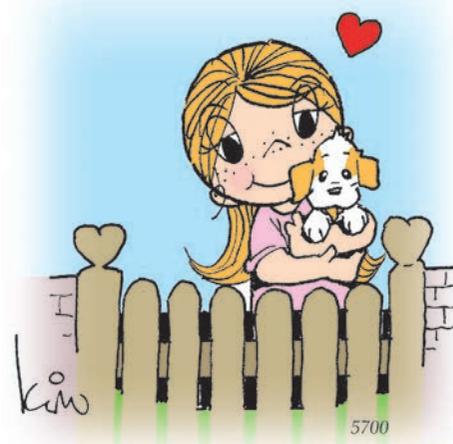
Manfred Weber, Eurostar, macht es wie ein alter Volkswagen – er läuft und läuft und läuft. Der CSU-Mann wird für weitere drei Jahre die

Europäische Volkspartei in Brüssel anführen, weil es keinen Gegenkandidaten gibt. Das liegt nicht an seiner Popularität. «Niemand wollte ihn 2022, niemand will ihn jetzt, aber niemand will sich der Sache annehmen», verriet eine Quelle dem Portal *Politico*. Die Sache sei nicht wichtig genug für politische Schwergewichte. Jetzt muss das nur noch jemand Weber sagen.

Friedrich Merz, Kanzler-Azubi, lässt aufräumen. Im Innenhof der Berliner Zentrale seiner CDU ist jetzt wieder Platz. Bis vor kurzem standen dort Container voller Tassen, die ihm geschickt worden waren – als Reaktion auf seine Wahlkampfaussage, dass links-grüne Spinner nicht mehr alle Tassen im Schrank hätten.

Zusammengestellt von Wolfgang Koydl

Liebe ist...



... auf dich zu warten.

BERLIN BUNDESTAG / ALEXANDER GRAU

Parlamentarisch beschädigte Demokratie

Der Bundestag verweigert der AfD mit kleinkarierten Manövern die ihr zustehenden Ämter. Die Politiker missachten den Willen von Millionen Wählern und entweihten die Institutionen.

Die deutsche Demokratie erniedrigt sich selbst. Hysterisch werden Gesetze geändert, Tagesordnungen umgeschrieben, jahrzehntelang erprobte Verfahren abgeändert. Und das alles nur, um Mandatsträger der AfD von öffentlichen Ämtern oder leitenden parlamentarischen Funktionen fernzuhalten. Es ist peinlich und beschämend.

Dieser Aktivismus zeugt nicht nur von einem tiefen Misstrauen der etablierten Parteien in die demokratischen Institutionen, sondern von Verachtung gegenüber den Bürgern, die der AfD millionenfach ihr Vertrauen ausgesprochen und sie im Osten der Republik zur stärksten politischen Kraft gemacht haben. Ein solches Übergehen des Souveräns muss der Demokratie über kurz oder lang schweren Schaden zufügen.

Lieber SED-Gysi als AfD-Gauland

Ein gutes Beispiel ist die Änderung der Geschäftsordnung des Bundestags von 2017. Sie besagt, dass nicht mehr der älteste, sondern der dienstälteste Abgeordnete als Alterspräsident die erste Sitzung eines neu konstituierten Bundestags eröffnet. So erklärt sich, dass diese Woche nicht der Ehrenvorsitzende der AfD, der 84-jährige Alexander Gauland, dieser honorigen Pflicht nachgekommen ist, sondern der 77-jährige Gregor Gysi, der seit 1990 im Bundestag sitzt und zuvor als SED-Mitglied in der Volkskammer der DDR wirkte.

Notorisch sind auch die Spielchen, mit denen die etablierten Parteien verhindern, dass die die AfD einen Vizepräsidenten des Bundestags oder einen Vorsitzenden eines parlamentarischen Ausschusses stellt. So scheiterte die AfD erneut mit ihrem Ansinnen, den breit anerkannten ehemaligen Bundeswehr-Oberst Gerold Otten ins Bundestagspräsidium zu entsenden. Die kleinkarierten Manöver sind zwar legal, entweihten aber die demokratische Institutionen. Die Abgeordneten der AfD sind keine



Alterspräsident der Tradition: Alexander Gauland, 84.

fremden Invasoren, sondern frei gewählte Vertreter des deutschen Volkes. Wer diese vorsätzlich missachtet, missachtet die Wähler. Verhängnisvoller kann in einer Demokratie eigentlich nicht passieren.

Die Hauptverantwortung für diese Entwicklung trägt die CDU. Ihre Aufgabe als in Teilen konservative Partei wäre es gewesen,

Die AfD-Abgeordneten sind keine Invasoren, sondern frei gewählte Vertreter des deutschen Volkes.

Brücken zur AfD zu bauen, dadurch den moderateren Flügel dieser Partei zu stärken und so linke strategische Mehrheiten zu unterbinden. An dem Punkt hat die Union versagt. Tiefere Ursache dafür ist ausgerechnet das einschlägige Diktum von Franz Josef Strauss, rechts von der Union dürfe keine demokratisch legitimierte

Partei entstehen. Dieses Mantra verführte die CDU dazu, die AfD in deren Anfangsjahren zu ignorieren. Vielleicht hätte das einfalllose Vorgehen ohne Flüchtlingskrise sogar funktioniert, denn die AfD war im Sommer 2015 nach der Abwahl Bernd Luckes als Parteivorsitzenden und dem Austritt vieler liberaler Mitglieder geschwächt. Doch als Angela Merkel im September 2015 die Grenzen öffnete, hauchte sie der AfD neues Leben ein.

Kindlicher Glaube

Trotzdem suhlte sich die Union in der Illusion, die neue Partei durch abwechselndes Ignorieren und Denunzieren bekämpfen zu können. Dabei war mit deren erfolgreichem Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 klar, dass sie kein vorübergehendes Phänomen ist, sondern sich dauerhaft in der deutschen Parteienlandschaft festsetzen würde. Wäre es der Union um die Sache gegangen, hätte sie die AfD fortan als strategische Partnerin zur Durchsetzung bürgerlicher und konservativer Politik akzeptiert. Stattdessen entschied sie sich, an dem kindlichen Glauben festzuhalten, die unliebsame Konkurrenz werde sich schon irgendwann wieder in Luft auflösen.

Befeuert wurde diese Strategie der politischen Kurzsichtigkeit durch die ritualisierte Empörung seitens der Linken, ihrer Vorfeldorganisationen und der Medien. Spätestens seit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Frauke Petry im Sommer 2015 wurde die AfD vom tonangebenden Politmilieu als quasifaschistische Partei mit Neonazi-Flügel etikettiert. Dieser geschichtsvergessene Unsinn dient SPD, Grünen und Co. bis heute dazu, die Union vor sich herzutreiben und sich die parlamentarische Macht auch nach Wahlniederlagen zu sichern. Nie war das besser zu beobachten als in den laufenden Koalitionsverhandlungen, wo die nominell schwächeren Sozialdemokraten die Unionsvertreter vor sich hertreiben.

«Putin ist kein schlechter Mensch»

Steve Witkoff traf sich im Auftrag von Donald Trump mit dem Kreml-Chef. Russland wolle Europa auf keinen Fall erobern – «zu 100 Prozent nicht». Der US-Sondergesandte hofft auf eine amerikanisch-russische Zusammenarbeit.

Tucker Carlson

Tucker Carlson: Mr Witkoff, Sie haben sich im Auftrag von Präsident Trump mit Wladimir Putin getroffen, um über den Ukraine-Krieg zu sprechen. Wo stehen wir in diesem Konflikt?

Steve Witkoff: Wir haben Fortschritte gemacht. Putin hat grossen Respekt vor Trump. Die Russen haben gesehen, was im Oval Office zwischen Selenskyj und Trump passiert ist. Unseren Präsidenten zu missachten ist kein gesunder Weg zu einer guten Beziehung mit den Vereinigten Staaten. Aber das wurde korrigiert. Hoffentlich können wir es als Missverständnis abtun und eine Friedenslösung finden. Ich glaube, wir haben in den vergangenen acht Wochen mehr Fortschritte gemacht, als irgendjemand für möglich gehalten hätte. Es gibt Leute, die Trumps letztes Gespräch mit Putin als erfolglos bezeichnen. Das ist absurd. Wir haben Russland auf eine Weise bewegt, die niemand für möglich gehalten hätte. Wir haben uns auf einen Waffenstillstand im Bereich der Energieinfrastruktur und auf ein Angriffsmoratorium im Schwarzen Meer verständigt. Das wird in der nächsten Woche umgesetzt. Es gibt noch Details, die besprochen werden müssen. Das Ziel ist ein dreissigtägiger Waffenstillstand. In dieser Zeit wollen wir über einen dauerhaften Waffenstillstand reden. Davon sind wir nicht mehr weit entfernt. Aber ein dreissigtägiger Waffenstillstand erfordert die Analyse der Gefechtssituation. Nehmen wir Kursk.

Carlson: Die russische Region, die von ukrainischen Soldaten besetzt wurde.

Witkoff: Die Russen haben sie zurückerobert, und sie haben dort Menschen gefangengenommen. Präsident Trump will nicht, dass diese getötet werden. Wird das überhaupt anerkannt? Wir wollen, dass die Ukraine und Russland gut da rauskommen. Wir sind ergebnisorientiert. Unter diesen Umständen brauchen wir einen Deal. Putin fragte mich: «Was soll ich in einem bestimmten Gebiet tun, wo Menschen eingekesselt sind und nicht aufgeben wollen? Soll ich sie töten? Wie bringe ich sie dazu aufzugeben? Ich bin froh, wenn ich nicht alle töten muss. Ich bringe die Leute gerne dazu, die weisse Fahne zu hissen, wenn ich kann.» Das ist nur



«Ich mochte ihn. Ich fand, er war ehrlich zu mir»: Präsident Putin.

ein Beispiel für viele verschiedene Situationen dort draussen entlang der ukrainisch-russischen Grenze. Jede erfordert ein separates Gespräch. Das ist die Voraussetzung für einen Waffenstillstand. Unsere technischen Teams treffen sich nun in Dschidda. Das ist eine grosse Sache. Aus Russland gibt es viele positive Signale.

Carlson: Putin ist seit 25 Jahren an der Macht und hat in der Zeit eine Forderung konsequent vertreten: Die Nato solle aufhören, an Russlands Grenzen vorzudringen, und die Ukraine dürfe nicht der Nato beitreten. Ich bin mir sicher, dass dies die zentralen Forderungen bleiben. Was können die USA in der Hinsicht leisten?

Witkoff: Selenskyj und seine rechte Hand Jermak haben weitgehend eingeräumt, dass die Ukraine kein Nato-Mitglied wird. Ob die Ukraine den sogenannten Artikel-5-Schutz geniessen soll, ist diskussionswürdig. Aber es ist allgemein anerkannt, dass die Ukraine im Falle eines Friedensabkommens kein Nato-Mitglied sein kann. Ich glaube, das grösste Problem in diesem Konflikt sind die vier russischsprachigen Regionen in der Ukraine: Luhansk, Donezk, Saporischschja und Cherson. Plus die Krim. Es

gab Referenden, bei denen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung signalisiert hat, unter russischer Herrschaft bleiben zu wollen.

Carlson: Diese Gebiete gehören aus russischer Sicht jetzt zu Russland, richtig?

Witkoff: Richtig. Und niemand will darüber reden. Das ist der Elefant im Raum. Die Russen kontrollieren diese Gebiete. Die Frage ist: Wird die Welt anerkennen, dass es sich um russische Gebiete handelt? Wird Selenskyj politisch überleben, wenn er das anerkennt?

Carlson: Wenn man bedenkt, dass Sie der Gesandte des Präsidenten sind und nicht der Präsident selbst, ist ihr Treffen mit Putin mehr als bemerkenswert. Die Russen sind sehr förmlich. Trotzdem hat sich Putin lange mit Ihnen unterhalten. Welchen Eindruck hatten Sie von ihm?

Witkoff: Ich mochte ihn. Ich fand, er war ehrlich zu mir.

Carlson: Jeder amerikanische Präsident bis Biden hat das gesagt, sei es Clinton, Bush oder Obama. Jeder Präsident weltweit, mit dem ich je gesprochen habe, sagte mir, er sei vielleicht nicht einverstanden mit dem, was Russland tue, aber: «Wissen Sie, Putin ist ein ehrlicher Mensch.»

Witkoff: Ich fand es grosszügig von ihm, mich zu empfangen.

Carlson: Es erfordert Mut, das zu sagen.

Witkoff: Wenn man sich in unserem Land nicht wie ein Lemming verhält und wie alle anderen von der Klippe springt, dann wird man angegriffen. Aber wie sollen wir einen Konflikt mit dem Chef einer grossen Atommacht beilegen, ohne Vertrauen und ein gutes Verhältnis zueinander aufzubauen? Putin sagte zu mir: «Steve, wissen Sie, dass ich dreieinhalb Jahre lang nicht mit Joe Biden gesprochen habe?»

Carlson: Deshalb bin ich im vergangenen Jahr nach Moskau gefahren, weil ich dachte, wir steuern auf einen Atomkrieg zu. Und ich finde, wenn schon kein Politiker mit Putin redet, sollte doch wenigstens ein Journalist dessen Ansichten der Welt mitteilen, sonst droht Krieg.

Witkoff: Putin hat Trump alle möglichen Signale gesandt. Er hat bei einem führenden russischen Künstler ein wunderschönes Porträt Trumps in Auftrag gegeben. Und er erzählte mir die Geschichte, wie er, Putin, als Trump angeschossen wurde, in die Kirche ging, den Priester traf und für Trump betete – nicht weil dieser Präsident der Vereinigten Staaten war oder Präsident der Vereinigten Staaten werden könnte, sondern weil er für einen Freund betete. Können Sie sich vorstellen, dort zu sitzen und eine solche Geschichte zu hören? Ich kam nach Hause und überbrachte Trump diese Botschaft und das Gemälde, und er war sichtlich berührt davon. Viele sagen, ich hätte nicht mit Putin reden sollen, er sei ein schlechter Mensch. Ich halte Putin nicht für einen schlechten Menschen. Das ist eine komplizierte Situation, dieser Krieg und all die Elemente, die dazu geführt haben. Für so etwas ist nie nur eine Person verantwortlich.

Carlson: Was ist mit Selenskyj? Ich bewundere seine Tapferkeit. Aber er ist zum Scheitern verurteilt, weil er gegen ein viel grösseres Land kämpft. Russland stellt sich auf den Standpunkt, seine Amtszeit sei abgelaufen, weshalb er kein Vertragspartner sein könne. Glauben Sie, dass es in der Ukraine bald Wahlen geben wird?

Witkoff: Ja, die ukrainische Regierung hat dem zugestimmt.

Ich denke, Selenskyj gibt sein Bestes. Aber er befindet sich in einer schwierigen Lage. Er hat es mit einer Atommacht zu tun, einem Land, das vier Mal so viele Einwohner hat wie seines. Jetzt ist der beste Zeitpunkt für ihn, einen Deal abzuschliessen. Trump kann ihm den bestmöglichen Deal liefern.

Carlson: Ich mache Selenskyj verantwortlich für sein Verhalten in Washington, aber auch jene US-Demokraten, die ihn gebrieft hatten, bevor er mit Trump und Vance ins Oval Office ging.

Glauben Sie, er spricht mit klarsichtigen Leuten, die das Wohl der Ukraine im Sinn haben?

Witkoff: Ich habe mit europäischen Staats- und Regierungschefs gesprochen und ihnen gesagt: Wenn man Selenskyj ermutigt, sich am Verhandlungstisch abweisend zu geben, gibt man ihm das Signal, die Hilfe werde ohne Bedingungen fortgesetzt. Niemand sagt, dass wir der Ukraine heute und später beim Wiederaufbau nicht helfen sollten. Aber das muss an Bedingungen geknüpft sein. Wenn wir Geld geben, wollen wir einen Plan sehen, der zeigt, wie die Probleme gelöst werden. Vor allem aber können wir das Risiko eines nuklearen Angriffs, auch eines taktischen, nicht eingehen. Schon eine taktische Atombombe würde die Aktienmärkte weltweit zum Einsturz bringen.

Carlson: Atombomben wurden seit achtzig Jahren nicht mehr eingesetzt. Niemand will einen Präzedenzfall im 21. Jahrhundert.

Witkoff: Nein, auf keinen Fall. Wir müssen einen fairen Deal mit der Ukraine aushandeln, können aber nicht zulassen, dass dieses Land uns in den dritten Weltkrieg hineinzieht.

Carlson: Grossbritannien ist auch eine Atommacht. Was ist eigentlich los mit Premier Starmer? Er sagt, er wolle britische Truppen in die Ukraine schicken. Sein gesamtes Militär ist kleiner als das US Marine Corps. Das Land liegt wirtschaftlich am Boden. Das gilt auch für andere europäische Staaten, die mit dem Säbel raseln. Was denken die sich dabei? Ist das nur Pose?

Witkoff: Es ist wohl eine Kombination aus Pose und Vereinfachung. Es gibt diese Idee, die Russen werden durch Europa marschieren, und wir alle müssten sein wie Winston Churchill. Ich finde das absurd. Wir haben heute die Nato, die es im Zweiten Weltkrieg nicht gab.

Carlson: Glauben Sie, die Russen wollen durch Europa marschieren?

Witkoff: Zu 100 Prozent nicht. Warum sollten sie das tun? Sie wollen sich nicht einmal die Ukraine einverleiben. Was sie dort wollen, ist eine stabile Situation, mit der sie sich nicht weiter auseinandersetzen müssen. Die Russen haben, was sie wollten. Sie haben die russischsprachigen Regionen der Ukraine zurückerobert. Sie haben die Krim. Was brauchen sie mehr?

Wissen Sie, Putin ist ein ehemaliger KGB-Mann. Früher gingen nur die klügsten Leute der Nation zum KGB. Er ist ein superkluger Kerl. Man will ihm nicht die Anerkennung dafür geben. Das ist schon okay. Ich gebe sie ihm.

Carlson: Man wird Sie dafür hassen.

Witkoff: Was ist die Alternative? Sollen wir lieber die Wirklichkeit ignorieren?

Carlson: Es gibt die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine in Osteuropa, bei denen Sie eine wichtige Rolle spielen. Dann

gibt es die informellen Gespräche in Washington, wo viele Leute wirtschaftliche und ideologische Interessen an diesem Krieg haben. Ganz Washington will Russland bekämpfen. Wir befinden uns über unseren Stellvertreter, die Ukraine, im Krieg mit Russland. Und dann taucht Präsident Trump auf und tritt auf die Bremse. Aber kann er dieses Problem wirklich lösen?

Witkoff: Ich denke schon.

Carlson: Mit den Russen zu verhandeln ist eine Sache. Mit der Bürokratie in Washington umzugehen ist wirklich hart.

Witkoff: Aber wer wünscht sich nicht eine Welt, in der Russland und die Vereinigten Staaten gemeinsam Gutes tun? Wir denken darüber nach, wie wir unsere Energiepolitik in der Arktis

«Wer wünscht sich nicht eine Welt, in der Russland und die Vereinigten Staaten gemeinsam Gutes tun?»

integrieren können. Gemeinsame Seewege, vielleicht gemeinsame Lieferungen von Flüssiggas nach Europa. Vielleicht eine Zusammenarbeit im Bereich der künstlichen Intelligenz. Wie wäre es, wenn die Präsidenten miteinander über den Iran sprechen würden, wo Russland einen gewissen Einfluss hat?

Carlson: Niemand in Washington will das.

Witkoff: Das ist das Problem. Es fällt ihnen schwer, von alten Vorstellungen abzurücken.

Carlson: Trotzdem scheinen Sie zuversichtlich zu sein, dass das Establishment in Washington Ihnen folgen wird. Warum?

Witkoff: Nun, sehen Sie sich die Fortschritte an, die wir in Russland gemacht haben. Putin reicht Trump tatsächlich die Hand. Unser Präsident bringt Selenskyj ins Gespräch und Macron und Starmer und wie sie alle heissen. Ich glaube, diese Leute haben zuvor nie ernsthaft über Frieden gesprochen. Können Sie sich einen Krieg vorstellen, der dreieinhalb Jahre andauert, und niemand redet über Frieden? So ist es gelaufen.

Carlson: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie erfrischend es ist, jemanden diese offensichtliche Wahrheit endlich aussprechen zu hören.

Witkoff: Es ist wichtig, die Wahrheit laut auszusprechen. In Russland hat man das Gefühl, die Ukraine sei kein richtiges Land, diese Regionen seien einfach zu einem Mosaik zusammengestückelt worden. Das ist meiner Meinung nach die Ursache dieses Krieges. Russland betrachtet die russischsprachigen Regionen der Ukraine als sein rechtmässiges Eigentum. Und darüber will niemand reden. Nun, ich sage es laut: Wie sollen wir den Konflikt beilegen, wenn wir nicht das zugrunde liegende Problem lösen?

Dies ist ein übersetzter, gekürzter, leicht bearbeiteter Ausschnitt aus dem Interview des amerikanischen Reporters Tucker Carlson mit dem US-Sondergesandten Steve Witkoff, veröffentlicht am 21. März. Das ganze Gespräch in Englisch finden Sie auf tuckercarlson.com.



Trump-Gesandter Witkoff.

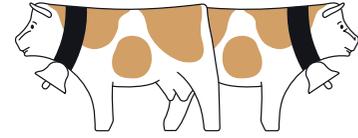
Diesen Tilsiter werden sie lieben!

Der Schweizer kann mehr!

- Traditionell handwerklich statt industriell gefertigt.
- Aus bester Schweizer Milch in rund 20 Familienkäsereien.
- Natürlich rindengereift – bis zu 5 Monaten.
- Für jeden Geschmack: von mild-aromatisch bis würzig-kräftig.

Tilsiter[®]

SWITZERLAND



Schweizer Käsetradition
seit 1893.



[swissmilk.ch/green](https://www.swissmilk.ch/green)

„swissmilk green“ ist seit 2019 das Qualitätslabel der Schweizer Milchwirtschaft und zeichnet eine nachhaltige, auf Tierwohl bedachte Produktion aus.



Schweiz. Natürlich.

Käse aus der Schweiz.

www.schweizerkaese.de



KURT W. ZIMMERMANN

Wiedergeburt der Merkel-Medien

In den Medien wird es wie in der Politik. Auch in den Medien kommt die wohlige Grosse Koalition.



Nur zwei Redaktionen trauten sich, die scharfe Vokabel zu verwenden. Die erste war die *Bild*-Zeitung. Sie bezeichnete den Vorgang als «Wahlbetrug». Die zweite war die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Sie schrieb: «Das ganze Manöver riecht nach Wahlbetrug.»

Ansonsten schonten die Medien den künftigen Kanzler Friedrich Merz. Sie verziehen ihm schnell, dass er ein Windbeutel war. Vor der Wahl hatte Merz unablässig seine finanzielle Festigkeit betont. «Die Schuldenbremse aufzuheben», sagte er, «nein, das werden wir nicht machen.»

Dann machte er es doch, um sich dem Koalitionspartner von der SPD anzudienen, und häufte gegen eine Billion Euro an künftigen Schulden an. «Wahlbetrug» kann man eine solche Kehrtwende schon nennen.

Die Bürger der Bundesrepublik sahen das ebenso. 73 Prozent der Befragten sagten im ZDF-Politbarometer, Kanzlerkandidat Friedrich Merz habe die Wähler getäuscht. Nur 25 Prozent hielten den Vorwurf für unberechtigt.

In den Medien kam Merz mit seiner Schuldenorgie natürlich deutlich besser weg als im Volk. Kein Wunder. Bei der Bundestagswahl kamen die bürgerlichen Parteien zuletzt auf 57 Prozent der Stimmen, die linken Parteien nur auf 43 Prozent. Bei den deutschen Journalisten ist es umgekehrt. Drei Viertel der deutschen Journalisten deklarieren sich in Umfragen als linksorientiert.

Dem Wortbruch von Merz schlug aus der linken und linksliberalen Ecke der Medien

denn viel Wohlwollen entgegen. «Eine mutige Geste zur richtigen Zeit», nannte der *Spiegel* den Schuldenberg. «Friedrich Merz hat das Richtige durchgesetzt», lobte ihn die *Süddeutsche Zeitung*. «Das ist kein Verrat», applaudierte die *Zeit*, es handle sich stattdessen um ein «Erfolgsgeheimnis».

Im konservativen Lager gesellten sich nur wenige zu *Bild* und *FAZ*, die sich nicht scheuten, von «Wahlbetrug» und «Wählertäuschung» zu schreiben. Die *Welt* etwa registrierte, die CDU habe «ihre Ideale und Wähler aufgegeben».

Die Öffentlich-Rechtlichen, wie so oft, wanden sich. «ZDF heute» wie die «Tagesschau» attestierten zwar, Merz habe nach seinem finanziellen Salto mortale nun «ein Glaubwürdigkeitsproblem». Aber das Problem war dann schnell vergessen, indem man sich auf alte Muster einstellte.

Das beste Indiz waren die Auftritte der Politiker in den fünf Talkshows der öffentlich-rechtlichen Sender von «Markus Lanz» bis «Maischberger». Im Monat nach der Wahl standen hier die Wahlsieger von der CDU/CSU am häufigsten vor die Kamera, mit 23 Auftritten insgesamt. Vierzehnmal wurden die mitregierenden Sozialdemokraten ins Studio geladen, dreizehnmal die Grünen, als ob auch sie Wahlsieger und nicht die klaren Wahlverlierer wären. Die AfD hingegen, neuerdings mit Abstand die zweitgrösste Partei des Landes, brachte es im ÖRR auf einen einzigen TV-Auftritt.

So wird es bleiben. In den nächsten vier Jahren gibt es in der Bundesrepublik nur eine

Oppositionspartei. Das sind die schwind-süchtigen Grünen. Die deutlich stärkeren Blauen gibt es nicht.

Es ist darum nicht sehr schwierig, das Medienverhalten für die nächsten vier Jahre

Merz wird auch sein zweites grosses Wahlversprechen brechen. Der Applaus dafür ist ihm sicher.

vorherzusagen, wenn, was zu erwarten ist, die Grosse Koalition so lange am Ruder bleibt.

Die GroKo wird auf einen guten Rückhalt in den Medien bauen können. Wir werden eine Wiedergeburt der schwarzroten Merkel-Ära erleben, als die Journalisten selbst deren grösste Fehlentscheidungen wie die unbegrenzte Einwanderung unkritisch begleiteten.

Merz kann auf denselben Effekt vertrauen. Seine Migrationspolitik, so ist heute schon klar, wird viel Wortgeklingel, aber wenig konkrete Massnahmen nach sich ziehen. Merz wird, neben der Schuldenbremse, auch sein zweites grosses Wahlversprechen, die Kontrolle der Migration, erinnerungslos brechen. Der Applaus der Mehrheitsmedien ist ihm dafür sicher.

Die Situation in den Medien ist für die nächsten Jahre leicht zu prognostizieren. Es wird sich, wie schon im letzten Jahrzehnt, eine allgemeine Wohllichkeit einstellen.

Es wird eine schwarz-rote GroKo-Wohllichkeit. Wir werden eine Wiedergeburt erleben. Die Wiedergeburt der Merkel-Medien.

Was ist eigentlich «Hass und Hetze»?

Deutschlands Linke hat es geschafft, die Meinungsfreiheit zu stigmatisieren. Nun erwägen Union und SPD, diesem Grundrecht den Krieg zu erklären.

Hans-Georg Maassen



Politiker regierungskritischer Parteien mundtot machen: Parteichefs Klingbeil (l.), Merz.

Nach dem bisherigen Entwurf des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD planen diese Parteien eine weitere Einschränkung der Meinungsfreiheit und auch des freien Abgeordnetenmandats in Deutschland. Dabei hatte US-Vizepräsident Vance in seiner vielbeachteten Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz die Ein-

Es steht niemandem zu, darüber zu richten, welche Meinung richtig und welche falsch ist.

schränkung von Meinungsfreiheit in Europa, insbesondere in Deutschland, hart kritisiert und den Europäern vorgeworfen, dass sie Begriffe wie «Desinformation» missbrauchen würden, um abweichende Meinungen und unliebsame Tatsachen zu unterdrücken. Das

politische Establishment in Deutschland sah sich von dieser Kritik nicht angesprochen und reagierte empört.

Ausgrenzen, diffamieren, verklagen

Vance hatte recht, denn inzwischen ist es Realität, dass in Deutschland Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung ihre Arbeit oder ihre Wohnung verlieren, dass Bankkonten von Regierungskritikern gekündigt werden, dass solche Leute ausgegrenzt, diffamiert und mit endlosen Gerichtsprozessen überzogen werden. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit geht immer einher mit politischer Verfolgung, denn nur durch Repression können die Herrschenden durchsetzen, dass bestimmte Meinungen nicht geäußert werden.

Diese Realität politischer Ausgrenzung und Verfolgung kennt das herrschende deutsche Establishment in Politik und Medien gut. Und

es möchte nicht, dass ihm der Spiegel vorgehalten wird, dass es in Deutschland politische Verfolgung gibt. Das herrschende Establishment nennt es nicht politische Verfolgung, und es bestreitet sogar, dass es Einschränkungen der Meinungsfreiheit gibt. Sie erklärt das – allen Ernstes – damit, dass Meinungsfreiheit grundsätzlich nur für «richtige» Meinungen und für die richtigen Tatsachen gilt. Es wird gebetsmühlenartig von den Medien verbreitet: «Hass und Hetze sind keine Meinung.»

Damit wird unterschieden zwischen «Meinung» einerseits und «Hass und Hetze» andererseits. «Meinung» ist danach die richtige, das heisst die herrschende Meinung – Angela Merkel würde vermutlich «alternativlose Meinung» sagen –, wohingegen Auffassungen, die nicht der herrschenden oder alternativlosen Meinung entsprechen, «Hass und Hetze» sind und deshalb nicht von der Meinungsfreiheit geschützt werden. Deswegen können Personen, die «Hass und Hetze» verbreiten und zum Beispiel die linke Klima- oder Genderpolitik oder die Corona-Politik kritisieren, ausgegrenzt und politisch

verfolgt werden. Man muss einräumen, dass es eine kluge Idee von Linksintellektuellen war, das Grundrecht auf Meinungsfreiheit mit dem simplen Trick, bestimmte Meinungen als «Hass und Hetze» und bestimmte Tatsachen als «Desinformation» zu stigmatisieren, auszuhöhlen.

Allerdings widersprechen dieser Trick und die Neudefinition von «Meinung» fundamental dem Menschenrecht auf Meinungsfreiheit. Es steht weder einer Regierung, noch dem Parlament, noch Richtern, NGOs und auch nicht Medien zu, darüber zu richten, welche Meinung richtig und welche falsch ist. Auch als «Hass und Hetze» diffamierte Äußerungen sind Meinungen und werden vom Menschenrecht auf Meinungsfreiheit geschützt. Grenzen findet die Meinungsfreiheit allenfalls dann, wenn andere dadurch beleidigt oder verleumdet werden. Die Ausgrenzung von

Personen oder Meinungen wegen «Hass und Hetze» oder «Desinformation» ist rechtswidrig. Schlimmer: Sie ist selbst ein schwerwiegender Angriff auf die freiheitliche Demokratie, denn ohne Meinungsfreiheit gibt es keine freiheitliche Demokratie.

Bürger einschüchtern

Nach dem jetzt bekannt gewordenen Entwurf des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD sollen «Hass und Hetze» künftig bestraft werden. Das Strafgesetzbuch soll deshalb geändert und der Volksverhetzungstatbestand nach § 130 verschärft werden. Der heutige Volksverhetzungstatbestand ist bereits durch seine mehrfachen Verschärfungen und durch die unbestimmten Rechtsbegriffe so weit ausgedehnt worden, dass er faktisch die Wirkung hat, Bürger einzuschüchtern, wenn sie eine vom Mainstream abweichende Meinung äussern wollen, weil sie sich nicht sicher sein können, ob es sich schon um Volksverhetzung handelt oder nicht. Würde er jetzt auch noch um den völlig un-

Es ist schon ungeheuerlich, dass so etwas in einer Demokratie ernsthaft in Erwägung gezogen wird.

scharfen Ausdruck «Hass und Hetze» ergänzt werden, hätte dies zur Folge, dass kritische Äusserungen über die Politik der Bundesregierung, wie zum Beispiel in der Klima- oder Migrationspolitik, oder über einzelne Politiker strafbar sein könnten. Die «Delegitimierung» der Bundesregierung, die bereits jetzt schon den Verfassungsschutz auf den Plan ruft, würde vermutlich strafbar werden.

Das politische Einschüchterungspotenzial einer solchen Vorschrift erhöht sich dadurch, dass der Verdacht einer Volksverhetzung auch zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen bei dem Verdächtigen führen kann. Nicht zu vergessen ist, dass nach dem G-10-Gesetz auch das Abhören von Telefonaten und andere Formen der Kommunikationsüberwachung beim blossen Verdacht einer Volksverhetzung möglich sind. Es ist kaum zu glauben, dass nach § 3 Abs. 1 des G-10-Gesetzes eine Telekommunikationsüberwachung bereits angeordnet werden kann, «wenn

tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass jemand eine Volksverhetzung plant, begeht oder begangen hat». Das bedeutet mit Blick auf die von CDU/CSU und SPD geplante Verschärfung des Volksverhetzungstatbestands, dass bereits dann, wenn der Verdacht besteht, dass jemand eine «Hass und Hetze»-Aussage plant (also noch nicht einmal ausgeführt hat) eine Telefonüberwachung stattfinden könnte.

Aber das ist noch nicht alles, was die geplante Verschärfung des Volksverhetzungstatbestands zur Folge hätte: Mit der Verschärfung des Volksverhetzungstatbestands plant die zukünftige Koalition den Entzug des passiven Wahlrechts, wenn jemand mindestens zweimal wegen Volksverhetzung verurteilt worden ist. Das passive Wahlrecht bedeutet das Recht, in ein Parlament gewählt zu werden. Nach dem geltenden Strafrecht verliert jemand dieses Recht nur dann, wenn er wegen eines Verbrechens (zum Beispiel Mord, Terrorismus) zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden ist. Diese Regelung ist angemessen und betrifft grundsätzlich keine politischen Delikte. Dass ein Mörder zumindest für ein paar Jahre nicht in ein Parlament gewählt werden darf, erscheint verständlich. Jetzt soll diese Regelung auch bei mindestens zweimaliger Verurteilung wegen Volksverhetzung gelten.

Parteiverbot light

Mit der gleichzeitigen Ausweitung des Volksverhetzungstatbestands auf «Hass und Hetze» ist es naheliegend, dass es sich um politisches Strafrecht handelt, das einzig dem Zweck dienen soll, Politiker regierungskritischer Parteien entweder mundtot zu machen oder mittels des Strafrechts aus dem Parlament auszuschliessen. Dadurch könnten regierungskritische Parteien personell enthaupet werden, denn kritische Äusserungen dieser Politiker könnten als «Hass und Hetze» zu einer Verurteilung wegen Volksverhetzung führen und im Wiederholungsfall zu einem Verlust des politischen Mandats. Das wäre ein Parteiverbot light, wenn das Spitzenpersonal regierungskritischer Parteien durch einen solchen Straftatbestand mundtot gemacht oder aus dem Parlament entfernt würde.

Es ist schon ungeheuerlich, dass so etwas in einer freiheitlichen Demokratie ernsthaft in Erwägung gezogen wird, und es darf nicht Realität werden. Sollte dieser Entwurf des Koalitionsvertrags Bestand haben, wäre die zukünftige Koalition von CDU/CSU und SPD eine Koalition, die der Meinungsfreiheit und dem freien Abgeordnetenmandat den Krieg erklärt.

Hans-Georg Maassen ist ehemaliger Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz und Parteivorsitzender der Werteunion.

Trumps Zölle tun weh – aber nur ein bisschen

Rums – nun hat Donald Trump tatsächlich den Zollhammer niedersausen lassen. Bisher gelten in den USA Einfuhrzölle auf Autos von 2,5 Prozent. In der EU werden für Autos aus den USA 10 Prozent fällig plus beim Kauf eine deutlich höhere Mehrwertsteuer als in den USA. So weit, so ungerecht. Der US-Präsident dreht jetzt also den Spieß um.

Nach Daten der International Trade Administration wurden im vergangenen Jahr 784 889 europäische Fahrzeuge in den USA verkauft. 446 566 dieser Fahrzeuge stammen aus Deutschland. Die Hauptbetroffenen der neuen Zölle sitzen damit tatsächlich in Stuttgart, Wolfsburg und München. Aber ist das, was jetzt kommt wirklich der Hammer für die deutsche Autoindustrie?

Es gibt ein paar Schmerztabletten. Die eine: Die in den USA beliebten Pick-ups gelten als Nutzfahrzeuge – dafür liegt der Einfuhrzoll schon jetzt bei 25 Prozent. Auch Transporter fallen darunter – mit der Folge, dass die US-Industrie diese Gattung in ihr eigenen Schutzraum prächtig entwickelt hat und die Deutschen da schon immer nur Zaungäste waren.

Die zweite, stärker wirkende Schmerztablette: Die Deutschen kennen Trump schon von seiner ersten Amtszeit und produzieren längst einen Gutteil ihrer Autos in den USA. Und die sind natürlich nicht von Zöllen betroffen.

BMW betreibt sein weltweit grösstes Werk in Spartanburg in South Carolina. Die Fabrik mit ungefähr 11 000 Mitarbeitern und einer Jahresproduktion von rund 400 000 Autos ist auf grosse Fahrzeuge spezialisiert. Die Hälfte der Autos bleibt gleich in den USA.

Mercedes verfügt über ein grosses Werk in Tuscaloosa in Alabama, in dem 2023 knapp 300.000 Fahrzeuge vom Band liefen. VW hat ein Werk in Tennessee, in dem die SUV-Modelle Atlas und der elektrische ID.4 vom Band laufen. Und bei Audi wird über den Bau eines Werkes in den USA nachgedacht.

Dennoch tut's weh. Am Ende übrigens für beide Seiten. Denn wenn die EU jetzt Zähne zeigte, würde sie nicht nur Bourbon und Harley Davidson mit Zöllen zur Kasse bitten, sondern sich an die Produkte und Dienstleistungen von Apple über Amazon bis Meta heranwagen. Vermutlich wäre das die Sprache, die der US-Präsident versteht.

Oliver Stock



«Sie müssten mich schon töten»

Serbiens Präsident Aleksandar Vucic spricht im grossen *Weltwoche*-Interview erstmals ausgiebig über die Proteste gegen seine Regierung. Er sieht darin einen versuchten Staatsstreich. Den Vorwurf, er setze gegen die Demonstranten «akustische Waffen» ein, nennt er eine «brutale Lüge». Er werde auf Druck der Strasse keinesfalls seinen Sessel räumen.

Roger Köppel

Belgrad

Vor dem Präsidentenpalast campieren Studenten. Sie werden von Sicherheitszäunen abgeschirmt. Allerdings demonstrieren die jungen Leute, die hier ihre Zelte aufgeschlagen haben, nicht gegen, sondern für Staatsoberhaupt Aleksandar Vucic. Ihr Sprecher ist gerade in ein heftiges Wortgefecht mit einer Gruppe von Vucic-Kritikern verwickelt. Einer ruft vermutlich unfreundliche Dinge über den Metallzaun, ein anderer hält seine Handykamera auf den Sprecher der präsidienfreundlichen Studenten, filmt ihn einfach, wohl um ein paar verfängliche Statements einzufangen, die er dann empörungserzeugend als Schnipsel auf die sozialen Medien stellen kann.

Zufällig treffen wir zwei Schweizerinnen aus Zürich, serbische Herkunft. Sie sind eigens nach Belgrad gefahren, um bei den Demonstrationen mitzumachen. Wir fragen sie, warum sie hier sind und was sie dem Präsidenten vorwerfen. Sie sagen, der Einsturz des Bahnhofsvordachs im letzten November in Novi Sad, bei dem fünfzehn Menschen ums Leben kamen, habe das Fass zum Überlaufen gebracht. Man sehe darin das Sinnbild der Korruption dieser Regierung, denn Freunde des Präsidenten seien in den Bau verwickelt gewesen. Vucic selber nehmen sie sogar halbwegs in Schutz. Vermutlich könne er die Krake der Korruption in seinem Staat einfach nicht mehr in den Griff kriegen.

Am 15. März gingen in Belgrad nach Schätzungen hundert- bis dreihunderttausend Demonstranten gegen die Regierung auf die Strassen. Man spricht von der grössten Protestkundgebung in der Geschichte Serbiens. Unsere Medien stehen auf der Seite der Demonstranten. Vucic gehört seit Jahren zu den Lieblingsschurken der Journalisten, wohl auch deshalb, weil er im Ukraine-Krieg nicht einfach dem Kurs Brüssels folgt. Jedenfalls hört man wenig Kritik an den Forderungen der Demonstranten, die statt Neuwahlen einfach eine neue Regierung fordern, so, als ob Demokratie neuerdings auf der Strasse und nicht mehr an der Urne stattfände.

Der Aufstand kommt für Serbien, dieses faszinierende Land im Herzen Europas, stets an einer Bruchstelle zwischen West und Ost, zwischen Christentum und Islam gelegen, zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt. Vucic hat wirtschaftlich viel erreicht und sein Land aussenpolitisch auf einer unabhängigen Linie

«Anfangs sagten sie, dass sie gegen Gewalt seien. Jetzt fangen sie an, Strassen zu blockieren.»

zwischen der EU, der Serbien beitreten möchte, und dem alten Verbündeten Russland geführt. Im nächsten Jahr steht eine Landesausstellung bevor, die Expo, die vielleicht so etwas wie die Krönung seiner Präsidentschaft sein könnte. Doch ausgerechnet jetzt kommen Rückschläge wie auch die fragwürdige Verurteilung des bosnischen Serbenpräsidenten Milorad Dodik.

Das Gespräch mit Vucic findet in der Bibliothek im Erdgeschoss des Präsidentenpalastes statt, gegenüber dem Parlament, auf den Tag genau 26 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Bombardierung Serbiens am 24. März 1999. Er wirkt eigentlich nicht anders als sonst. In seinen Anfängen soll Vucic ein feuriger Nationalist gewesen sein. Mittlerweile redet er fast aufreizend bedächtig, zurückhaltend, fast wie ein Wissenschaftler, immer leicht melancholisch. Abgesehen von den Demonstrationen unterhalten wir uns auch über den Krieg in der Ukraine, die Ziele Putins, die Aufrüstung Europas und die Politik der Vereinigten Staaten.

Weltwoche: Herr Präsident, heute vor 26 Jahren wurde Belgrad bombardiert, ein tragisches Datum in der Geschichte Ihres Landes. Was ist für Sie persönlich die wichtigste Lehre, die Sie aus diesen Ereignissen ziehen?

Aleksandar Vucic: Zu viele Lektionen. Es geschah absolut auf illegale Weise. Keine Diskussion im Sicherheitsrat, kein Beschluss der Vereinten Nationen, neunzehn Nato-Mitgliedstaaten vereint gegen ein kleines Land. Sie griffen ein kleines Land an und verletzten

das Völkerrecht. Damit schufen sie einen Präzedenzfall: Wenn sie es wollen, können Grossmächte das Völkerrecht verletzen. Sie organisierten und unterstützten die Abspaltung des Kosovo, eines Gebiets, das zu einem souveränen, international anerkannten Staat gehörte. Sie sagten, sie handelten sehr altruistisch, sehr humanitär und sehr an Menschen orientiert. Ich persönlich erinnere mich, dass die Menschen würdevoll und stolz waren. Jeder hatte Angst, aber sie waren im Widerstand gegen die Nato sehr mutig. Wir wussten, dass wir keine Chance hatten. Das Ergebnis war unvermeidlich. Sie wollten uns demütigen. Wir wissen, dass wir in die Zukunft blicken müssen. Aber wir dürfen auch nie vergessen, was damals passiert ist. Und jetzt werden Sie sehen, dass alles, was sie uns angetan haben, wie ein Bumerang zu ihnen zurückkommt.

Weltwoche: Wie meinen Sie das?

Vucic: Sie sehen an der Ukraine, dass die Russen die gleiche Erzählung verwenden, die sie gegen uns verwendet haben. Was für eine Antwort können sie ihnen geben, wenn Sie sagen, dass die Bombardierung Serbiens legal war? Das war sie nicht, und das wissen sie.

Weltwoche: Lassen Sie uns über die Proteste in Serbien reden, die Schlagzeilen in der internationalen Presse machen. Der unmittelbare Auslöser war eine Tragödie in der nordserbischen Stadt Novi Sad am 24. November, bei der sechzehn Menschen starben, als eine Bahnhofsoberdachung einstürzte. Was genau wird Ihnen vorgeworfen? Worum geht es? Was wirft man Ihnen in dieser ganzen Angelegenheit vor?

Vucic: Fast nichts. Es fällt nicht in meine Kompetenz. Drei Anfragen wurden an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Eine richtete sich an die Regierung, und die Regierung hat sie vollständig erfüllt, und sie konnten nicht widerlegen, dass die Regierung das erfüllt hat. Sie haben das anerkannt. Aber in Wirklichkeit ist es etwas komplizierter. Natürlich hat der Protest ein regierungsfeindliches Element. Er wird von allen Oppositionsparteien unterstützt und hauptsächlich finanziert von aussen, weil niemand eine unabhängige Politik dieses



«Ich habe meine Prinzipien, ich habe meine Ideen. Das ist wichtiger als mein Leben»: Staatsmann Vucic.

Landes sehen will. Aber man kann keinen Anführer sehen, niemanden, den man hinterfragen oder der Öffentlichkeit zeigen könnte. Ich habe keine Angst, zu sagen, was ich denke, nämlich dass es sich um den Versuch einer Farbrevolution handelt. Das sehen offensichtlich die Chinesen, die Russen und viele Amerikaner so. Aber in Europa ist das etwas anders, weil sie wissen, wer das alles bezahlt.

Weltwoche: Gibt es berechnete Anliegen der Studenten, oder würden Sie sagen, dass sie alle politisch instrumentalisiert werden?

Vucic: Anfangs sagten sie, dass sie gegen Gewalt seien. Jetzt fangen sie an, Strassen zu blockieren und gewissermassen Geiseln zu nehmen. Die Oppositionsführer beteiligen sich ebenfalls an gewalttätigen Aktivitäten. Die Studenten und ihre Professoren schweigen dazu. Ich dachte, dass sie es wenigstens schwach verurteilen würden, aber sie tun nicht einmal das.

Weltwoche: Wer ist Ihrer Meinung nach die treibende Kraft? Sie haben angedeutet, dass NGOs und internationale Organisationen dahinterstecken.

Vucic: Es sind Liberale. Die Schattenstaaten, der «Deep State», und Staaten aus dem westlichen Teil der Welt, die das organisiert haben.

Weltwoche: Welche Rolle spielt die Europäische Union? Glauben Sie, dass Sie wegen Ihrer Position im Ukraine-Konflikt bestraft werden? Man will Serbien auf Linie bringen.

Vucic: Zweifellos werde ich bestraft. Aber ich bin stolz darauf, bestraft zu werden. Wenn sie

glauben, dass sie den Willen eines Menschen brechen können, indem sie ihn erpressen und sagen, dass er nicht an der Macht bleiben werde oder was auch immer, ist mir das egal. Es ist viel besser, würdevoll, standhaft und beharrlich zu bleiben, um seine Politik zu schützen und der Welt die wahren Gründe für diese Art von Meuterei zu zeigen. Trotz der Aufstände in ganz Ser-

«Es sind die Schattenstaaten, Staaten aus dem westlichen Teil der Welt, die das organisiert haben.»

bien habe ich meine Meinung nicht geändert. Ich habe sie vom ersten Moment an nicht geändert. Denn wir wissen, dass es sich um etwas Grösseres handelt, das von aussen organisiert wurde.

Weltwoche: Wie geht man als Präsident damit um? Ist das die schwierigste Situation Ihrer Präsidentschaft, und wie kommt man aus diesem Problem heraus?

Vucic: Es gab schon viele schwierige Situationen. Dies ist intern zweifellos die schwierigste. Aber ich weiss, dass man nichts zu verlieren hat, wenn man keine Bankkonten in der Schweiz hat. Ich habe nirgendwo Konten auf der Welt, ich bin kein sehr reicher Mensch. Aber ich bin sehr stolz auf alles, was wir hier in diesem Land erreicht haben. Wenn es in diesem Jahr keine Proteste gegeben hätte, wären wir dieses Jahr die am schnellsten wachsende Wirt-

schaft in Europa gewesen. Diese Leute haben es absichtlich verdorben. Und das haben sie auch öffentlich gesagt. Aber ich werde meinen Kampf fortsetzen, und niemand kann mir einreden, dass wir etwas falsch gemacht hätten. Denn wir haben diese Situation gemeistert, wir haben sie angepackt und immer sehr verantwortungsbewusst gehandelt. Ich habe die meisten Angehörigen der Opfer des Unglücks besucht, war auf Beerdigungen, bei Gedenkveranstaltungen. Die Staatsanwaltschaft hat ihre Arbeit sehr schnell erledigt. So etwas passiert wirklich überall auf der Welt, in jedem einzelnen Land. Ich schäme mich für nichts. Ich habe in den letzten dreizehn Jahren fleissig und engagiert gearbeitet und werde das weiterhin tun. Wissen Sie, es ist nicht einfach. Zum ersten Mal musste mein jüngster Sohn Belgrad verlassen, weil es Drohungen gegen meine Familie gab. Aber ich habe meinen Job gemacht und werde ihn immer machen. Deshalb wurde ich von unserem Volk gewählt. Ich werde dienen, meinem Volk und meinem Land. Nicht den Interessen von irgendjemand anderem auf der Welt.

Weltwoche: Es heisst, Sie hätten eine akustische Waffe gegen die Demonstranten eingesetzt. Das schreiben unsere Medien.

Vucic: Das ist eine totale Lüge. Sogar die Demonstranten sagen, es sei eine Lüge gewesen. Es war eine brutale Lüge. Wir haben das FBI und aus Russland den FSB eingeladen, um den Fall zu untersuchen: «Bitte, untersuchen Sie den Fall und geben Sie Ihre Erkenntnisse bekannt.» >>>

Weltwoche: Sind sie schon gekommen?

Vucic: Noch nicht, aber selbst der Hersteller erklärte öffentlich, diese Waffen seien eingesetzt worden. So viel zur Objektivität und Professionalität Ihrer Medien.

Weltwoche: Sie erinnern sich an die Rede von Vizepräsident Vance in München, in der er den europäischen Staats- und Regierungschefs sagte, dass nicht China und Russland eine Bedrohung für Europa darstellen, sondern die Europäische

«Sie wollen keine Wahlen, sie wollen keine Referenden. Sie wollen den Willen des Volkes nicht sehen.»

Union, die Europäer selbst, weil sie die Demokratie nicht ernst nehmen. Man sieht diese Tendenz vor allem in Ländern mit Politikern, die nicht dem Mainstream angehören – Serbien, Ungarn, Rumänien, Georgien, die Slowakei.

Vucic: Politiker, die nicht gehorsam sind.

Weltwoche: Genau. Wie erklären Sie das? Was ist die tiefere Ursache, die hier am Werk ist?

Vucic: Lassen Sie es uns analysieren. Es ist dasselbe Muster, dieselbe Ursache, derselbe Grund. Man versucht wirklich eifrig, mich zu stürzen, mich zu Fall zu bringen, weil sie ein viel schwächeres Serbien sehen wollen. Auch die westlichen Geheimdienste sind daran beteiligt, was es noch schwieriger macht, all diese Angriffe abzuwehren und zurückzuweisen. Bisher haben wir überhaupt keine Gewalt angewendet. Überhaupt nicht. Es wurde kein einziger Schlagstock geschwungen. Nichts. Daher waren sie wütend. Deshalb mussten sie lügen. Darum mussten sie die Lüge erfinden mit der akustischen Waffe. Und ich sagte ihnen: Wenn so etwas passiert wäre, hätte ich als Präsident meinen Rücktritt eingereicht! Danach verstummten die Anschuldigungen, wir hätten solche Waffen angewendet.

Weltwoche: Gibt es die Möglichkeit von Neuwahlen? Sagen Sie, okay, lasst uns Neuwahlen früher als geplant abhalten?

Vucic: Sie wollen keine Wahlen, sie wollen keine Referenden. Sie wollen gar nichts sehen. Sie wollen den Willen des Volkes nicht wirklich sehen. Sie wollen nur Befehle erteilen, indem sie Kinder und Studenten benutzen, weil sie wissen, dass niemand sie anfassen will. Politiker der Opposition missbrauchen sie, ebenso wie Professoren und alle anderen. Wir waren sehr ruhig, gelassen, stabil und sehr vorsichtig und umsichtig, sogar bei der Verteidigung der Institutionen. Ohne jegliche Gewalt. Hoffentlich können wir es in ein oder zwei Monaten abschliessen.

Weltwoche: Wenn man Ihnen zuhört, hat man den Eindruck, dass es sich um eine Art Putschversuch handelt. Die Revolution der Strasse gegen einen gewählten Präsidenten. Keine Wahlen. Sie wollen ihn einfach nur beiseiteschieben. Erleben wir in Serbien gerade einen versuchten Staatsstreich?

Vucic: Ja, das ist es. Ich sage das schon seit einer ganzen Weile, und es ist sehr offensichtlich. Das ist es, was sie versuchen zu tun.

Weltwoche: Und Sie haben keinerlei Unterstützung aus Brüssel?

Vucic: Nein. Überhaupt nicht. Sie sehen die Dinge ein wenig anders. Ich kann nicht sagen, dass sie öffentlich und offen auf der Seite der Demonstranten waren, aber ohne Zweifel, ohne Zweifel, geschah dies. Und ohne Zweifel geschieht dies immer noch.

Weltwoche: Haben Sie die amerikanische Regierung kontaktiert?

Vucic: Das Weisse Haus hat heute eine andere Einstellung, aber es ist nicht das Weisse Haus, das sich mit all diesen Dingen befasst. Es sind die Abteilungen, die man als tiefen Staat bezeichnet. Wir werden sehen, wie die offizielle Erklärung aussehen wird. Aber bisher haben Richard Grenell und andere Exponenten der US-Administration alle Angriffe auf staatliche Institutionen in einer sehr öffentlichen und offenen Art verurteilt.

Weltwoche: Haben Sie mit Präsident Trump telefoniert und ihm die Situation erklärt?

Vucic: Ich war vor zehn Tagen Gastgeber seines Sohnes Donald Trump jr., und ich hoffe, dass wir in den nächsten zwei oder drei Monaten die Gelegenheit haben werden, Präsident Trump zu treffen.

Weltwoche: Lassen Sie uns über den Krieg in der Ukraine sprechen. Seit unserem letzten Gespräch haben sich die Dinge dramatisch ver-

ändert. Was halten Sie von den Gesprächen zwischen den Präsidenten Putin und Trump? Sind Sie zuversichtlich, dass dieser Krieg bald enden wird?

Vucic: Ich glaube nicht, dass er bald enden wird. Aber ich denke, es ist sehr wichtig, dass sowohl Amerikaner als auch Russen an einem Tisch sitzen und die wichtigsten Themen der Welt diskutieren. Und ich denke, dass sie begonnen haben, sich mit einem grossen Paket zu befassen. Ein Teil dieses Pakets ist die Ukraine, was für die Russen am schwierigsten sein wird, nicht für die Amerikaner. Aber es gibt noch viele andere Dinge. Es geht um Handelsabkommen, geopolitische Interessen und alles andere. Ich denke, dass beide die geopolitische und wirtschaftliche Position Europas und der Europäischen Union untergraben wollen. Ich denke, dass dies für Amerikaner und Russen ein gemeinsamer Nenner geworden ist. Ob sie erfolgreich sein werden oder nicht, weiss ich nicht. Aber ich hoffe, dass sie am Ende in der Lage sein werden, Frieden zu bringen. Das wird uns allen viel bedeuten.

Weltwoche: Was halten Sie von den Versuchen der EU, mit riesigen Krediten und Schulden Rüstung und Streitkräfte zu stärken? Was halten Sie von diesen Tendenzen in Brüssel und in Berlin und anderen Hauptstädten?

Vucic: Diese Leute sind zehnmal schlauer als ich. Aber ich habe das Recht, selbst zu denken. Und ich denke, dass allein das Hinauszögern der Tragödie und des Krieges, den wir bisher hatten, keine wirkliche Lösung ist und keine unendliche Geschichte sein kann. Und ich bin mir nicht sicher, ob das, was die EU da an Schulden und Rüstung auftürmen will, für die Ukrainer ausreicht, um den Krieg zu gewinnen. Überhaupt nicht.

Weltwoche: Ist es nicht erstaunlich, dass die Europäische Union den Krieg verlängern will, während die Amerikaner und die Russen am Verhandlungstisch sitzen, um ihn zu beenden? Was halten Sie davon?

Vucic: Ich denke, dass Europa nicht seinen Wählerschaften schmeicheln, sondern rationale Lösungen finden sollte. Das ist alles, was ich dazu sagen kann. Sie würden gerne an ihren sogenannten Werten festhalten, aber es gibt unterschiedliche Interpretationen dieser Werte. Ich denke, dass sie mehr denn je einen rationalen Ansatz, eine nüchterne Diskussion über alles brauchen, aber wer bin ich, dass ich ihnen einen Rat geben kann, wo ich doch weiss, dass sie es zweifellos besser können als ich.

Weltwoche: Man behauptet, Putin wolle nach der Ukraine andere Länder angreifen, das alte Sowjetimperium wieder herstellen. Wie sehen Sie das?



*«Keine Kriege, keine grossen Zusammenstösse. Darauf bin ich sehr stolz»:
Vucic mit Reporter Köppel in seinem Arbeitszimmer in Belgrad.*

Vucic: Ich glaube nicht daran. War es nicht der deutsche Philosoph Leibniz, der den Begriff «hinreichender Grund» prägte? Etwas, das ausreicht, um die anderen zu erschrecken und diese Angst zu nutzen, um die eigene Politik zu gestalten. Ich glaube nicht, dass Putin ein Interesse daran hat, Europa anzugreifen. Aber vielleicht sind sie viel schlauer und haben bessere Informationen als ich. Ich wusste, dass Putin die Ukraine angreifen würde. Ich habe das öffentlich gesagt, bevor es passiert ist, und sie haben gesagt, dass es nicht passieren würde. Aber ich glaube auch nicht, dass Putin Rumänien, Moldawien oder die baltischen Länder oder was auch immer angreifen wird. Das ist meine Meinung.

Weltwoche: Warum nicht?

Vucic: Er möchte wieder ein Teil der Welt sein. Wenn er einige seiner wichtigsten staatlichen und nationalen Interessen aus seiner Sicht erreicht hat, dann möchte er, dass alles wieder normal läuft, und er möchte, dass die Sanktionen aufgehoben werden und alles andere.

Weltwoche: Serbien steht sozusagen an der Grenze dieses Konflikts, den wir jetzt in Europa sehen, West gegen Ost. Ihr Land war schon immer ein Aussenposten der christlichen Kultur, der die westliche Kultur verteidigt hat, auch eine Brücke zwischen Ost und West. Was kann Europa von Serbien lernen? Was empfehlen Sie den Europäern drüben in Brüssel, Paris und Berlin?

Vucic: Vorher möchte ich Ihnen erzählen, dass wir 1389 diese grosse Kosovo-Schlacht hatten. Aber wir töteten Murat, immerhin, und wir stoppten die Türken, legten ihnen gewaltige Hindernisse in den Weg. Sie erreichten Ungarn, dann Wien viel später, als es der Fall gewesen wäre, wenn es kein Serbien gegeben hätte. Was die heutige Situation betrifft, denke ich, dass wir nicht massiv in Munition, Rüstung und Waffen investieren müssen, sondern in Halbleiter und alles andere. Die Chinesen sind uns voraus, dann auch die Amerikaner. Das wird unsere Automobilindustrie ruinieren, und wir werden einen hohen Preis dafür zahlen, abgesehen von den Deutschen, Franzosen und allen anderen. Denn wie Sie wissen, haben wir hier viele, viele Unternehmen für Automobilersatzteile. Sogar zwei Autos, Elektroautos, werden hier in Serbien hergestellt. Und das ist oft von grösster Bedeutung für die Europäer. Wenn ich sie wäre, hätte ich all diese Hunderte von Milliarden in künstliche Intelligenz und Halbleiter investiert. Ziel Nummer zwei: Vereintigt Europa auf die eine oder andere Weise. Stärkt die Position Europas in der Welt. Es war klug von Ursula von der Leyen, nach Indien zu reisen, um viele Dinge mit Narendra Modi zu besprechen. Aber sie muss das auch mit China und mit allen afrikanischen Ländern tun. Unsere Position in Afrika und Asien ist sehr schwach. Es geht nicht um

ein Treffen oder zwei Treffen oder drei Treffen, es geht um ständige Präsenz. Wir können nicht wie das Weströmische Reich unser Leben geniessen auf Foren und in Theatern und uns einreden, dass uns diese wilden Kerle nie erreichen werden. Dann fällt plötzlich alles zusammen. Wir müssen die Situation einfach verstehen und sehr nüchtern sein. Wir müssen so rational wie möglich sein, und das war's. Wenn das nicht sehr bald geschieht, wird niemand Europa um irgendetwas bitten.

Weltwoche: Sie sind ein Politiker, der regelmässig in den Mainstream-Medien, insbesondere in deutschsprachigen Medien, angegriffen wird. Sie werden eigentlich dauernd kritisiert. Deshalb fragen wir mal anders: Was übersehen Ihre Kritiker? Was ist Ihre grösste Stärke, und was erachten Sie als Ihre grösste Leistung?

Vucic: Ich will nicht gross über Erfolge sprechen, aber Sie sollten sich am Ende zwei Zahlen anhören. Es geht um Ergebnisse. Als ich Premierminister wurde, betrug das BIP Serbiens insgesamt 32 Milliarden Euro. Dieses Jahr werden wir mit 93 Milliarden abschliessen. Ich denke, das ist eine ziemlich grosse Spanne, ein ziemlich grosser Unterschied. Die Arbeitslosenquote lag bei 25,9 Prozent, jetzt sind es 8,2 Prozent. Apropos Durchschnittsgehälter, Durchschnittslöhne. Das Nettogehalt betrug 329 Euro im Monat, jetzt sind es 960 Euro. Das sind fast tausend Euro. Und bis Ende des Jahres werden es eintausend Euro sein. Und die

«Diese Leute in Brüssel sind zehnmal schlauer als ich. Aber ich habe das Recht, selbst zu denken.»

Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP betrug bei meinem Amtsantritt als Premierminister 79 Prozent. Jetzt liegt sie bei 52 Prozent. Das sind die echten Ergebnisse. Was die Menschen immer unterschätzen und unterbewerten, ist harte Arbeit. Es ist eine Tatsache, dass sie ihre eigenen Ansichten aus diesen liberalen Medien haben. Sie haben ihre eigenen sogenannten Ideen, wenn man das so nennen kann. Und sie glauben, dass sie etwas erreichen können, indem sie auf die Menschen einschlagen und einhämmern, die anders denken. Mir ist egal, was sie sagen. Ich habe meine Ziele. Ich habe meinen eigenen Kopf. Ich habe vor niemandem Angst. Als junger Mensch, als Fussballfan, wurde ich Dutzende Male festgenommen und verhaftet. Ich habe keine Probleme mit allem, was sie in diesem Land gegen mich organisieren, mit allem, was sie auf der ganzen Welt gegen mich organisieren. Am Ende gibt es etwas, das mir niemand nehmen kann – Ergebnisse. Und wenn Sie sich alles ansehen – wie sieht es heute aus? Die Belgrader Promenade heute, das Belgrader Hafengebiet, alle Fassaden hier, alles in diesem Land ist ein

völlig anderes Land. Wir haben in den letzten zehn Jahren mehr Kilometer Autobahn gebaut als in den sechzig Jahren davor. Das ist schon etwas. Und zumindest haben wir erfolgreich den Frieden und die Stabilität in der Region bewahrt. Keine Kriege, keine grossen Zusammenstösse. Darauf bin ich sehr stolz.

Weltwoche: Was ist Ihr nächstes Ziel für Serbien?

Vucic: Es ist alles mit der Expo, der Landesausstellung verbunden. Es geht nicht nur um die Expo, aber es geht um alles, was wir vor uns haben. Daher möchten wir vor Beginn der Ausstellung liefern. Ein völlig neues Land. Neue Eisenbahnen, neue Wissenschafts- und Technologieparks. Es ist das brandneue Serbien. Und wir haben noch eineinhalb Jahre Zeit. Wir müssen alles bis zum 1. Dezember 2026 fertigstellen. Und dann werden die Menschen es einschätzen können, ob es eine gute Ära für Serbien war oder nicht. Ich glaube, dass Historiker, die alle Daten und alle Zahlen verwenden, zu einem sehr, sehr klaren und sehr positiven Ergebnis kommen werden.

Weltwoche: Meine letzte Frage ist eine persönliche Frage. Als Präsident ist man sehr allein, ein einsamer Mensch an der Spitze einer Regierung, an der Spitze eines Staates. Sie erleben riesige Demonstrationen, Menschen, die einen aus dem Amt drängen wollen. In diesen Momenten, in denen man sieht, dass Tausende gegen einen arbeiten, was macht man dann? Was gibt einem die Kraft, die Hoffnung, weiterzumachen? Was macht man in diesen, ich vermute, dunklen Momenten?

Vucic: Alles, wonach Sie streben, alles, was Sie wissen, alles, was Sie tun, da geht es um ein reines Bewusstsein, um eine klare Herangehensweise. Man muss kämpfen. Man muss für sein Land kämpfen. Man muss für Europa kämpfen, für seine Sache, für seine Ziele. Das ist es. Und das auf friedliche Weise. Und wenn ich diese guten Dinge nicht tun würde, nicht getan hätte, gäbe es dort nie so grosse Demonstrationen und Proteste. Alle um mich wären zufrieden, die Politiker, die profitieren, aber das serbische Volk wäre unzufrieden. Jetzt sind die Serben zufriedener. Natürlich gibt es eine grosse Gruppe von Menschen, die falsche Elite und alle anderen, die sind unglücklich und wollen wieder an die Macht kommen. Wir werden sehen. Ich glaube, dass sie bei legalen und fairen Wahlen keine Chance haben, aber sie wollen keine Wahlen. Sie müssten mich schon töten, um diese Übergangsregierung, oder was auch immer sie wollen, zu schaffen, denn ich werde nicht nachgeben. Ich habe meine Prinzipien, ich habe meine Ideen. Ich habe meine Ideologie. Das ist wichtiger als mein Leben.

Das Video-Interview finden Sie auf weltwoche.de
Mitarbeiter: Mihajlo Mrakic



Die Bibel

Grenzverrückungen machen verrückt

Verrücke nicht die uralte Grenze, die deine Väter gesetzt haben (Sprüche 22, 28). – Hier ist die Rede von Land- und Parzellengrenzen. Die allermeisten bestehen seit langem, was ihnen ihre Akzeptanz verleiht. Als Aktuar einer Schulbehörde war ich einst zuständig für die Umteilung eines Gehöfts in eine andere Schulgemeinde. Das war umständlich – aus guten Gründen. Grenzen soll man nicht leichtfertig ändern, denn sie sorgen für Sicherheit und klären die Verantwortlichkeiten. Das gilt auch für die Grenzen im übertragenen Sinn. Zwar lautet eine beliebte Schwatzformel «Brücken bauen», doch haben auch Brücken eine beschränkte Kapazität und lassen die Grenze bestehen. Innerhalb von Landes-, Kultur- und Sprachgrenzen bilden sich in langen Prozessen Lebensformen und Bräuche heraus, die das Leben erleichtern. Dank ihnen muss man nicht jeden Tag alles neu erfinden.

Seit gut fünfzehn Jahren besteht der Anspruch, die Grenzen seien zu beseitigen. Angefangen bei den Landesgrenzen über die Sozialversicherungen, die nicht nur den Einwohnern und Einzahlern, sondern allen Neuankömmlingen subito zugutekommen, bis hin zum Geschlecht, das in manchen Klubs als konstruierte Oberfläche gilt. Wenn es so weitergeht, kann ich demnächst als Diskriminierung einklagen, dass ich kein Spanier, kein Pilot, keine Frau oder kein Nilpferd bin. Die Leugnung der Grenzen und Strukturen raubt jedoch den Menschen ihr Koordinatennetz und damit die Orientierung. Das Leiden Christi, an das sich die Kirche in diesen Wochen erinnert, hängt mit dem Leiden insgesamt und dieses mit den Grenzen zusammen, die allem Leben und Tun gesetzt sind. Schon in der Schöpfungsgeschichte. Trickreiche Entgrenzungen wie nun erneut in Deutschland verschieben das Leiden in die Zukunft. Verrücktes Grenzen und verrücktes Denken gehören zusammen.

Peter Ruch

Selenskyjs neue Kleider

Eine Top-Designerin entwirft den Militär-Chic des Präsidenten. Der Preis hat sich gewaschen.

Wolfgang Koydl

Man kriegt es in Kurz- oder Langarm, in vier Farben und bis hinauf zur XXL-Grösse 60. Der Preis hat sich gewaschen für ein einfaches Shirt: 170 Euro. Aber was heisst schon «einfach»? Hier kann man schliesslich nichts Geringeres erwerben als das Polohemd des ukrainischen Präsidenten, den Selenskyj-Chic. Inklusiv des aufgestickten Nationalsymbols, des Dreizacks.

Das Polo stammt auch nicht von irgendeinem asiatischen Billiganbieter, sondern von Elvira Gasanova, der prominentesten Designerin der Ukraine. Sie vermarktet teure Mode, Geschirr und Kosmetika und unterhält Boutiquen in Beverly Hills, London und Mailand. First Lady Olena Selenska ist ihre geschätzte und prominenteste Kundin, aber auch das Model Gigi Hadid und die Erbin Paris Hilton wurden schon in Gasanovas Kreationen gesichtet.

«Und ich bin Teil dieses Kampfes»

Diese modischen Feinheiten waren Donald Trump wahrscheinlich nicht bewusst, als er sich Ende Februar schon bei der Begrüssung in Washington über das legere Outfit von Wolodymyr Selenskyj mokierte: «Na, da haben wir uns heute aber herausgeputzt.» Als dann auch noch ein Journalist im Weissen Haus dem Ukrainer vorwarf, er verletze mit seinem Fashion-Fauxpas die Würde des Oval Office, verteidigte der sich: Er werde erst nach dem Krieg wieder einen Anzug tragen – «vielleicht was Besseres als Sie».

Das letzte Mal sah die Welt Selenskyj am 24. Februar 2022 mit Schlips und Kragen, als er im Fernsehen die Verhängung des Kriegsrechts verkündete. Seitdem tritt er martialisch gewandet auf: Cargohosen, Stiefel, Sweatshirts. Selbst für König Charles III. machte er keine Ausnahme, warum dann für Trump, dessen Brioni-Anzüge zwar teuer sind, aber formlos an seinem massigen Leib hängen? Ausserdem sieht der es bei anderen Besuchern seines Büros auch nicht so eng. Buddy Elon Musk in Basecap und T-Shirt ist auch nicht

unbedingt eine Werbung für einen klassischen Herrenschneider.

«Wenn die Führer der Welt Selenskyj im Militärstil sehen, ist das ein Signal: «Die Ukraine kämpft, und ich bin Teil dieses Kampfes», verteidigte Modeschöpferin Gasanova ihr Vorzeigemodell auf dem Nachrichtenportal Politico.

Designerin Elvira Gasanova unterhält Boutiquen in Beverly Hills, London und Mailand.

Wenn man von ihm verlange, wieder Anzug und Krawatte zu tragen, fordere man ihn faktisch dazu auf, den Krieg zu beenden. Im Krieg sei Selenskyj nicht nur Präsident, sondern auch der Oberkommandierende. «Ein klassischer Anzug würde als eine Entfremdung von der Realität der Front gesehen werden», meinte sie. «Sein Kleidungsstil hilft, die Aufmerksamkeit der Welt weiter auf die Ukraine zu richten.»

Dabei hätte Gasanova auch zivile Klamotten für Selenskyj im Angebot. Den leichten Leinenblazer etwa für 700 Euro. Oder Ethno-Chic – die mit Blumen bestickte «Wyschywanka», die traditionelle ukrainische Bauernbluse. Bei Selenskyjs Entourage scheint Trumps Modekritik bereits auf fruchtbaren Boden gefallen zu sein. Bei den Verhandlungen mit den USA in Saudi-Arabien war Kiews Chefunterhändler Andrij Jermak kaum zu erkennen: Er trug einen Anzug.



Das einfache Polo ist für 170 Euro zu haben: Selenskyj.

DIE INTERESSANTESTEN FRAUEN DER WELT / JULIE BURCHILL

Ewige Fremde

Was von Donatella Versace bleibt.

Als Frau ist man in der Frauenmode ein Fremdling. Eigentlich würde man meinen, eine Frau wäre im Vorteil, weil sie weiss, mit welchen Körperteilen Frauen zufrieden und welche für sie ein Problem sind. Tatsächlich stehen die Chancen schlecht, es an die Spitze zu schaffen: Ein Schwuler, der sich kein bisschen für weibliche Körper interessiert, hat viel bessere Chancen. Viele Jahre lang zehrte Donatella Versace von ihrem berühmten Namen, jetzt aber wurde die Vielgeliebte rausgeschmissen – respektive zur «Chief Brand Ambassador» erklärt –, während der schwule Dario Vitale zum «Chief Creative Officer» von Versace befördert wurde.

Der jüngeren Schwester des ermordeten Gianni, die aussieht wie eine Schildkröte, die davon träumte, eine Dragqueen zu werden, war es von Anfang an bestimmt, eine Nebenrolle zu spielen. Sie hat sich redlich bemüht, aufzufallen, färbte auf Giannis Anregung hin mit elf ihr Haar blond, fungierte als seine Muse, wobei sie ihn nicht zu einem Lied oder Gedicht, sondern zum Parfüm «Blonde» inspirierte. Nach seinem Tod 1997 erbte sie zusammen mit ihrem Bruder und ihrer Tochter die Marke Versace. Nach beinahe dreissig Jahren – während deren sie eine Menge Koks geschnupft hatte, also wohl entsprechend viel Spass hatte – als «Head of Design» ist sie jetzt draussen.

Mitleid? Eher nicht

Natürlich gab es einen Wirbel, wurde Verrat gewittert und spekuliert, die Prada Group wolle Versace von der Capri Holdings kaufen, die 2018 dafür 2,12 Milliarden Dollar bezahlt hatte. Ein «Mode-Insider» erzählte *Page Six*: «Donatella wurde untergraben. [...] Ihre Arbeit als schöpferische Leiterin wurde nicht so gewürdigt, wie es sich gehört hätte. Sie hat sich voller Hoffnung auf diese Partnerschaft eingelassen und tat, was sie für das Richtige hielt. Sie hatte nichts einzuwenden gegen eine Nachfolgelösung, doch man hat sie als Menschen nicht genug respektiert, und schon gar nicht als eine Versace und als Visionärin.»



Inspiration zum Parfüm «Blonde»: Muse Versace mit Bruder Gianni, 1988.

Es fällt schwer, Mitleid zu haben mit Couturiers oder Couturiären, die dadurch, dass sie die Schwächen von Frauen ausnutzen, wie Sonnenkönige leben. Im Lauf ihrer Karriere haben sich viele bei Donatella eingeschleimt, vermutlich in der Hoffnung auf Gratisklamotten. Man hat ihr noch mehr geschmeichelt als Angehörigen eines Königshauses: Im Netflix-Film über ihren Bruder wurde sie von Penélope Cruz gespielt – weniger des Alters oder der Nationalität, sondern der Spezies wegen eine Fehlbesetzung. Donatella

hat es nur zu etwas gebracht, weil sie die Schwester von jemandem war. Ihr einziger Beitrag zu unserer Kultur bestand darin, atemberaubend teure Dinge anzubieten, in denen Frauen aussahen wie sich prostituierende Transvestiten.

Es fällt entsprechend schwer, sie als Beispiel für die schlechte Behandlung von Frauen zu bemitleiden, auch wenn sie gerade in den Seilen hängt.

Aus dem Englischen von Thomas Bodmer

BLICK IN DIE ZEIT

Kann der Populismus erwachsen werden?

Ja, wenn er Teil des politischen Systems eines Landes wird.

Oliver Zimmer

Das Wort, das halb bewundernd für ihn verwendet wird, ist «disruptor» – halb bewundernd, weil wir es begrüßen sollten, wenn Dinge zwar aufgerüttelt, aber nicht in kleine Stücke gerissen werden.
Terry Eagleton über Donald Trump

Neulich stiess ich auf einen interessanten Kommentar zum Populismus, der wichtigsten politischen Bewegung unserer Zeit. Der Autor ist Eric Kaufmann, ein in London ansässiger, aus Vancouver stammender Politikwissenschaftler. Meiner Meinung nach verdient sein Beitrag eine breite Debatte.

Kaufmann ist kein Gegner des demokratischen Populismus. Im Gegenteil: Als konservativer Liberaler hält er diesen für eine nötige Reaktion auf die jahrzehntelange Dominanz des linksprogressiven Gedankenguts in Kultur und staatlichen Institutionen. Wer sein Buch über Wokeism gelesen hat, weiss, dass Kaufmann mit einem guten Teil von Trumps politischer Agenda sympathisiert. Vor allem begrüsst er viele von dessen kulturpolitischen Massnahmen, insbesondere in den Bereichen DEI (*Diversity, Equity and Inclusion*), Migration und Meinungsfreiheit.

Bewahrung der Identität

Genau deshalb kritisiert er die Aussenpolitik der US-Regierung: weil er glaubt, dass der Trumpismus 2.0 dem Populismus einen schlechten Ruf verschafft und damit dem angeschlagenen linksliberalen Mainstream neues Leben einhauchen könnte. Die jüngsten Initiativen der US-Regierung – vor allem ihre Haltung zur Ukraine, Trumps Drohungen, Grönland zu übernehmen und Kanada zu absorbieren, das Verhängen von Zöllen gegen mehrere grosse Länder, aber auch Elon Musks Einmischung in die deutschen Wahlen – werden nach Kaufmanns Ansicht den demokratischen Populismus weltweit schwächen.

Konzeptionell bedient sich Kaufmann bei der Nationalismusforschung. Er unterscheidet zwischen dem politischen Nationalismus, den die amerikanische Administration unter Trump verfolgt, und dem kulturellen Nationalismus,

der von den meisten Mainstream-Populisten favorisiert wird. Beim kulturellen Nationalismus geht es in erster Linie um die Bewahrung der Identität, er ist daher vornehmlich defensiv ausgerichtet. Im Gegensatz dazu geht es beim politischen Nationalismus seit je um die Durchsetzung einer ideologischen Mission und somit um Macht um ihrer selbst willen. Laut Kaufmann sind die meisten demokratischen Populisten in den USA und Europa kulturelle Nationalisten, die nationale Selbst-

Die gute, alte repräsentative Demokratie entpuppt sich nun als eine Art von Wahlaristokratie.

bestimmung einfordern. Was sie in ihrer überwiegenden Mehrheit ablehnen, sind der politische Nationalismus und seine imperialistischen Ziele.

Der überzeugendste Beweis, den Kaufmann zur Untermauerung seiner These anführt, bezieht sich auf sein eigenes Land, Kanada. Dort schaffte Trumps aggressive Rhetorik innerhalb weniger Wochen das, was wohl keinem liberalen Führer in absehbarer Zeit gelungen wäre: Sie liess den massiven Vorsprung in den Umfragen, den der Führer der Konservativen Partei, Pierre Poilievre, genoss, dahinschmelzen und machte Mark Carney, den ultimativen Verfechter des Establishment-Konformismus, zum Favoriten für das Präsidentenamt.

Die interessanteste Frage, die Kaufmann in seinem Beitrag aufwirft (allerdings ohne sie zu beantworten), ist jedoch, ob der Populismus erwachsen werden kann. Meine eigene Antwort darauf lautet: nicht wenn er weiterhin auf (potenziell unberechenbare) Parteien und charismatische Führerfiguren angewiesen bleibt. Positiv formuliert: Damit der Populismus längerfristig zu einer Kraft werden kann, die die Mängel des repräsentativen Systems kompensiert – allen voran seine dünne demokratische Legitimität –, muss er in das politische System eines Landes integriert werden. Denn nur so, um Terry Eagletons zitierte Bemerkung zu

verwenden, werden unsere Institutionen periodisch in Frage gestellt – was sie brauchen, um sich ihre öffentliche Legitimität zu bewahren –, ohne dass sie in kleine Stücke zerbrechen. Um mein Argument zu plausibilisieren, muss ich etwas weiter ausholen.

Was ist Populismus?

Der Populismus, so der wissenschaftliche Konsens, speist sich aus zwei ideologischen Motiven: Das erste stellt die Politik als einen Kampf zwischen (einem guten und ehrlichen) Volk und einer (korrupten) Elite dar, während das zweite sowohl das Volk als auch die Elite als homogene Einheiten definiert. Der Populismus ist also antipluralistisch, was ihn zu einer Gefahr für die liberale Demokratie werden lässt. Dieses Verständnis von Populismus ist nicht gänzlich unplausibel, wie ja überhaupt wenige Dinge bar jeder Plausibilität sind. Gleichzeitig entspringt es jener Art von progressiver Selbstbeweihräucherung, die für den «undemokratischen Liberalismus» (Yascha Mounk) bezeichnend ist. Wie ich kürzlich in einem Aufsatz über den neuen kulturellen Kolonialismus argumentiert habe, ist die Behauptung, dass der liberale Progressivismus ohne die Konstruktion ideologischer Gegensätze auskommt, gänzlich unbegründet und war es schon immer. Was ausser Frage steht, ist bloss, dass sich die progressiven Stereotypen von den populistischen unterscheiden.

Thomas Frank hat kürzlich aus linksliberaler Perspektive eine Geschichte des amerikanischen Populismus veröffentlicht. Er beschreibt, wie der Populismus von rivalisierenden Gruppierungen seit dem späten 19. Jahrhundert wahrgenommen wurde: «Von Anfang an hatte der Populismus zwei Bedeutungen. Es gab den Populismus, wie ihn seine Befürworter verstanden, d. h. eine Bewegung, in der die einfachen Bürger demokratische Wirtschaftsreformen forderten. Und es gab den Populismus, wie ihn seine Feinde charakterisierten: eine gefährliche Bewegung grundloser Ressentiments, in der Demagogen die Anrühigen anführten.» Frank argu-

mentiert, dass der Antipopulismus «aus einer langen Tradition des Pessimismus gegenüber der Souveränität des Volkes und der demokratischen Teilhabe» entspringt und dass es diese «Tradition der quasi-aristokratischen Verachtung» ist, die ihm bis heute den Nährboden bereitet. Zu den gegenwärtigen Populismuskritikern in den USA stellt er fest, dass sie fast ausnahmslos «bei einer amerikanischen Nachrichtenagentur, Universität oder Denkfabrik angestellt sind».

Franks Argumentation zum Populismus ähnelt derjenigen von Frank Ankersmit, einem konservativ-liberalen Philosophen aus den Niederlanden. Ankersmit erinnert uns daran, dass einige der wichtigsten Kommentatoren zur Demokratie (darunter Hannah Arendt, John Dunn, Hanna Pitkin oder Bernard Manin) «den aristokratischen Charakter unserer repräsentativen Demokratien» konzediert haben. Mit der Ablösung der politischen Ideologie durch den legalistisch-technokratischen Supranationalismus begannen die Menschen das Wesen des repräsentativen Systems besser zu begreifen. Insbesondere verstanden sie nun, dass sie durch den

Wahlakt die Funktion erfüllten, das etablierte politische System zu legitimieren. Ankersmit bringt seinen Gedanken auf anschauliche Weise auf den Punkt:

«Die gute, alte repräsentative Demokratie entpuppt sich nun als jene Art von Wahlaristokratie, die sie schon immer gewesen ist, ohne dass uns dies aufgefallen wäre. Plötzlich tritt uns die Janusköpfigkeit unserer Volksvertreter ungeschminkt entgegen: Das erste Gesicht ist auf den Wähler gerichtet, das zweite auf Leute, für die der Wähler im besten Falle wenig Sympathie hegt; im schlimmsten Fall wird er sie als Bedrohung seiner Interessen und all dessen, was ihm bekannt, vertraut und lieb ist, empfinden. Also zum Beispiel die Damen und Herren der EU und des Finanzsektors.»

Nun ist Ankersmit kein Verfechter der Maxime, dass die Mehrheit immer recht hat. Er ist kein romantischer Denker in der politischen Tradition von Rousseau, kein Apologet der Idee des homogenen Volkes. Als historisch gebildeter Mensch glaubt er zudem nicht, dass die reine direkte (also jakobinisch geprägte) Demokratie wünschenswert wäre. Das ist der Liberale in ihm.

Aber er ist auch ehrlich genug, um zuzugeben, dass das System, das wir üblicherweise als repräsentative Demokratie bezeichnen, heute oft einer «Wahlaristokratie» ähnelt. Das ist der Demokrat in ihm. Seine Schlussfolgerung zum Populismus ist bemerkenswert und stellt eine Herausforderung für die wissenschaftliche Literatur zu diesem Thema dar. Sie lautet:

«Die Gefahren des Populismus sind zwar real, sollten aber nicht übertrieben werden.

Der Antipopulismus entspringt einer Tradition des Pessimismus gegenüber der Souveränität des Volkes.

Man beachte vor allem, dass Populisten nie die Abschaffung der repräsentativen Demokratie gefordert haben. Mit dem Populismus, wie er gegenwärtig im Westen vorherrscht, stehen wir nicht an der Schwelle zu einem neuen 1789, 1917/1918 oder 1933. Aber was noch nicht ist, kann ja noch werden. Auch wenn es derzeit viele gute Gründe gibt, sich grosse Sorgen um die Zukunft zu machen: Der Populismus gehört nicht dazu.»

Ausschläge des Pendels

Doch nun zurück zu meiner Frage: Kann der Populismus erwachsen werden? Oder taucht er einfach eines Tages auf, schlägt alles kurz und klein und verschwindet dann wieder? Lassen Sie mich versuchen, eine Antwort auf diese entscheidende Frage zu skizzieren.

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, dass der Populismus, historisch gesehen, ein integraler Bestandteil einer lebendigen Demokratie ist und nicht ihre Pervertierung. Der Vorstoss, mehr Menschen in den demokratischen Prozess einzubeziehen – sie damit gewissermassen in die Geschichte einzuladen –, wurde stets mit dem Hinweis auf «das Volk» als souveränes politisches Subjekt gerechtfertigt. Die eigentliche Frage ist also nicht, ob Populismus gut oder schlecht ist, ob er in vollem Gange ist oder nicht. Die eigentliche Frage ist, wie sich der Populismus artikulieren kann, was weitgehend davon abhängt, wie stark eine Demokratie zum elitären Ausschluss neigt. Je mehr ein politisches System die Bürger zu Gelegenheitswählern der grossen Parteien reduziert, desto weniger Raum bietet es für populistische Anliegen, die den Gesetzgebungsprozess in der Auseinandersetzung mit den etablierten politischen Kräften auf direkte Weise beeinflussen könnten.

In der Realität ist dieser Spielraum klein bis inexistent. Deshalb neigen die rein repräsentativen Demokratien dazu, Spannungen aufzubauen, die sich nur schwer entschärfen lassen. Zudem bieten sie fruchtbaren Boden für die Art von rhetorischen Ränkespielen, mit denen sich zuweilen farblose Berufspolitiker vor den Wahlen zu profilieren suchen. Wenn das Pendel zu weit in eine Richtung ausschlägt – weil die regierenden Par-



Glück, Gewieftheit und lupenreiner Opportunismus.



„Seitdem wir einen Unternehmensberater haben, läuft das Geschäft immer besser.“

teien in wichtigen Fragen eine Politik betreiben, die den Wählerwillen kaum mehr abbildet –, werden Populisten von der demokratischen Rechten oder Linken versuchen, dies zu korrigieren. Je eklatanter die Überschreitung ist, desto radikaler werden die Mittel sein, die populistische Bewegungen einsetzen, um das Schiff (aus ihrer Sicht) wieder auf Kurs zu bringen. In rein repräsentativen Systemen, also in fast allen liberalen Demokratien des Westens, hat der Populismus deshalb zwangsläufig die Form einer Gegenbewegung, die sich gegen alles richtet, was den etablierten Status quo verkörpert oder als solcher dargestellt werden kann. Die Befürworter dieser Bewegung befinden sich jedoch meist ausserhalb der Regierung und nicht innerhalb.

Deshalb bilden die USA – wo mit Trump und seinem Vizepräsidenten zwei konservative Populisten aus der republikanischen Partei an die Macht gelangt sind – eher eine Ausnahme. Viel typischer sind in dieser Hinsicht Europa und das Vereinigte Königreich, wo populistische Bewegungen und Parteien in letzter Zeit stark auf dem Vormarsch sind. Die Hauptanliegen dieser Populisten sind Einwanderung und politische Souveränität. Je mehr die etablierten Parteien die Populisten ignorieren oder via Brandmauern ausgrenzen, desto mehr leidet die Legitimität des politischen Systems insgesamt. Eine Wertedemokratie mag den weltanschaulichen Präferenzen der etablierten Parteien entsprechen, für die Legitimität der Demokratie als System bedeutet sie Stress.

Scharfsinn ist eher ein Hindernis

Politische Kulturen, die so funktionieren, sind selten langweilig – im Gegenteil, sie sind auch intellektuell meist attraktiver als konsensuale Demokratien. In Grossbritannien kommt in der Politik nie Langeweile auf. Der Preis dafür ist allerdings eine schon beinahe chronische Instabilität. Dem Aufbau von Institutionen und Infrastrukturen, die den sozialen Zusammenhalt aufrechterhalten und die wirtschaftliche Produktivität fördern, sind sie eher abträglich.

In der Schweiz ist das politische Spektakel verpönt, sogar bei hohen Exekutivämtern ist kantiger Scharfsinn eher ein Hindernis. Doch in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht gehört das Land zu den erfolgreichsten

der Welt. Es verfügt über ein Bildungssystem, das dem Durchschnittsbürger die Fähigkeiten vermittelt, die er braucht, um auf dem Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts bestehen zu können; das soziale Vertrauen und der Zusammenhalt sind immer noch hoch, zumindest im Vergleich. Man schreibt nicht einfach ganze Regionen und Städte ab, wie es in anderen europäischen Ländern schon länger geschieht.

An der Schweizer Erfolgsgeschichte ist vor allem eines bemerkenswert: Sie verdankt sich nicht dem politisch-wirtschaftlichen Establishment, das das Land in den 1990er Jahren in die Europäische Union führen wollte und es nun erneut vertretbar findet, es ihrem Obergericht zu unterstellen. Noch verdankt sie sich der strikten Neutralität – oder den Geldwäschern und Steueroasen, wie eine von Ressentiments getriebene globale Linke behauptet. Glück, Gewieftheit und lupenreiner Opportunismus

Repräsentative Demokratien neigen dazu, Spannungen aufzubauen, die sich nur schwer entschärfen lassen.

spielten sicherlich eine wichtige Rolle. Vor allem aber verdankt sich die genannte Erfolgsgeschichte der halbdirekten Demokratie – also der Tatsache, dass die Bürgerinnen und Bürger mit Initiativen oder Referenden die parlamentarische Gesetzgebung anfechten oder eine Änderung der verfassungsrechtlichen Regelungen einleiten können. Nicht die Wertedemokratie dient hier als Ideal, sondern die umstrittene.

Mit anderen Worten: Der Populismus wird dann erwachsen, wenn er in das institutionelle Gefüge eines Landes eingebettet wird. Dann erweist sich das populistische Korrektiv – dieser Ur-Reflex der modernen Demokratie – als produktiv. Aber in weiten Teilen Europas und auch im Vereinigten Königreich würde dies eine Revolution erfordern. Und die Chancen dafür stehen nicht allzu gut. Warum nicht? Der niederländische Philosoph Ankersmit gibt uns die Antwort: «Es versteht sich von selbst, dass eine Klasse, die einmal die politische Macht erlangt hat, sie nicht wieder aufgeben wird.» Das gilt auch für die Populisten, sollten sie jemals den Übergang zur Regierungsbildung schaffen. Macht korrumpiert, und absolute Macht korrumpiert absolut. Das Einzige, was den Populismus erwachsen werden lassen könnte, sind nicht die Berufspolitiker oder staatlich verordnete Denk- und Sprechgebote, sondern ein Demos, der die Vorurteile und Fehler seiner Wahlaristokratie korrigieren kann und will.

Oliver Zimmer, ehemaliger Professor für Geschichte an der Universität Oxford, ist Forschungsdirektor bei Crema und Autor mehrerer Bücher.

Das englische Original dieses Textes ist auf Oliver Zimmers Substack-Kanal erschienen: substack.com/@oliverzimmer

EU-Mitglied Estland schränkt Wahlrecht ein

Unsere Demokraten kriegen mal wieder die Lippen nicht auseinander. Oder sie kneifen fest die Augen zu. Sonst müssten sie protestieren, weil ein EU-Mitglied die Demokratie mit Füßen tritt. Oder wie nennt man es, wenn man einem Teil der Bürger das Wahlrecht entzieht – nur aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit?

Wo sich das zugetragen hat? Im Musterlände Estland, einst regiert von der heutigen EU-Aussenbeauftragten Kaja Kallas. Das Parlament hat fast einstimmig die russische Minderheit von Kommunalwahlen ausgeschlossen. An Parlamentswahlen durften sie noch nie teilnehmen. Wäre ja noch schöner.

Europas Medien hüsteln noch nicht einmal verlegen ob dieser Nachricht. Sie nehmen sie einfach nicht zur Kenntnis. Sind ja auch damit beschäftigt, die Demontage der Demokratie durch «Sultan Erdogan» zu beklagen.

Merke: Wer von «unserer Demokratie» spricht, meint nicht «die Demokratie». Geht gar nicht anders. Er beerdigt sie ja gerade.

Wolfgang Koydl



Unsere Demokratie: Politikerin Kallas.

Der Hut des Zauberers ist leer

Benjamin Netanjahu hat Israels Wirtschaft von den sozialistischen Fesseln der Gründerväter befreit. Auf die heutigen Probleme des Landes hat er keine Antworten.

Pierre Heumann

Tel Aviv

Benjamin Netanjahu ist ein Zauberer-künstler. In einem Staat, in dem heftige Diskussionen zur DNA der Bürger und Politiker gehören, ist er – mit kurzen Unterbrüchen – seit sechzehn Jahren an der Macht. Vor ihm hatten sich zwölf Premiers in schneller Folge abgelöst. Trotz des längsten Kriegs und des grössten Massakers in Israels Geschichte bleibt er an der Spitze.

Doch der Zauber droht zu verfliegen. Laut einer Umfrage Ende Februar sind fast die Hälfte der Bürger der Meinung, dass Netanjahu endlich Verantwortung für das Desaster vom 7. Oktober übernehmen und zurücktreten sollte. Sieben von zehn Israeli verlangen von ihm, die Verhandlungen mit der Hamas wieder aufzunehmen, die Armee aus dem Gazastreifen abzuziehen und den Geiseln, die seit mehr als 530 Tagen immer noch in den Tunneln schmachten, die Rückkehr nach Hause zu ermöglichen.

Stattdessen hat Netanjahu die Kämpfe wieder aufgenommen und setzt auf militärischen Druck, um die Hamas zur Freilassung der Gekidnappten zu zwingen. Trotz anderthalb Jahren intensivster Angriffe auf Gaza sind immer noch rund 59 Geiseln in Gaza. Warum sollte die Befreiung dieses Mal gelingen?

Verfassungskrise mitten im Krieg

Während Netanjahu die kriegsmüde Nation in den Krieg führt, entfacht er eine Reihe interner Auseinandersetzungen, die vom Schicksal der Geiseln ablenken. Er sitzt in der Falle der Hardliner, die Königsmacher sind und lieber Krieg führen, als Geiseln zu helfen.

Mehrere Zehntausend Bürger demonstrieren aus Sorge um ihre Lieben in Gaza gegen den Krieg, weil die Armee das Leben der Entführten gefährdet. Während Soldaten in Gaza kämpfen, greift Netanjahu erneut die Justizreform auf, die schon vor dem Krieg die Nation gespalten hatte. Befürworter und Gegner mögen ihre Gründe haben – aber jetzt ist nicht der richtige Zeitpunkt für diese Debatte.



In der Falle der Hardliner: Premier Netanjahu.

Netanjahu setzt falsche Prioritäten für das Land, aber er sichert seine Macht. Er hat den Geheimdienstchef entlassen, der die Untersuchung in einem brisanten Fall leitet, in den Netanjahu involviert sein könnte. Der Oberste Gerichtshof

Der Premier fordert Loyalität – nicht gegenüber dem Staat, sondern ihm gegenüber.

hat zwar verfügt, dass der Geheimdienstchef, der auch über den Erhalt der Demokratie wacht, bis auf weiteres nicht entlassen werden kann.

Aber Netanjahu will sich über die Justiz hinwegsetzen. Es droht ein Showdown zwischen der Regierung und dem Obersten Gericht. Auch will Netanjahu die Generalstaatsanwältin loswerden, die für seine Strafverfolgung zuständig ist, weil er ihr, so sagt er, nicht mehr vertraue (Netanjahu muss sich in seinem Korruptions-

prozess zweimal die Woche den Richtern stellen). Das alles könnte, mitten im Krieg, auf eine Verfassungskrise hinauslaufen.

Netanjahu spaltet das Land – das ist genau das, was Israel sich jetzt nicht leisten kann, weil es dadurch geschwächt wird. Viele fragen sich, was aus ihm geworden ist. Er hat die Wirtschaft von den sozialistischen Fesseln der Gründerväter befreit und dafür gesorgt, dass die Hightech-Industrie zur Lokomotive des Wohlstands wurde, und er hat die aussenpolitischen Beziehungen ausgedehnt, auch im arabischen Raum.

Regierung mit 34 Ministern

«Bibi», wie ihn Freund und Feind nennen, ist ein Paradebeispiel für einen Opportunisten, der seine Ideologie ablegt, um an der Macht zu bleiben. Sein liberales Gedankengut hat er über Bord geworfen. Um jede seiner Koalitionsparteien zufriedenzustellen, hat er die Regierung auf 34 Minister aufgebläht.

Damit will er den Appetit der verschiedenen Koalitionspartner sowie der Fraktionen innerhalb seiner eigenen Likud-Partei auf Patronage und Ministergehälter stillen. Auf Druck der Ultrareligiösen will er darauf verzichten, die Strenggläubigen zum Militärdienst zu verpflichten, weil sie mit dem Rückzug aus der Koalition drohen, sollten sie ihre Talmudschulen verlassen müssen, um Militärdienst zu leisten.

Seine Minister hat Netanjahu mit Bedacht ausgewählt. Unter den 34 gibt es nicht einen einzigen, der es wagen würde, ihm zu widersprechen. Der Premier fordert Loyalität – nicht gegenüber dem Staat, sondern ihm gegenüber. Wer ihn kritisiert, wird auf die Strafbank versetzt. Der Kurs seiner Politik gefährdet damit nicht nur den inneren Frieden, sondern auch die Stabilität des Staates.

Israel steht jetzt vor der Herausforderung, einen Weg zu finden, der das Land eint und nicht weiter spaltet – eine Aufgabe, die unter Netanjahus derzeitiger Koalition zunehmend schwierig erscheint.

«Die besten Deals habe ich per Handschlag gemacht»

Werner Kimmig pflügte mit Kurt Felix zusammen die deutsche Fernsehlandschaft um. Er blieb erfolgreicher TV-Produzent und sagt, das Medium setze gerade zu einer Renaissance an.

Benjamin Bögli

Weltwoche: Herr Kimmig, man hört und liest immer wieder, das traditionelle, sogenannte lineare Fernsehen sei tot. Sie produzieren noch immer in alter Frische. Wie passt das zusammen?

Werner Kimmig: Wir produzieren schon etwas weniger als früher. Doch ich bin der Meinung, dass das lineare Fernsehen gerade eine Wiedergeburt erlebt.

Weltwoche: Wie kommen Sie darauf?

Kimmig: Ich sehe die Anzeichen. Ein Beispiel: Im Dezember feierte Hape Kerkeling seinen 60. Geburtstag. Dazu gab es in der ARD einen Hape-Kerkeling-Abend. Also einen Film und eine super anderthalbstündige Doku. Normalerweise sind solche Formate 40 oder 45 Minuten lang. Und dieser Film hatte fünfeinhalb Millionen Zuschauer. Das ist für einen Montagabend sensationell.

Weltwoche: Was, denken Sie, sind die Gründe?

Kimmig: Der Anlass muss stimmen, dann funktioniert es. Ein zweites Beispiel: Die letzte «Wetten, dass...?»-Show mit Thomas Gottschalk Ende 2023 in Offenburg hatte zwölf Millionen Zuschauer. Solange es einen Gottschalk gibt, der zwölf Millionen Menschen vor das TV-Gerät bringt, kann das lineare Fernsehen nicht tot sein.

Weltwoche: Ihre «Helene-Fischer-Show» an Weihnachten kam allerdings nicht an die Vorjahresquoten heran, wie zu lesen war. Weshalb?

Kimmig: Moment, das ist nicht ganz richtig. Es stimmt, die Sendung hatte in Deutschland während der Ausstrahlung, linear, etwas unter vier Millionen Zuschauer – doch es kamen gleich danach noch 1,5 Millionen über die Mediathek dazu. Wir und der Sender sind also sehr zufrieden!

Weltwoche: Sie erwähnen «Wetten, dass...?». Doch die Sendung gibt's nicht mehr ...

Kimmig: «Wetten, dass...?» kommt wieder, darauf wette ich!

Weltwoche: Thomas Gottschalk ist in letzter Zeit allerdings ziemlich unter die Räder geraten. Mit seinem Podcast hat er aufgehört. Wie schätzen Sie die Lage ein?

Kimmig: Er hatte vor der letzten «Wetten, dass...?»-Sendung ja gesagt, er höre auf. Ich denke, selbst Thomas hatte nicht mit einer solch

sensationellen Quote gerechnet. Und jetzt traut sich keiner mehr, ihn anzufragen ... Ich arbeite ja mit beiden – mit dem ZDF und mit Gottschalk – sehr gut zusammen, und ich werde mit beiden auch noch etwas machen, ganz sicher!

Weltwoche: Ist Gottschalk unersetzlich?

Kimmig: Schwierig zu sagen, er ist halt genial. Frank Elstner hat mir mal gesagt, dass Gottschalk ein Geschenk des Himmels gewesen sei. Er hat ja zwei Mal aufgehört mit «Wetten, dass...?». Ohne ihn lief es aber nicht. Die Sendung hat mit Elstner funktioniert und mit Gottschalk, sonst nicht.

Weltwoche: Was braucht es, damit eine Sendung erfolgreich ist?

Kimmig: Solange es Anlässe und aktuelle Nachrichten gibt, ist lineares, herkömmliches Fernsehen erfolgreich. Schauen Sie sich die ARD-«Brennpunkte» an. Der «Brennpunkt» Syrien war im letzten Jahr eine der erfolgreichsten Sendungen mit 8,9 Millionen Zuschauern ...

«Verstehen Sie Spass?» bis Helene Fischer

Werner Kimmig, 76, ist eine Legende im Fernsehgeschäft. Seit Anfang der achtziger Jahre produziert er die Filme für «Verstehen Sie Spass?», dann folgten unter anderem die Bambi-Verleihung, die «Helene-Fischer-Show», die «José-Carreras-Gala» oder die «Beatrice-Egli-Show». Wir treffen den sesshaften Medienunternehmer in der von ihm gegründeten Firma im badischen Oberkirch. Hier wurde er 1948 geboren, heiratete er und machte sich Anfang der siebziger Jahre selbständig. Vor rund zehn Jahren hat er die Geschäftsleitung der Kimmig Entertainment GmbH der nächsten Generation übergeben. Kimmig, der fürs Leben gern Dokumentationen schaut, ist Vater von drei erwachsenen Kindern und arbeitet noch immer voll für den Betrieb. «Ich rede überall rein», sagt er und lacht.. (WW)

Weltwoche: Viele junge Zuschauer wandern aber in die sozialen Medien ab. Was sagen Sie dazu?

Kimmig: Ich glaube, wenn die Mediatheken der Fernsehstationen besser werden, kriegen sie auch die Jungen. Dort gibt es enormen Nachholbedarf: Man findet in den Mediatheken im Moment ja nichts!

Weltwoche: Der «Tatort» ist auch nach über vierzig Jahren noch erfolgreich, weshalb?

Kimmig: Ich schaue keinen «Tatort», meine Frau jeden. Das hat mit Gewohnheit zu tun. Es ist beruhigend, wenn man weiss, dass jeden Sonntagabend um acht «Tatort» kommt oder immer um dieselbe Zeit die Nachrichten ausgestrahlt werden. Das ist wie das Läuten der Kirchenglocken.

Weltwoche: Aber Spitzenquoten wie in den siebziger Jahren, wo manchmal über zwanzig Millionen Leute dieselbe Sendung schauten, gibt es wohl wegen der hohen Konkurrenz trotz der angetönten TV-Renaissance nicht mehr. Oder täuscht das?

Kimmig: Für eine einzelne Sendung wohl nicht. Doch zählt man zusammen, was an einem Abend geschaut wird, kommt man gut und gerne auf fast zwanzig Millionen Zuschauer. Das Fernsehen lebt!

Weltwoche: Heute gibt es aber auch deutlich mehr Leute als damals ...

Kimmig: Stimmt, die Wiedervereinigung brachte natürlich auch etwas, da hatte ich nichts dagegen. (*Lacht*) Was sich auch noch verändert hat mit dem Aufkommen des Privatfernsehens in den achtziger Jahren: Man macht nicht mehr unbedingt Fernsehen für alle wie «Wetten, dass...?», sondern versucht, Sendungen auf Zielgruppen masszuschneiden.

Weltwoche: Wie schätzen Sie Stefan Raab ein? Sein Comeback lässt quotenmässig zu wünschen übrig ...

Kimmig: Ich denke nicht, dass Raab schon am Ende ist, der kommt schon noch. Man muss auch immer sehen: Raab war kultig, hatte ein junges Publikum, aber was die Quoten anbelangt, war das nie gigantisch. Heute ist es noch genauso: Es sind nicht die Jungen, die die wirklich hohen Quoten bringen, sondern die Altersgruppe über vierzig. Und Raab ist ja inzwischen auch 58.



«Wetten, dass...?» kommt wieder, darauf wette ich!»: Fernsehproduzent Kimmig.

Weltwoche: Ist es heute anspruchsvoller, eine Fernsehsendung zu konzipieren, als früher?

Kimmig: Es ist nicht schwieriger. Es gab ja damals auch nicht so viele Sendungen, die erfolgreich waren: «Traumschiff», «Schwarzwaldklinik», «Tatort» und bei den Shows «Verstehen Sie Spaß?» oder «Wetten, dass...?», das war's dann auch schon. Heute ist es einfach schwieriger geworden, eine Sendung zu verkaufen. Das liegt natürlich auch am Angebot. Die Konkurrenz ist grösser geworden, und die Budgets sind kleiner.

Weltwoche: Sprechen wir über Ihre Anfänge. Sie wurden 1948, gleich nach dem verlorenen Krieg, geboren. Was herrschte damals für eine Stimmung, war es so bleiern schwer, wie man es sich vorstellen kann?

Kimmig: Nein, das war anders. Der meiste Schutt war sozusagen schon weggeräumt. Meine Mutter arbeitete, mein Vater ebenfalls. Ich wurde in eine intakte Familie hineingeboren. Ich erinnere mich: 1954, während der Fussball-WM, hatte nur das Elektrogeschäft in unserer

«Frank Elstner hat mir mal gesagt, dass Gottschalk ein Geschenk des Himmels gewesen sei.»

Strasse einen Fernsehanschluss. Alle standen auf der Strasse vor dem Fernseher im Schaufenster. Grundsätzlich herrschte Aufbruchstimmung.

Weltwoche: Wie kamen Sie zu den Medien?

Kimmig: Ich machte die mittlere Reife, kein Abitur. Bei uns in der Gegend gab es zwei attraktive Arbeitgeber: die Sparkasse oder Burda in Offenburg. Ich machte bei Burda eine Lehre als Verlagskaufmann. Es war die Zeit, als der Zeitschriftenmarkt explodierte, es war eine tolle Zeit. In der Werbeabteilung bei Burda hat's dann klick gemacht. Ich habe dort gute Vorgesetzte kennengelernt, ich wurde gefördert und konnte 1968 und 1969 bei den Bambi-Verleihungen dabei sein und den auftretenden Künstlern die Gage überreichen. So lernte ich Tom Jones kennen. Später habe ich für Burdas Plattenlabel Werbung gemacht und die Tournées betreut. Meinen ersten Erfolg hatte ich aber als Wahlkampfleiter.

Weltwoche: Erzählen Sie ...

Kimmig: 1970 gab es eine Volksabstimmung darüber, ob Baden und Württemberg getrennt werden sollten. Der Burda-Verlag finanzierte mit einem anderen Unternehmen aus der Gegend die Gegenkampagne. In der Burda-Werbeabteilung war ich der einzige Badener, die anderen waren alle aus Hamburg oder sonst woher. Ich wurde also auf diesen Wahlkampf angesetzt. Wir gewannen mit 86 Prozent der Stimmen – und ich wurde anschliessend Werbeleiter von *Bunte*, das war mein Durchbruch.

Weltwoche: Sie lernten also die Burdas schon früh persönlich kennen?

Kimmig: Ja, ich fuhr mit «Senator» Burda (Verlagsgründer Franz Burda, die Red.) während

des Wahlkampfes regelmässig im Auto durchs Ländle. Am Abend, als das Ergebnis bekannt war, sassen wir in der Residenz in Karlsruhe. Burda verlangte ein Service-*Blöckle* sowie einen Kugelschreiber und notierte: Kimmig 5000 Mark. Am nächsten Tag konnte ich das in der Buchhaltung abholen. Stellen Sie sich vor, ich hatte im Monat netto 550 Mark verdient – jetzt kriegte ich auf einen Schlag 5000 Mark. Zudem erhielt ich eine Gehaltserhöhung. Das war im Jahr 1970.

Weltwoche: Was war das Wichtigste, was Sie von «Senator» Burda und seinem Sohn Hubert Burda gelernt haben?

Kimmig: Sie haben die Jungen gefördert, das hat mich als damals 22-jährigen besonders beeindruckt. Und es ist heute noch ein Familienbetrieb. Das hat für mich später, als ich mich selbstständig machte, eine wichtige Rolle gespielt. Ich

«Ich wollte einmal das Konzept des <Schweizer des Jahres> übernehmen.»

glaube, dass man in einem Familienbetrieb mehr Achtung vor den Menschen hat, die Mitarbeiter in einem Familienbetrieb sind nicht einfach Nummern.

Weltwoche: 1973 machten Sie sich als Künstleragent selbständig. Weshalb?

Kimmig: Weil die Gelegenheit günstig war. Ich hatte über Burda viele Kontakte zu Künstlern und Managern. Ich gründete meine Firma mit meiner Frau Ursula zusammen. Sie übernahm die Buchhaltung, ich den Rest.

Weltwoche: Wie kamen Sie zum Fernsehen?

Kimmig: Als Künstleragent betreute ich auch Paola Felix, und so lernte ich Kurt Felix kennen. Ohne ihn und Burda gäbe es meine Produktionsfirma nicht. Ich hatte aber nie einen Vertrag mit Kurt Felix. Und mit Paola, mit der ich bis heute verbunden bin, auch nicht. Alles lief über Handschlag. Auch heute mit Helene Fischer: kein Vertrag, Handschlag.

Weltwoche: Weshalb?

Kimmig: Es hat mit gegenseitigem Vertrauen zu tun. Und: Wenn Sie einen klassischen Vertrag machen, haben Sie den Text des Abkommens permanent im Hinterkopf. Das kann hemmend wirken, man kann dadurch nicht gleich befreit und kreativ an die Sache, das Geschäft rangehen. Ich bin auch schon auf die Nase gefallen, aber die besten Deals in meinem Leben habe ich per Handschlag gemacht. Und Kurt Felix habe ich übrigens kennengelernt, als Paola mir ihren neuen Freund – eben Kurt – vorstellte.

Weltwoche: Wie ging es weiter?

Kimmig: Als ich Kurt Felix hier in der «Oberen Linde» zum ersten Mal traf, kam er soeben vom SDR (heute SWR, Südwestrundfunk, die Red.) in Stuttgart und sagte mir, dass die Stuttgarter vorhätten, eine Sendung wie seinen «Teleboy» national auszustrahlen, aber die Filme nicht produzie-

ren wollten, weil eine versteckte Kamera rechtlich ziemlich heikel sei. Und ich sagte: «Sag mir, was ich machen muss.» Er sagte: «Du organisierst die Dreharbeiten und hast die Zahlen im Griff, ich schreibe die Drehbücher, drehe und schneide alles.» So entstand «Verstehen Sie Spass?».

Weltwoche: Sie hatten vorher noch nie etwas mit der Filmerei zu tun. Was reizte Sie daran?

Kimmig: Ich sah darin einfach die Chance, einen Schritt weiterzukommen. Nun war ich Produzent. Kurt hat mir die Drehbücher geliefert, zwei Seiten pro Film damals, dann habe ich das organisiert und gerechnet, bin nach Stuttgart gefahren und erhielt den Auftrag für fünf Filme, später machten wir dann Jahresverträge. Unser Team bestand aus Kurt, einem Ton- und einem Kameramann und mir.

Weltwoche: Das klassische Fernsehen entstand in den fünfziger Jahren. Als Sie «Verstehen Sie Spass?» Anfang der achtziger Jahre lancierten, herrschte da noch ein gewisser Pioniergeist?

Kimmig: Nein, das Fernsehen war schon sehr etabliert. Die Faszination bestand darin, zwanzig Millionen Leute vor die Kiste zu kriegen. Und das ging, weil es damals ja bloss ARD und ZDF gab, die nie gegeneinander gesendet haben. Sie haben also nicht «Wetten, dass...?» und «Verstehen Sie Spass?» zur selben Zeit ausgestrahlt.

Weltwoche: Mitte der achtziger Jahre kam das Privatfernsehen auf. Wie hat es das Geschäft verändert?

Kimmig: Für mich hat sich eigentlich nicht viel verändert, ausser dass ich plötzlich auch für RTL gearbeitet habe, weil sich Burda an RTL beteiligte und die Bambi-Verleihung, die ich produzierte, ab 1990 bei RTL ausgestrahlt wurde.

Weltwoche: Was waren in dieser Zeit die grössten Herausforderungen, die Sie als Unternehmer zu bewältigen hatten?

Kimmig: Wir produzierten ja auch den «Goldenen Löwen». Beim zweiten Mal sagte uns RTL, dass wir die Sendung auch inhaltlich gestalten müssten, sonst würden sie den Produzenten wechseln. Ich musste also quasi über Nacht eine ganze Redaktion aufbauen. Daraufhin habe ich eine gesamte Abteilung vom Bayerischen Rundfunk abgeworben. Ich war nun plötzlich auch für die Redaktion verantwortlich, das war anspruchsvoll.



Zwölf Millionen Menschen vorm TV-Gerät: «Wetten dass...?» mit Hunziker, Gottschalk.

Weltwoche: Wenn man eine Grossveranstaltung wie die «Helene-Fischer-Show» produziert, was ist da das Wichtigste, damit die Sendung funktioniert?

Kimmig: Du musst die richtigen Leute hinschicken, die einen guten Job machen. Es geht darum, zu verhindern, dass du irgendeinen Quertreiber im Team hast. An der «Helene-Fischer-Show» arbeiten 500 Leute!

Weltwoche: Und was tun Sie ganz konkret während der Aufzeichnung?

Kimmig: Ich stehe hinter der Bühne und sehe jeden Interpreten, der rausgeht, ich bin also immer der Letzte, der die Künstler sieht, bevor sie auftreten. Ich bin auch der Erste, den sie sehen, wenn sie von der Bühne gehen. Auch heute noch.

Weltwoche: Sie müssten das ja nicht mehr tun, weshalb machen Sie es trotzdem?

Kimmig: Das gibt den Künstlern ein Gefühl von: Da passt einer auf. Beispielsweise auch bei Beatrice Egli. Wenn sie weiss, dass ich dabei bin, macht sie mit. Ich war es auch, der mit ihr in der Schweiz verhandelte, als es darum ging, die nächste «Beatrice Egli Show» (Ausstrahlung: 19. April, die Red.) zu produzieren. Auch mit ihr besiegte ich die Verträge immer einfach per Handschlag.

Weltwoche: Was macht Beatrice Egli besonders?

Kimmig: Bei «Deutschland sucht den Superstar», wo sie gewann, war ich eigentlich nicht so angetan. Als ich aber später einmal ein Konzert von ihr in St. Gallen besuchte, war ich von ihrer sympathischen Art begeistert. Sie ist einfach gut!

Weltwoche: Gab es eigentlich noch andere Schweizer Formate, die Sie, wie den «Teleboy», importierten?

Kimmig: «Die Landfrauenküche» gibt's auch im Bayerischen Fernsehen, aber die mache nicht ich. Ich wollte einmal das Konzept des «Schweizer des Jahres» übernehmen. Das wäre dann «Deutscher des Jahres» geworden, doch aus politischen Gründen wurde nichts daraus.

Weltwoche: Was heisst das?

Kimmig: Es gab ja verschiedene Unterkategorien: Sportler des Jahres, Politiker des Jahres et cetera. Es ist nicht gelungen, diese verschiedenen Kategorien unter einen Hut zu bringen. Daran scheiterte es.

Weltwoche: Was raten Sie heute einer jungen Person, die wie Sie Fernsehproduzent werden möchte?

Kimmig: Denen muss ich nichts raten, die tun das bereits von sich aus: Influencer sind alles kleine Produzenten.

Weltwoche: Und was ist das Wichtigste, um in Ihrem Geschäft erfolgreich zu sein?

Kimmig: Kreativität. Wenn dir heute «Wetten, dass...?» einfällt, bist du morgen der Grösste! Und: Morgens früh aufstehen, abends spät ins Bett; arbeiten, arbeiten, arbeiten. Das habe ich auch meinen Kindern gesagt.

ANABEL SCHUNKE

Gesucht: Politiker mit Rückgrat

Prinzipien und Anstand sind bei Deutschlands Polit-Elite leider Mangelware.



Für viele war es die letzte Hoffnung, als Hubert Aiwanger ankündigte, sich im Bundesrat gegen die geplante Schuldenorgie der Union zu stemmen. Für kurze Zeit wurde der Chef der Freien Wähler damit zum *last man standing*. Es wäre nicht nur die Chance gewesen, sich untersterblich zu machen, sondern auch den Wählern zu zeigen, dass doch noch so etwas wie Integrität, Prinzipien und Anstand in der deutschen Politik existieren.

Stattdessen liess Aiwanger den Ball auf dem Elfmeterpunkt liegen. Die Begründung ist so traurig wie selbstmitleidig und offenbart, woran es heute in der deutschen Politik an allen Ecken und Kanten krankt.

«Wenn ich es wollte, stünde ich jetzt nicht als stellvertretender Ministerpräsident und Minister hier, sondern wäre schon heute entlassen, und am Freitag würde ohne mich die Hand gehoben», rechtfertigte sich der Chef der Freien Wähler. Soll heissen: Hätte er dem Schuldenpaket nicht zugestimmt, hätte Söder ihn entlassen. «Was, wenn ich dann ein toter Held bin?»

Anhand des letzten Satzes wird klar: Es geht nicht mehr darum, das Richtige für das Land zu tun, Entscheidungen zu fällen, die einen selbst mitunter überdauern. Es geht vielen nicht einmal mehr um das langfristige Überleben der eigenen Partei. Es geht nur noch um den politischen Selbsterhalt und um nichts anderes. Da kann Aiwanger noch so oft behaupten, dass es besser sei, sich für den sinnvollen Einsatz der Milliardenschulden einzusetzen, als rausgeworfen zu werden. Quasi kein deutscher Spitzenpolitiker ist noch in

der Lage zu erkennen, dass es auch und vor allem um das Signal geht, das man an die Bürger sendet.

Es ist dasselbe Signal, das in noch schlimmerem Ausmass von Friedrich Merz ausgesendet wurde. Das Signal, dass das Wort eines Politikers wirklich gar nichts mehr zählt. Wir alle kennen die schwammigen Formulierungen aus der Politik, um sich bloss nicht angreifbar zu machen und nach allen Seiten offenzubleiben. Aussagen, bei denen sich Politiker partout nicht festlegen wollen, egal, wie hartnäckig der Journalist nachhakt. Der Bürger ist nicht doof. Er kennt die Tricks.

Und dennoch waren die meisten von uns der Überzeugung, dass ein klares Nein selbst in der Politik auch ein Nein bedeutet. Dass wenn

Keiner der Verantwortlichen realisiert, was dieser Vertrauensverlust für die politische Landschaft bedeutet.

man sagt, dass die Schuldenbremse garantiert nicht aufgeweicht wird, es auch nicht passiert. Merz hätte vor der Wahl alles sagen können. Dass er versucht, keine neuen Schulden aufzunehmen oder Ähnliches. Niemand hätte ihm einen Strick daraus drehen können. Aber zu sagen, dass man etwas garantiert nicht tut, und es dann doch zu tun, ist dann doch immer noch eine andere Hausnummer. Dasselbe gilt im Übrigen für versprochene Grenzschiessungen, wenn man stattdessen mit der SPD darüber diskutieren muss, ob man künftig überhaupt noch ausreisepflichtige Migrant*innen abschiebt.

44 Prozent der Anhänger von CDU und CSU geben laut einer aktuellen Umfrage des ZDF-Politbarometers an, sich von der Union und Merz in Sachen Schulden getäuscht zu fühlen. Insgesamt werfen 73 Prozent aller Wähler Merz und der Union eine Wählertäuschung vor. Ich bin der Überzeugung, dass keiner der Verantwortlichen bis heute realisiert hat, was dieser Vertrauensverlust für die politische Landschaft Deutschlands bedeutet.

Ja, wenn es nicht so bitterernst wäre, könnte man fast über die Ironie lachen, dass ausgerechnet jene, deren höchstes Ziel die Bekämpfung der AfD zu sein scheint, in völliger Ignoranz und Selbstgerechtigkeit alles für deren Erfolg tun. Das Level an fehlendem Gespür für die Stimmung innerhalb der Gesellschaft und die schlichte politische Blödheit deutscher Politiker haben wahrlich ein erschreckendes Ausmass angenommen.

Das Schlimmste ist jedoch, dass kein Licht am Ende des Tunnels zu sehen ist. Die Situation in Deutschland könnte durch die selbstaufgelegte Brandmauer, Erpressungen von links und die Unfähigkeit, das Ausmass der eigenen Fehlentscheidungen zu erkennen, kaum verfahrensreicher sein.

Wenn jeder an sich denkt, ist an alle gedacht» lautet ein geflügeltes Sprichwort. Für die Politik gilt das nicht. Hier brauchte es dringend wieder Menschen, deren Blick über den eigenen Postenerhalt hinausgeht. Persönlichkeiten mit Rückgrat, die lieber ein toter Held als gar keiner sind.

«Als habe sich eine unsichtbare Hand um unseren Hals gelegt»

Hat der türkische Präsident Erdogan seinen härtesten Widersacher entfernen lassen? Oder handelt die Justiz gegenüber dem Istanbuler Bürgermeister Imamoglu unabhängig? Eine Reise durch ein Land in Aufruhr.

Urs Gehriger



An ihm kommt der Westen nicht vorbei: Recep Tayyip Erdogan.



Popularität am Bosphorus: Ekrem Imamoglu.

Das Flugzeug ist noch in der Luft, als die Passagiere ihre Handys anschalten. Auf den kleinen Bildschirmen flimmern Bilder einer Massenkundgebung in Istanbul. Auch in Ankara, wo der Flieger jetzt nach Sonnenuntergang über die Landebahn rollt, ist die Lage angespannt. Auf der Fahrt ins Stadtzentrum leitet die Polizei den Verkehr um. Man will Demonstranten von der Zentrale der Präsidenten-Partei AKP und vom Stadtzentrum fernhalten, wo sich wie in Istanbul eine Kundgebung gebildet hat. «Es ist, als habe sich eine unsichtbare Hand um unseren Hals gelegt», kommentiert ein Bürger von Ankara die Stimmung.

Szenen wie aus einem Schauprozess

Anlass für die Proteste – den heftigsten seit über einem Jahrzehnt in der Türkei – ist die Verhaftung von Ekrem Imamoglu. Der Mann im Visier der Justiz ist keine zwielichtige Ge-

stalt aus dem türkischen Untergrund. Es ist der Bürgermeister von Istanbul, einer Stadt mit sechzehn Millionen Einwohnern. 2019 hat Imamoglu die langjährige Hochburg von

Nachdem die EU zum Putsch von oben in Rumänien geschwiegen hat, wirkt die Kritik an Erdogan heuchlerisch.

Erdogans Partei erobert, letztes Jahr wurde er erfolgreich im Amt bestätigt. Er ist Vertreter der Republikanischen Volkspartei (CHP), der Partei von Staatsgründer Kemal Atatürk, dem allseits verehrten «Übervater» der modernen Türkei. Imamoglu geniesst weit über den Bosphorus hinaus Popularität. Gemäss nationalen Umfragen liegt er in der Gunst des Volkes vor Staatspräsident Erdogan.

Die Vorwürfe gegen Imamoglu sind gravierend: Gründung und Leitung einer kriminellen Vereinigung, Bestechung, Erpressung, Ver-

untreuung öffentlicher Mittel, Unterstützung von Terrorismus. Für Aufsehen gesorgt hat, wie massiv die Behörden gegen ihn vorgegangen sind. Im Morgengrauen holte am Mittwoch letzter Woche ein Aufgebot von rund 200 Polizisten Imamoglu zu Hause ab – dicht verfolgt von TV-Kameras. Dutzende Leute in Imamoglus Umkreis wurden verhaftet. Sein Bauunternehmen wurde konfisziert. Im TV wurde ein – bereits seit letztem Jahr bekanntes – «Geldzählvideo» ausgestrahlt, auf dem gemäss Justiz Bargeld für «Stimmenkauf» zu sehen sei. «Es sind Szenen wie aus einem Schauprozess», kommentierten Zuschauer das Spektakel.

Das «Sündenregister» sowie die Justiz-Dramaturgie scheinen wie massgeschneidert für eine politische Liquidierung. Dazu passt, dass die Universität von Istanbul Imamoglu kurz vor seiner Verhaftung den Uni-Abschluss aberkannte, wegen angeblicher Unregelmässigkeiten. Ein Uni-Diplom ist gemäss türkischer Verfassung Bedingung, um für das

Präsidentenamt zu kandidieren. Nach tagelangen Protesten in den Grossstädten Istanbul, Ankara und Izmir wurde Imamoglu am Sonntag formell angeklagt und in Untersuchungshaft verfrachtet. Als Bürgermeister wurde er suspendiert. Gemäss Rechtsexperten kann die Untersuchung Jahre dauern.

Für das Gros der internationalen Medien sowie namhafte Türkei-Kenner ist klar: Erdogan versucht mit diesem Verfahren seinen härtesten Konkurrenten aus dem Weg zu räumen.

2028 stehen Präsidentenwahlen an. Erdogan darf dann gemäss Verfassung zwar nicht mehr antreten. Doch er könnte vorgezogene Wahlen ausrufen und in diesem Fall wieder kandidieren. Oder er könnte die Verfassung ändern lassen, um so seine Macht abermals zu verlängern. «Die zivile Regierung greift zu Mitteln, die nicht rechtsstaatlich sind, die mit Demokratie nichts mehr zu tun haben», sagt Günter Seufert, Türkei-Spezialist bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin auf der Deutschen Welle.

Formal allerdings ist Erdogan als Staatspräsident in das Verfahren nicht involviert. Justizminister Yilmaz Tunç bezeichnet es denn auch als «Unverschämtheit», dass man Erdogan Einmischung vorwirft.

Vorwürfe nicht aus der Luft gegriffen?

Für Erdogan ist der Aufschrei der Opposition ein «Theater», mit welchem sie eigene Fehler zu vertuschen und die Bürger in die Irre zu führen versucht. Die Probleme der Republikanischen Volkspartei «sind nicht die Probleme des Landes, sondern die Probleme einer Handvoll Opportunisten in ihren Zentralen», so Erdogan. Und an die Adresse der Demonstranten warnte er, man werde hart gegen die Störung der öffentlichen Ordnung durchgreifen. Die Zeiten, in denen die Politik «durch Strassenterror gesteuert» wurde, «gehören der Vergangenheit an». Man solle die Justiz in Ruhe walten lassen. Sie sei unabhängig.

Daran allerdings zweifelt eine überwältigende Mehrheit der Türken. Gemäss landesweiten Meinungsumfragen glauben bloss rund 20 Prozent an die Unabhängigkeit der Justiz. Die Erosion des Vertrauens in die dritte Gewalt ist die Folge einer Konsolidierung der Macht Erdogans, der seit 22 Jahren in verschiedenen Positionen die Geschicke der Türkei lenkt. Zuerst als Premierminister, dann als Präsident. Nach dem gescheiterten Putschversuch 2016 gerieten Justiz, Medien und Politiker verstärkt unter Druck. Erdogan habe Tausende von Richtern ihres Amtes enthoben und sie durch Loyalisten ersetzen lassen, und er habe seine Macht sukzessive ausgedehnt, argumentieren Türkei-Kenner. «Die Oppositionsparteien sind aktiv, es gibt echte öffentliche Debatten über die Politik, und die Amtsinhaber verlieren manchmal. Doch da die Regierung die Justiz kontrol-

liert, unabhängige Medien unterdrückt und staatliche Institutionen als Waffe einsetzt, um ihre Gegner zu schwächen, ist der Wettbewerb bei den Wahlen alles andere als fair», schreibt Gönül Tol, Direktorin des Middle East Institute in Washington, D. C., in einem Artikel für *Foreign Affairs*. Die Inhaftierung seines direkten Konkurrenten sei ein klarer Beweis, dass Erdogan seine Macht zementieren wolle.

«Mit diesem dreisten Akt der politischen Unterdrückung hat die türkische Regierung einen bedeutenden Schritt in Richtung einer vollwertigen Autokratie getan», so Tol.

Doch es gibt auch Türkei-Spezialisten, die vor vorschnellen und plakativen Urteilen warnen. «Man kann die Türkei nicht vergleichen

Ernsthafter Druck aus dem Ausland ist ausgeblieben. Den hat Erdogan wohl auch nicht zu befürchten.

mit Autokratien in Nordafrika und dem Nahen Osten», sagt Ellinor Zeino, Leiterin des Auslandsbüros Türkei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ankara, auf dem Blog «Pioneer Briefing» von Gabor Steingart. «Die Türkei hat lange institutionelle Traditionen und Strukturen, hat eine demokratische Geschichte. . . da greifen noch viele Mechanismen, bis wir eine Situation hätten, die man aus dem Nahen Osten kennt.»

Und sie gibt zu bedenken, dass die Vorwürfe gegen Imamoglu nicht aus der Luft gegriffen sein könnten. «Da gibt es Stimmen, sowohl in der CHP als auch von Regierungskritikern und Sympathisanten von Imamoglu, dass man befürchtet, dass da auch wirklich etwas dran sein kann, denn sonst wäre die Justiz nicht so massiv vorgegangen», so Zeino weiter.

Ernsthafter Druck aus dem Ausland ist vorerst ausgeblieben. Den hat Erdogan wohl auch nicht zu befürchten. Besonders der EU fehlt es an Glaubwürdigkeit.

Sie misst mit zweierlei Mass. Als jüngst in Rumänien Präsidentschaftswahlen einfach annulliert und der Spitzenkandidat mit fadenscheinigen Gründen disqualifiziert wurde, schwieg Brüssel. Einzelne EU-Staaten unterstützten die Elite in Bukarest wortstark. Da wirkt Kritik an Erdogan und der türkischen Justiz heuchlerisch.



Lange hielt die EU die Türkei auf Distanz. Man wollte von einem Beitritt nichts wissen. Inzwischen ist man längst auf das Wohlwollen Erdogans angewiesen. Rund vier Millionen Flüchtlinge hat sein Land aufgenommen. Man will ihn nicht verärgern, aus Furcht, er könnte für die Migranten die Tore zu Europa öffnen. Auch militärisch ist man von der Türkei, der zweitstärksten Militärmacht der Nato, abhängig. Neulich forderte Nato-Generalsekretär Mark Rutte, die EU solle mit der Türkei enger kooperieren.

Erdogan hat die Türkei zu einer Grossmacht aufgebaut, auf die der Westen angewiesen ist. Er hat sich früh als Vermittler im Ukraine-Krieg profiliert. Bereits wenige Wochen nach der russischen Invasion 2022 initiierte er direkte Gespräche in Istanbul. Dank ihm kam ausserdem ein Getreideabkommen zustande, das für Millionen von Afrikanern lebenswichtige Exporte über das Schwarze Meer ermöglichte. Und als Partner der neuen syrischen Regierungen reicht sein Einfluss bis tief in den Nahen Osten.

Kurzum: Der Westen, ja die Welt, kommt an der Türkei nicht vorbei. Das sieht offenbar auch US-Präsident Trump so. Bislang kam kein kritischer Ton aus Washington. Im Gegenteil. Elon Musk, der gerne als Vorkämpfer der Meinungsfreiheit in Aktion tritt, hat Konten von türkischen Oppositionellen auf X sperren lassen.

Lockstoff für Investoren

Nicht per Tastendruck lenken lässt sich indessen die Wirtschaft. Nach der Verhaftung Imamoglus brach der Aktienmarkt ein, die türkische Lira stürzte ab. Die drastische Inflationsrate in der Türkei droht wieder in die Höhe zu schnellen – just in dem Moment, als sich eine kleine Besserung abgezeichnet hat. «Erdogan hat ein neues wirtschaftliches Feuer entfacht und die Märkte auf den Kopf gestellt», erklärt der Wirtschaftswissenschaftler Mustafa Sönmez gegenüber der Nachrichtenagentur AFP.

Die unsichere Wirtschaftslage ist Erdogans grösste Schwäche. Zu Beginn seiner Regentschaft brachte er das Land ökonomisch auf Erfolgskurs. Aufgrund politischer Spannungen und seiner unorthodoxen Geldpolitik kühlte die Wirtschaft jedoch ab. Der Mittelstand leidet. Wer im Land herumreist, vernimmt das Lamento überall.

Anders als Russland, das von seinem Rohstoffreichtum lebt, das Gas und Öl in Hülle und Fülle exportiert, ist die türkische Wirtschaft stark von ausländischen Investitionen abhängig. Wirtschaftsminister Mehmet Simsek hat zwei Jahre lang versucht, die Investoren zurückzugewinnen, die sich von der Türkei abgewandt hatten.

«Wir beten jeden Tag für Simsek», hört man Türken sagen. Doch politische Unruhen und Furcht vor weiteren Repressionen gegen Oppositionelle sind kein Lockstoff für Investoren.

«Europas Aufrüstung ist eine Katastrophe»

FPÖ-Chef Herbert Kickl über die internationale Lage, den Zustand der EU und die Frage, wann sich die «Zuckerl-Koalition» in Wien auflöst.

Roger Köppel

Weltwoche: Herr Kickl, Sie sind einer der umstrittensten Politiker Europas. Wie würden Sie sich selber charakterisieren?

Kickl: Eine gute Charakteristik wäre es, mich als Normalo zu bezeichnen. Wir haben ja eine seltsame Zeit, wo das Normale als extremistisch verpönt wird. Ich sehe meine Rolle in der Politik darin, der Normalität eine Bresche zu schlagen.

Weltwoche: Wie gehen Sie persönlich mit Anfeindungen um?

Kickl: Entscheidend ist, einfach einzuordnen, woher das kommt. Es gibt sehr, sehr viel Kritik. Das ist richtig. Es gibt aber auf der anderen Seite auch unglaublich viel Zuspruch, und es ist das, was einen motiviert. Das war erfolgreich nicht nur bei den letzten Wahlen zum Nationalrat, sondern auch die Jahre davor in einer ganzen Serie von hervorragenden Wahlbewegungen, die uns zu Rekordergebnissen in allen Bundesländern geführt haben.

Weltwoche: Sie standen kurz davor, Bundeskanzler zu werden. Am Schluss hat es nicht geklappt. Trauern Sie der verpassten Chance nach?

Kickl: Ich habe das Projekt Kanzlerschaft mit einer klaren Leitlinie begonnen: Bundeskanzler, das kann jeder. Da haben wir schon viele Figuren gehabt, deren Namen zu Recht in Vergessenheit geraten sind. Das, was wir wollten, ist ein völlig anderer Ansatz. Wir haben es als Volkskanzlerschaft bezeichnet. Manche haben das als Provokation empfunden. Ich habe es als Wiederherstellung der demokratischen Rangordnung

interpretiert. Zuerst das Volk, dann der Kanzler. Weil ich glaube, dass die Politik in Österreich, in Europa und in westlichen Demokratien ein fundamentales Problem hat: die Entkoppelung der politischen Eliten vom Souverän. Und dem wollten wir bewusst ein Gegenmodell gegenüberstellen. Das war das Projekt Volks-Kanzlerschaft.

«Ich habe das Projekt Kanzlerschaft mit einer klaren Leitlinie begonnen: Bundeskanzler, das kann jeder.»

Das war mit dem Koalitionspartner nicht möglich, weil er in diesem Denken drinnen hängt, weil er vielleicht bereit ist, ein paar Fussnoten zu verändern, aber keine fundamentale Richtungsänderung herbeizuführen. Zum Beispiel in der Frage der Asylpolitik, dem Stopp dieser Völkerwanderung. Dann muss ich sagen, dann bin ich lieber kein Bundeskanzler, weil dann kann ich das nicht umsetzen, was die Menschen sich von uns erwarten.

Weltwoche: Woran ist es dann am Schluss gescheitert?

Kickl: Ich habe gemerkt – und jetzt bin ich wieder beim Volkskanzler –, dass es bei wesentlichen Weichenstellungen etwa im Bereich der Zuwanderung so gut wie keine Bewegung bei der Österreichischen Volkspartei gab. Dann kam dazu, dass wir mit 29 Prozent Stimmenanteil nur so viele Minister bekommen hätten,

wie in der vorherigen Regierung die Grünen mit 14 Prozent. Wir sind der ÖVP sehr weit entgegengekommen. Wir haben aber gesagt: Ohne zwei Dinge geht es nicht. Das eine ist das Finanzministerium, weil ich niemandem erklären kann, dass dieselben, die uns ein Milliardendefizit aufgerissen haben, diejenigen sein sollen, die das jetzt sanieren. Das Gleiche gilt für den Asylbereich. Es kann nicht sein, dass diejenigen, die eine Massenmigration ins Land geholt haben, weiter an diesen Steuerungshebeln sitzen sollen. Aber die ÖVP war nicht bereit, das Innenministerium herzugeben, aus welchen Gründen auch immer. Ich glaube, das sind die Leichen, die sie dort im Keller hat, nach zwanzig Jahren, wo sie dort ununterbrochen das Sagen gehabt hat. Das hätte dann keinen Sinn mehr gehabt. Da hätte man mir zu Recht vorwerfen können, dem geht es nur um den Kanzler, er wirft alle Inhalte über Bord. Nein, da werden wir vorher noch zulegen. Wir werden den Abstand zur ÖVP ordentlich vergrößern. Dann treffen wir uns wieder, und dann schaut es ganz anders aus.

Weltwoche: Es gibt Leute, die sagen, der Herbert Kickl hatte eine historische Chance. Wenn er der ÖVP das Innenministerium gelassen hätte, hätte man einen Kompromiss gefunden. Hand aufs Herz: Trauern Sie dem überhaupt nicht nach?

Kickl: Normalerweise bekommt man so eine Gelegenheit nur einmal im Leben. Nur, was ist es wert, wenn man gleichzeitig das Instrument damit nicht in der Hand hat, das es braucht, um die Lebenssituation der Bevölkerung zu beenden oder zumindest den Leidensdruck weidlich zu verringern? Dann habe ich den Titel, aber nicht die Mittel, und dafür bin ich nicht zu haben. Ein bisschen wehmütig bin ich. Aber diese Wehmut, die hätte ich wahrscheinlich noch viel mehr, wenn man zugegriffen hätte. Und dann in zwei, drei Monaten den Leuten erklären muss: Wunderbar. Ich bin zwar Kanzler, aber ich kann nichts zu ihren Gunsten bewegen. Dann wäre es ein wirklicher Grund für Wehmut.

Weltwoche: Gab es Druck aus Brüssel, das Ganze zum Entgleisen zu bringen?





«Ich bin jetzt dort, wo ich hin wollte»: Volkskanzler Kickl.

Kickl: Ich bin davon überzeugt, dass im Hintergrund massive Einwirkungsversuche stattgefunden haben. Das war für uns auch in der Verhandlungsführung der Österreichischen Volkspartei erkennbar, weil es am Beginn sehr, sehr rasch gegangen ist. Dann habe ich bemerkt, dass man immer mehr versucht, auf Zeit zu spielen. Ich habe Informationen auch aus Brüssel erhalten, dass man dort von einer panischen Angst getrieben war, dass es vielleicht einen Zweiten gibt, der sich gemeinsam mit Viktor Orbán in der einen oder anderen Frage auf die Hinterbeine stellt. Das wäre schlimm, weil Österreich ein Nettozahler ist, wo man es dann nicht so leicht hat, die Daumenschrauben anzusetzen. Genau das hätte ich gemacht. Ich hätte in den Bereichen, wo ich überzeugt bin, dass die EU auf dem Holzweg ist, selbstverständlich den Schulterschluss mit Viktor Orbán und anderen patriotischen Kräften gesucht. Das fürchtet die EU wie der Teufel das Weihwasser.

Weltwoche: In der EU stehen die Zeichen momentan auf Aufrüstung. Was halten Sie davon?

Kickl: Ich halte das für die nächste katastrophale Fehlentscheidung. Unglaublich, wie oft man sich in immer neue Desaster verrennt. Jetzt die Aufrüstung unter der Vorspiegelung, dass wir mit Wladimir Putin den Teufel irgend-

«Ich hätte in den Bereichen, wo die EU auf dem Holzweg ist, den Schulterschluss mit Orbán gesucht.»

wo auf russischem Boden hätten und dass wir damit rechnen müssen, in zwei Jahren bis inklusive Portugal überrannt zu werden. Ich leite daraus ab, dass die Europäische Union ihre Legitimation nur mehr aus der Angst der Bevölkerung vor irgendeinem Feind überhaupt noch beziehen kann. Das Coronavirus ist weg, das eignet sich nicht mehr. Als Nächstes versuchte man den Klimakommunismus. Das ver-

fängt nicht richtig. Also muss ein neuer Feind her. Und jetzt eignet sich hervorragend Russland, das zum Inbegriff des Bösen hochstilisiert wird, um damit einer EU-Kommission wieder Macht, Autorität und Geld in die Hand zu geben. Da passiert, wovon ich gesprochen habe – eine Entkoppelung von der Bevölkerung. Wenn man die Leute fragen würde quer durch Europa, dann würde man das genaue Gegenteil von dem herausbekommen, was die Herrschaften dort oben machen. Das ist eine gefährliche Entwicklung. Das stellt die Demokratie insgesamt in Frage.

Weltwoche: Die EU ist einerseits gegen Russland, aber jetzt auch gegen die Vereinigten Staaten und ihren Friedensprozess. Wie schätzen Sie das ein?

Kickl: Die EU hat das Kunststück vollbracht, sich zwischen alle Stühle zu setzen. Sie wird sich der normativen Kraft des Faktischen stellen und zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie bestenfalls in einer Beobachterposition dabei-

sitzen darf und vielleicht auch als Zahlmeister. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Das hat schon Gorbatschow gewusst.

Weltwoche: Also Russland bekommt das Land, die USA die Rohstoffe und die EU die Rechnung.

Kickl: So wär's. So ähnlich war es ja auch bei anderen geopolitischen Verwerfungen. Die einen bekommen die Bodenschätze, und die Europäer bekommen die Flüchtlinge. Sozusagen eine Form der Arbeitsteilung.

Weltwoche: Eine Nachfrage zur Ausrüstung. Wir alle, auch die Schweiz, haben in der Tat unsere Landesverteidigung massiv vernachlässigt. Wo liegt Ihrer Meinung nach der Fehler, der jetzt gemacht wird?

Kickl: Mich beängstigt die Frontstellung, die hier erzeugt wird, dieses Drehen an einer Eskalationsspirale, wo wir im besten Fall bei einer neuen Ausgabe des Eisernen Vorhangs landen. Was ist das für eine Zukunftsperspektive? Wird man dann am Ende auch bereit sein, diese Waffen einzusetzen? Haben wir aus der Geschichte nichts gelernt? Es geht nicht immer ums Recht-Haben. Manchmal hat vielleicht der recht, der nachgibt und versucht, Gemeinsamkeiten zu entdecken. Ich bin überzeugt, dass es eine europäische Sicherheitsarchitektur nur geben kann unter Einbindung Russlands.

Weltwoche: Wie sehen Sie Donald Trump?

Kickl: Was Trump macht, halte ich für eine Art Re-Normalisierung oder Re-Demokratisierung. Wenn man mich fragt, Frie-

«Russland war immer ein zuverlässiger Partner. Es gibt eine Vertrauensbasis.»

den statt Krieg, das gefällt mir. Nationale Identität und Souveränität statt illegaler Migration. Grossartig. Eine gesunde Form von Patriotismus und Eigenstaatlichkeit statt globalistischen Tendenzen. Hervorragend. Ein wirklich guter Demokrat fühlt, wie die Bevölkerung fühlt, denkt, wie die Mehrheit der Bevölkerung denkt, spricht, wie die Mehrheit der Bevölkerung spricht, und handelt, wie die Mehrheit der Bevölkerung handeln würde. Das entdeckte ich bei Donald Trump. Für mich ist es eine erfrischend ehrliche Form von Weltpolitik. Das sieht man zumindest, was los ist.

Weltwoche: Wie schätzen Sie den russischen Präsidenten ein?

Kickl: Ich glaube, es ist vermessen, hier eine umfassende Einschätzung zu geben, weil ich ihn schlicht und ergreifend nicht kenne. Aber wir können ein wenig zurückschauen in die Geschichte, und da kann ich sagen, dass Österreich in seiner Vergangenheit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Aus unserer Sicht war Russland immer ein verlässlicher Partner. Es

gibt durchaus so etwas wie eine Vertrauensbasis. Ich bin erschüttert, dass wir als neutrales Land diese Vertrauensbasis quasi über Nacht aus einer dummen Emotionalität heraus zertrümmert haben. Das ist eine Todsünde für einen neutralen Staat, und ich bekenne mich zur Neutralität. Ich halte sie für ein Zukunftsmodell und für kein Auslaufmodell.

Weltwoche: Die Schweiz hat ihre Neutralität aufgeweicht. Wie verankert ist sie in Österreich?

Kickl: Sie ist schon fast ein Teil der politischen DNA dieser Zweiten Republik geworden. Es ist erstaunlich, wie fest verankert diese positive Haltung in der Bevölkerung nach wie vor ist. Man kann nicht halb schwanger sein, und so ist es auch mit der Neutralität. Das ist unser Zugang: konsequent neutral. Wenn ich mir das in der Schweiz anschau, tut mir das weh. Wenn ich so einen Schatz habe, dann muss ich den hüten wie meinen Augapfel und darf ihn nicht aus einer Stimmung heraus einfach aufgeben.

Weltwoche: Sie haben gesagt, die Bevölkerung schätzt die Neutralität. Aber wie sieht es im politischen Establishment aus? Ist sie dort auch noch verankert?

Kickl: Na ja, es gibt sie schon noch, und wir haben heuer auch ein Jubiläum. Ich bin neugierig, was man bei diesen Festreden verkünden wird. Man hat sie schon noch im Vokabular, aber man versucht hintenherum, den Inhalt zu verändern. Aber niemand hat den Mut, der Bevölkerung die Frage zu stellen, wie haben wir es mit der Neutralität? Denn die Menschen würden sagen, wir wollen das haben, wir brauchen das. Das ist das Verlogene. Man geht nicht ehrlich damit um. Man stellt sich hin und lobt die Neutralität. Nach der Ziehharmonikamethode. Einmal ist es ganz eng, nur die militärische, dann ist es ganz gross. Je nachdem, wie man es braucht. Deshalb wollten wir die Neutralität in Artikel eins der Bundesverfassung verankern und sie zu einem Grundbaustein unserer Verfassung machen. Um einen Schutzmechanismus einzubauen gegen Übergrifflichkeiten von Seiten der Nato, von Seiten der Europäischen Union. Dann hätten wir für alles eine Volksabstimmung gebraucht, was in diese Prinzipien eingreift.

Weltwoche: Wir beobachten doch auch eine Art Krise der repräsentativen Demokratie. Sind wir an einem Punkt, wo man die direkte Demokratie auch in der Europäischen Union bei den Mitgliedsstaaten flächendeckender einführen müsste?

Kickl: Eine spannende Überlegung. Ich glaube, dass die Tendenz in diese Richtung geht. Ich vergleiche das mit der Entwicklung im Medienbereich. Früher haben ein paar Platzhirsche alles dominiert, auf der anderen Seite Konsumenten, die darauf angewiesen sind, was man ihnen vorsetzt. Es wird eine ähnliche Entwicklung auch in der Politik geben. Eine neue,

eine bedeutendere Rolle des Souveräns, der einfach auch durch die technischen Möglichkeiten viel mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung bekommt. Das ist auch notwendig, weil es ansonsten mit der Demokratie kein gutes Ende nehmen wird. Wir sind auf dem Weg dazu durch diese Abkoppelung vom Volkswillen. Dann wird passieren, was in solchen Fällen immer passiert. Dann wird das Volk aufstehen und sich wehren. Das ist noch nie friedlich abgegangen.

Weltwoche: Die Frage ist ja, wie wird sich die Europäische Union entwickeln? Sind Sie dafür, dass Österreich austritt? Hat die Europäische Union in ihrer heutigen institutionellen Aufstellung überhaupt eine Zukunft?

Kickl: Meine Vision war immer, dass wir diese europäische Bürokratie von zwei Seiten

«Meine Vision war immer, dass wir diese europäische Bürokratie von zwei Seiten in die Zange nehmen.»

in die Zange nehmen. Einmal durch eine verstärkte Zahl an Regierungen, die von patriotischen Kräften geführt werden. Damit hat man ein entsprechendes Gewicht im Rat. Und dann durch eine entsprechende Basis im Europäischen Parlament. Zwischen diesen beiden Zangen könnte man die Europäische Union wieder dorthin bringen, wo sie hingehört. Ein Austritt ist kein politisches Ziel von uns. Ich habe nur gesagt, dass ich das nicht kategorisch ausschliesse. Das wäre unverantwortlich, denn man weiss nie, was passiert. Vielleicht überlegen sich zwei oder drei potente Nettozahler, dass es ihnen jetzt reicht. Was soll man dann machen, wenn man als letzter Nettozahler bleibt.

Weltwoche: Sie stehen jetzt in Opposition zu einer Regierung, die ähnlich bunt zusammengewürfelt ist wie die Ampel, die in Deutschland verglüht. Wie lange geben Sie ihr? Oder hält vielleicht die FPÖ sie als Feindbild zusammen?

Kickl: Ich vermute, dass das fast der einzige Kitt ist. Ich habe nach dem Scheitern der Regierungsverhandlungen dem Bundespräsidenten empfohlen, Neuwahlen auszusprechen. Das wollten die anderen Parteien nicht, weil sie die Umfragen kennen. Insofern haben Sie recht. Wir sind tatsächlich so etwas wie der Kitt. Inhaltlich gibt's gar nicht so viele Gemeinsamkeiten. Immerhin haben wir jetzt den Beweis dafür, was ich im Wahlkampf gesagt habe: Wir haben es mit einer Einheitspartei zu tun. Sie haben zwar unterschiedliche Namen, aber sie denken gleich. Eigentlich sind die Grünen im Geiste auch mit dabei. Ich bin jetzt dort, wo ich hin wollte. Ich habe alle anderen auf der einen Seite und die Freiheitliche Partei auf der anderen Seite.

Das Video-Interview finden Sie auf Weltwoche.de

WEISHEIT DES HERZENS / MICHAEL BAHNERTH

Die Magie der Schritte

Ich laufe, um kleine und grosse innere und äussere Welten zu entdecken.



Dazwischen schreitet die Wahrheit.

Es liegt eine kleine Magie in der Zahl 10 000. Im Perserreich gab es eine Eliteeinheit, die 10 000 Mann umfasste. Starb einer, wurde er umgehend ersetzt, das gab ihr den Namen «Armee der Unsterblichen». Da ist die 10 000-Stunden-Regel, die besagt, dass es etwa so viel Zeit braucht, um irgendwo in den Bereich einer Meisterschaft zu kommen. In China gilt die Zahl als Symbol für Unendlichkeit. Man wünscht sich «Wan sui», 10 000 Jahre leben.

Und es gibt seit den 1960er Jahren die täglich 10 000 Schritte, diesen Pfad des Gesunden. Damals brachte ein japanisches Unternehmen einen mechanischen Schrittzähler auf den Markt, den «Manpo-kei», den «10 000-Schritte-Zähler». Die Zahl soll willkürlich gewählt worden sein oder bloss um ihrer Schönheit willen. Seit nun immer mehr Menschen mit Smartwatches, Fitnessstrackern und aktivierten «health features» auf ihren Handys unterwegs sind, ist 10 000 wohl die meistbeachtete Zahl der Welt und, wie man lesen kann, «ein global bekanntes Gesundheitsziel».

Ich habe mich lange gewehrt gegen die 10 000 Schritte. Fand es lächerlich, wie die Leute auf ihre Displays starrten und sagten, he, ich muss noch mal 'ne Runde drehen, ich habe erst 8759. Besseres Herz-Kreislauf-System und ein paar verbrannte Kalorien hin oder her. Das sind die Zeiten der narzisstischen Selbstoptimierung, sagte ich mir, und seit Gott tot ist, ist Fitness zur Religion geworden, und wahrscheinlich

gehen mehr Menschen ins Fitnessstudio als in die Kirche, obwohl der Spaziergang in die Kirche vielleicht tausend Schritte generieren würde.

Natürlich hoffen all die 10 000-Schrittler, der Sterblichkeit davonlaufen zu können, die Wege all des Mentalen besser bewältigen zu können und die Wampe oder den Hüftspeck in Schach zu halten. Klar zu sein scheint, dass 10 000 Schritte oft mehr zum Wohlbefinden beitragen als 10 000 Sekunden täglich auf dem Sofa, aber wie bei allem Wesentlichen ist der Mix aus Schritt und Sofa entscheidend. Und das Timing natürlich.

Das Ungesunde an den 10 000 Schritten ist, dass es bei einigen zur Zwanghaftigkeit führt, was wiederum dem Stress den Weg ebnet. Manche 10 000-Schrittler kriegen Schuldgefühle oder hypochondrische Anwandlungen, wenn ihr Display abends nicht fünfstellig ist. So ist der Mensch; selten nur entspannt.

Ich habe trotz allem das tägliche Schreiten unlängst für mich entdeckt. Ohne Zahl, und wenn, dann vielleicht 6000. Ich laufe weniger wegen der gesundheitlichen Begleiterscheinung, mehr aus, wenn man so will, philosophischen Gründen, wegen des «Solvitur ambulando», was heisst, dass es beim Gehen gelöst wird.

«Es» in diesem Zusammenhang ist natürlich beinahe alles Existenzielle, und manche der Daseins-Ungereimtheiten lösen sich tatsächlich beim Gehen auf, und wenn nicht,

hat man immer noch die Möglichkeit, allem davonzulaufen.

Ich versuche meine Schritte als zügiges Flanieren zu gehen. Ein Schrittzähler bin ich nicht. Ich laufe nicht um des Laufens willen, ich laufe, um kleine und grosse innere und äussere Welten zu entdecken und zu durchschreiten. Wenn man so will, versuche ich, meine Seele auf einen Spaziergang zu schicken, um sie zu nähren mit all den kleinen Sensationen, die am Wegesrand liegen können. Da wären, im besten Fall, Blumen, Hügel am Horizont, ein weiter Himmel, Bäume und so weiter. Manchmal sind da auch nur Asphalt, Hundekot, leere Bierflaschen oder Präservative. Aber immer ist es ein Abbild der Welt in ihrer Schönheit und Hässlichkeit, und dazwischen schreitet die Wahrheit.

Schritt für Schritt, so hoffe ich, werde ich zum Flaneur, zu einem Dandy des Spazierens auf den Wegen des Momenthaften. Ich laufe in meiner Vergangenheit, durchschreite meine Gegenwart und tippe mit den Zehenspitzen an meine Zukunftswelten vielleicht. Manchmal gelingt es mir, mich in die Welt zu verlieben, und das ist ein Gefühl, das ich nicht kannte, oder nicht mehr kannte, weil ich es so lange nicht mehr hatte. Mich so weit von mir selbst zu entfernen, dass ich mir nahekomme. Ich laufe dem entgegen, was wir einst waren, Nomaden, und werde dabei sesshaft. Das ist die Magie der Schritte.

TAMARA WERNLI

Milliardärinnen-Quote, subito!

Milliardärinnen haben es angeblich schwerer als Milliardäre. Das muss sich ändern.



Neulich stiess ich auf eine faszinierende Schlagzeile: «Darum haben es Milliardärinnen schwerer als Milliardäre» titelte die *Süddeutsche*. Ich gebe zu, bis zum Satz «Selbst Milliardärinnen werden benachteiligt, ihnen geht es schlechter als den Männern mit sehr, sehr viel Geld», habe ich durchgehalten – und dann aufgehört zu lesen. Pablo, der Hund, verlangte nach einem dieser stinkenden Kausticks. Kennen Sie die? Sie verwandeln die Wohnung übergangslos in eine alte Fischfabrik, und schweineteuer sind die Dinger auch noch. Aber wo war ich? Genau, bei den Milliardärinnen, das trifft sich ja gut – und ich fühle mit ihnen, ganz, ganz ehrlich. Es muss das Erniedrigendste sein, ein Vermögen in der Grössenordnung eines Kleinstaates zu besitzen und trotzdem als Opfer zu gelten. Darum: Das heutige Thema hat Auswirkungen auf die Anordnung der Sterne, schenken wir ihm also die ihm angemessene Beachtung.

Schätzungsweise ist der *Süddeutsche*-Artikel aufgebaut auf dem Resultat breitangelegter Studien über die Diskriminierung all dessen, was weiblichen Ursprungs ist (also alles). Es bringt mein Weltbild zum Wackeln, dass mittlerweile selbst auf dem Privilegierten-Olymp geschlechtertechnische Benachteiligung lauert. Das hatte ich nicht auf dem Schirm – manches liegt eben auch ausserhalb der Kontrolle der Superreichen. Für diesen journalistischen Plot-Twist sollte es Kreativpunkte geben! Man könnte es nicht besser erfinden.

Aber genug der Ironie, bei Benachteiligung ist Ernsthaftigkeit geboten. Natürlich gibt es einige sinnvolle Massnahmen, um diese

Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. Ein Milliardärinnen-Solidaritätsfonds wäre ein guter Anfang, um den Damen durch die schwersten Momente des Wohlstands zu hel-

Gleichstellung beginnt bei der Birkin Bag, das können Sie mir glauben.

fen. Ebenso eine Milliardärinnen-Quote, die garantiert, dass diese Frauen in allen relevanten Bereichen ausgewogen vertreten sind – sei es bei der Aufteilung von Rohstoffmonopolen oder beim Kauf von Loire-Schlössern. Eine Luxus-Gender-Preisregelung könnte Abhilfe schaffen: Sonderrabatte auf Designertaschen, Kunst und Superjachten nur für weibliche Milliardäre – Gleichstellung beginnt bei der Birkin Bag, das können Sie mir glauben. Weiter, Steuererleichterungen für jene Milliardärinnen, die ihre Milliarden tatsächlich selbst verdienen mussten (wer je einen Trust-Fonds verwaltet oder eine eigene Kosmetiklinie gelauncht hat, weiss, wie stressig das sein kann).

Wie wäre es mit einem «Internationalen Welt-Milliardärinnen-Tag», an dem wir alle kollektiv innehalten, im Wir-Gefühl vereint, um ihr Geld gebührend zu feiern? Einem Tag voller Champagner, mit Diamantenstaub veredelten «The Cream»-Gesichtsbehandlungen und steuerlich absetzbaren Empowerment-Brunches? Oder vielleicht einem «Milliardärinnen-Marsch», um schwesternhaft für bessere Bedingungen zu protestieren?

Besonders wichtig wären «Milliardärinnen only»-Clubs, in denen sie sich fernab der Realität über ihre Herausforderungen in einem geschützten Raum austauschen können – zum Beispiel darüber, ob der sechste Wohnsitz wirklich notwendig ist.

Natürlich muss auch das Milliardären-Patriarchat gestürzt werden, damit das Milliardärinnen-Matriarchat den Grossteil der Jets und Privatinseln besitzt. Und als letzte Massnahme: diamantene Pussyhats für alle Milliardärinnen als symbolisches Zeichen ihres Kampfes – und als Prävention gegen weitere Schlagzeilen dieser Art. Denn der feministischen Journaille, deren Herzensangelegenheit die grosse Frauenunterdrückungsgeschichte ist, sollte nicht noch mehr zugesetzt werden.

Immmerhin gibt es einen Hoffnungsschimmer für die Milliardärinnen: In Genf dürfen sie schon zu einem reduzierten Preis in die Badi! Sparen lernt man eben doch von den Reichen (Frauen)! Laut einem Parlamentsbeschluss von 2022 sollen Frauen einen Rabatt von 20 Prozent für Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen erhalten – keine Ahnung, ob die Massnahme tatsächlich Gesetz wurde, aber glücklicherweise könnten dann auch unterprivilegierte Milliardärinnen davon profitieren. Den überprivilegierten Bauarbeiter wird's sicher freuen, während er sich in seiner Pause in der sengenden Sonne den Schweiß von der Stirn wischt – schliesslich lebt er in einer Gesellschaft, die sich mit Hingabe für mehr Gerechtigkeit einsetzt.

Folgen Sie unserer Autorin bei Youtube@LadyTamara

LITERATUR UND KUNST

Herausgegeben von Daniel Weber

Depardieu war immer
eine Ausnahme,
der grösste Poet,
der subtilste Interpret
Frankreichs.
Peter Rothenbühler,
Seite 44



Dann geschieht das kleine grosse Wunder.

Vincent van Gogh, Blumentopf mit Pfingstrosen und Rosen, 1886 – Gelegentlich scheint es ob all der Tristesse, als sei die Welt von den grossen Wundern verlassen worden. Da ist kein Nährboden mehr, dem Menschen ist die Fähigkeit zum Wunder abhandengekommen, er wundert sich nur noch. Nur die grosse, ewige Welt der kleinen Wunder ist noch da, und in ihr ist eines der fantastischsten das Wunder des Blühens.

Da darbt die Blume einen Winter lang in einem Todesgerippe, kämpfte gegen die Tentakel der Kälte, vielleicht fror ihre Seele ein, bis zu jenem Moment, in dem Licht und Wärme in sie dringen und ihre Hormone erreichen und sie

wundersam zurück in einen erneuten Frühling ihres Lebens drängt. Sie wird zu ihrer eigenen Wiederauferstehung.

Sie schafft Blätter, sie wächst, sie gedeiht, sie brütet Blüten, und dann geschieht das kleine grosse Wunder: Die Blüte drängt gegen die sie schützende Knospe, manchmal minutenlang, manchmal tagelang, bis sie Risse bekommt und sanft platzt, Knospensprengen nennt man es, und die Blüte in ihren unverbrauchten Farben drängt duftend ins Licht der Welt und beschert ihr einen magischen Moment.

Sie funkeln in der Erde, an Sträuchern und in Vasen wie eine Prinzessin, die die schönste von allen sein möchte und den potentesten aller

Prinzen locken möchte. Vom Blühen bis zum Verblühen bleibt der Blume nicht lange, ein paar Tage, ein paar Wochen, mehr Zeit hat sie nicht, um bestäubt zu werden und den Samen neuen Lebens in sich zu tragen. Sie verwelkt, wird zum Gerippe, verschwindet alsbald im Unsichtbaren, als ob nie ein Wunder geschehen wäre.

«Ich möchte», sagte van Gogh (1853–1890), «Blumen malen, so, wie sie mich mich fühlen lassen – nicht wie sie einfach aussehen.» Wie eine Blume selbst war sein Leben. Voller Farbe, Licht, Intensität, Momenten kunstvoller Bestäubung, voller Verschwendung für kurze Momente und voller langanhaltender Dunkelheit.

Michael Bahnerth

Bücher

Dichter auf Therapie-Niveau

Zwei Biografien von Rainer Maria Rilke wollen dem Leser die poetischen Flausen austreiben, indem sie seine Obsessionen in den Blick nehmen. Damit greifen sie zu kurz.

Heimo Schwilk

Sandra Richter: Rainer Maria Rilke oder Das offene Leben. Eine Biografie. Insel. 478 S. Fr. 39.90

Manfred Koch: Rilke. Dichter der Angst. Eine Biografie. C. H. Beck. 542 S., Fr. 49.90

Rainer Maria Rilke gilt als der grösste Liebeslyriker der modernen deutschen Literatur. Seine Gedichte sind sprachlich virtuos, bisweilen auch dunkel – und zugleich tiefreligiös. Ja, man könnte sagen, dass kein anderer Dichter den Zusammenhang zwischen menschlicher Zuwendung und der allumfassenden kosmischen Liebe so grundstürzend ins Bild gesetzt hat wie Rilke. Mensch, Gott und Natur sind in einem mystischen Sinne eins. Diesen Zusammenhang zeigt auch eines von Rilkes eindringlichsten Gedichten, das er schon früh seiner Geliebten und Mentorin Lou Andreas-Salomé widmete:

*Lösch mir die Augen aus: Ich kann Dich sehn
Wirf mir die Ohren zu: ich kann Dich hören
Und ohne Fuss noch kann ich zu Dir gehen
Und ohne Mund noch kann ich Dich beschwören.
Brich mir die Arme ab: ich fasse Dich
Mit meinem Herzen wie mit einer Hand
Reiss mir das Herz aus und mein Hirn wird schlagen
Und wirfst Du mir auch in mein Hirn den Brand
So will ich Dich auf meinem Blute tragen.*

Man kann den Text als Anrufung der Geliebten, aber auch Gottes lesen. Und Gott, ganz im Sinne einer negativen Theologie, die das absolute Wesen im Geheimnis lässt, das nur umkreist, aber eigentlich nie mit menschlichem Denken erfasst werden kann, ist das grosse Thema im Werk von Rilke.

Der amerikanische Literaturwissenschaftler Ralph Freedman gilt als der profundeste Biograf Rilkes. Seine 1996 erstmalig in New York erschienene Lebensbeschreibung wurde 2002 auch in zwei Bänden bei Insel veröffentlicht. Sie hatte eine gewaltige Wirkung, auch hierzulande. Rilke wurde zum Inbegriff des ge-

nialen, eigenwilligen Dichters. Freedmans biografisches Werk hat nur einen Nachteil: Es wurde Jahre vor der Veröffentlichung der 1134 Briefe Rilkes an seine Mutter Sophia geschrieben. Gewiss hat Freedman einzelne Briefe gekannt, aber die 2009 in einer zweibändigen, sorgfältig kommentierten Edition publizierten Schreiben eröffnen doch einen entscheidend anderen Blick auf den Dichter, der zeitlebens auf der Suche war nach einer persönlichen Annäherung an das metaphysische Geheimnis.

Kein Buch fällt vom Himmel

Sophia Rilke, die Erzkatholikin, war für den poetischen Sinnsucher Rilke eine Herausforderung. Er liebte sie nicht nur als seine Mutter, verehrte vielmehr das Mütterliche in ihr – sondern war auch irritiert von ihren traditionellen Gewissheiten, die oft quer standen zu seinem eigenen Weg. «Sie reisst mich ein», heisst es in einem sehr kritischen Rilke-Gedicht. Allerdings erkannte Mutter Sophia früh die dichterische Begabung ihres Sohns und förderte sie gegen den Widerstand der gesamten Familie.

Nun sind zwei Rilke-Biografien – wir befinden uns im Jahr des 150. Rilke-Geburtstags – erschienen, die von sich behaupten, einen neuen Blick auf den Dichter zu eröffnen. Es gibt gewichtige Stimmen, die die biografische Annäherung grundsätzlich ablehnen, weil sie den Gehalt von Dichtung niemals erreichen könne. Echte Poesie brauche keine Erklärung, stehe für sich. Ich halte das für falsch. Der Biograf fügt dem Eigenwert des Literarischen das Element des Lebendigen, den lebensgeschichtlichen Kontext hinzu. Denn kein Buch fällt vom Himmel. Der Biograf hat zu verdeutlichen, warum dieses oder jenes Buch nur von diesem oder jenem Autor geschrieben werden konnte.

Wie verhält es sich aber im Fall der Dekonstruktion, die in der Wirkung destruktive Züge annimmt? Der Literaturwissenschaftler Manfred Koch will am Ende nicht Rilkes komplexes Werk erklären, sondern sein Scheitern als Mensch ins Bild setzen. Wie auch Sandra Rich-

ter, die die Obsessionen des Dichters in den Blick nimmt. Koch schreibt verräterisch, dass er Rilke eigentlich nicht gemocht habe («Das masslose Reimen»), bis er dessen Paris-Roman «Die Aufzeichnungen der Malte Laurids Brigge» gelesen habe. Er nennt Rilke im Untertitel seiner Biografie «Dichter der Angst». In der «Angst» will der Autor die Kategorie gefunden haben, in die der Dichter Rilke am besten hineinpasste. Dabei hatte Rilke vor allem Angst, sich im Babylon Paris zu verlieren. Sein einziger Roman ist eine äusserst moderne Kritik des entfremdeten Grosstadt-Lebens.

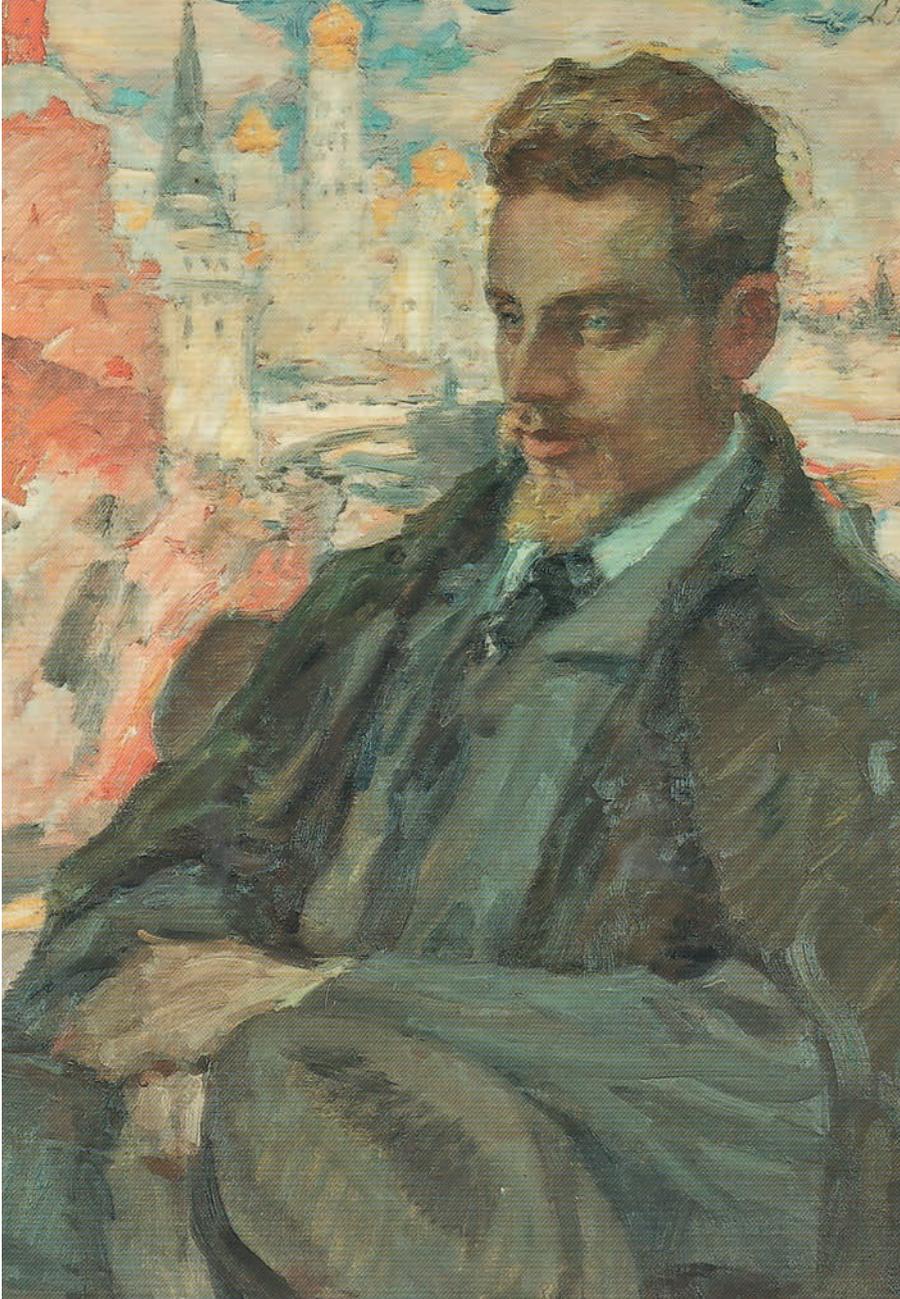
Sowohl Richter, die Leiterin des Marbacher Literaturarchivs, wie auch Koch wollen dem Leser die poetischen Flausen austreiben, ihn mit den Abgründigkeiten von Rilke konfrontieren. Aber Rilke suchte weder zwanghaft das «offene Leben», noch war er ein «Dichter der Angst». Im Gegenteil. Rilke wollte zeit seines Lebens «ein Rühmer der Freude» sein, der alles Angeschaute mit Sinn unterlegte und transzendierte. Koch rügt den «religiösen Verkündigungston» und erweist sich als zutiefst areligiös. Beide reduzieren das Wesen von Rilkes Dichtung auf Therapieniveau, machen es zum freudschen Bastelbogen.

«Sich selbst empfand Rilke als Mängelwesen, krank, überempfindlich, unterprivilegiert», schreibt Richter im Vorwort. Und Rilkes Gott sei «ein selbsterschaffenes, imperfektes Perpetuum mobile» gewesen. Im Übrigen – die Au-

Rilke wollte zeit seines Lebens «ein Rühmer der Freude» sein, der alles Angeschaute mit Sinn unterlegte.

torin weist ein paar Zeilen vorher darauf hin, dass der von Adorno monierte «bräunliche Kitsch» Rilkes einer Verfehlung gleichkomme – weise Rilkes Werk «Spuren von politischer Ideologie» auf. Was nun? Der rilkeschen Dichtung «Vielschichtigkeit» zu attestieren, ist da eher unterkomplexe Heuchelei.

Aber Diversität ist das Ideologem von Richters Buch, das Rilke doch entzaubern will.



Denn der wahrhaft Liebende ist ein wahrhaftig Leidender: Lyriker Rilke.

Ihr gehe es in erster Linie um den Menschen Rilke, schreibt die Autorin. Sie wolle sich dem berühmten Dichter keineswegs «in Ehrfurcht nähern», sondern eher ironisch und mit Distanz. Was sie dann in ihrem Buch leistet, ist ein Hin und Her zwischen Rilkes verschiedenen Identitäten, ja «Rollen», mit denen er vor allem die Frauen bezirzt habe.

Gewiss hat Rilke den Seelenstoff der Liebe für sein Schreiben gebraucht – aber nie hat er die Geliebten missbraucht, sondern eingebunden, ernst genommen und sie in seine Dichtung produktiv aufgenommen. Das zeigen die Memoiren jener Frauen, die seinen Weg kreuzten und immer wussten, was ihnen Rilke gegeben hat, ob Andreas-Salomé, seine Ehefrau Clara Westhoff, die Muzot-Gefährtin Baladine Klossowska oder am Ende Marina Zwetajewa. Die russische Dichterin hielt Rilke für einen

Engel, mit dem jenseits der irdischen Existenz ein Zwiegespräch möglich sei. Ihre Liebe über den Tod hinaus mag übersteigert sein – aber sie war echt.

Überhaupt die Engel. Ohne sie kann man die «Duineser Elegien» nicht verstehen. Schon der Anfang setzt sie ins Bild: «Wer, wenn ich schrie, hörte mich denn aus der Engel Ordnungen?» Diese Wesen überirdischer Schönheit sind für den Dichter Brücken ins imaginierte Jenseits, ihre Anrufung kein Tick (Richter: «leblose Puppen»), sondern Teil von Rilkes Versuch, das Menschliche aus dem Göttlichen zu erklären, besser: poetisch zu erfassen.

In weiten Teilen sind die Elegien dichterische, durchaus hermetische Übersetzungen biblischer Szenen, es wird das «Heilige» beschworen. Maria, die Mutter, wird ebenso besungen wie die Geburt ihres Kindes. Es geht

Rilke um die «ewige Strömung» einer genuin religiösen Erfahrung. Koch und Richter brechen dieses poetische Ereignis herunter auf die sexualtherapeutische Anwendung; Koch behauptet sogar, die «Duineser Elegien» seien «unchristlich». Ja, dogmatisch mag er recht haben, nicht aber, was die metaphysische Absicht Rilkes war.

Elend in Verse gegossen

Statt zu dichten, so die Kernaussage von Koch, hätte Rilke besser eine Psychotherapie gemacht, um sich von seinen seelischen Krankheiten zu erlösen. Der Künstler aber, das ist eine Binse, benötigt diese seelischen Schwankungen und Unsicherheiten, die ihn vorantreiben,

Der Künstler aber benötigt diese seelischen Schwankungen, die ihn vorantreiben.

seine (Selbst-)Imagination fruchtbar machen. Wer sich therapieren lässt, verliert oft die Antriebe für das Schöpferische – Andreas-Salomé sowie die handfeste Marie von Thurn und Taxis, der Rilke die Elegien widmete, rieten ihm, auf jegliche Behandlung zu verzichten.

Dass das Sexuelle für den Dichter Rilke eine Herausforderung war, der er sich im Leben meist nicht gewachsen zeigte, ist oft festgestellt worden. Aber der Dichter Rilke hat sein Elend in Verse gegossen, die bleiben. Richter versteigt sich in ihrem Bemühen, «Offenheit» nachzuweisen, zu der Ansicht, Rilke habe im «offenen Leben» Lebende und Tote zusammenführen wollen. Nein, Rilke war viel radikaler. Er behauptete einen geschlossenen Raum, den Gott gestiftet hat, damit sich Lebende und Tote zu treffen vermögen: den Raum des Glaubens – auch wenn Rilke sich nicht scheute, ihn so zu schildern, wie er ihn imaginierte.

Eine der besten Kennerinnen von Rilkes Werk, seine Insel-Verlegerin Katharina Kippenberg, hat diesen zutiefst christlichen Charakter der «Duineser Elegien» und der «Sonette an Orpheus» in zwei wichtigen Monografien herausgestellt.

Für sie bestand die Bedeutung dieses Dichters gerade in seinem Versuch, in einer Welt, die den Tod Gottes hinausposaunt, dem Übersinnlichen Raum zu geben. Das körperliche Leid, das auch sie kannte, war ihr ein Wert-Zeichen, das man nicht wegtherapieren, sondern für den Versuch nutzen sollte, das Menschlich-Göttliche tiefer zu begreifen. Dass der Schmerz, den er immer als ontologische Realität angenommen, ja affirmativ besungen hatte, Rainer Maria Rilke am Ende seines Lebens zu überwältigen drohte, sah Kippenberg nicht als Bedrohung, sondern als Mittel der Heilung. Denn der wahrhaft Liebende ist ein wahrhaftig Leidender.



Langersehnter Sommer

Sylvie-Sophie Schindler

Oliver Hilmes: Ein Ende und ein Anfang. Wie der Sommer 45 die Welt veränderte. Siedler. 288 S., Fr. 38.90

Um den Selbstmord von Adolf Hitler am 30. April 1945 rankten sich von Anfang an wilde Spekulationen. Hatte er sich erschossen? Oder vergiftet? War er vielleicht gar nicht tot? Angehörige der Roten Armee gruben am Führerbunker bald die verbrannten Leichenreste aus und brachten das, was das Feuer übriggelassen hatte, nach Moskau. Das Gebiss wurde von Experten als das von Hitler identifiziert. Doch Josef Stalin traute der Sache nicht und mutmasste, Hitler habe sich nach Spanien, Argentinien

Man stolpert durch zig Schuttberge und mitten hinein in den Schwarzhandel.

oder mit einem japanischen U-Boot abgesetzt. Daher blieb der NS-Führer zur Fahndung ausgeschrieben. Erst am 25. Oktober 1956 erklärte das Amtsgericht Berchtesgaden Hitler offiziell für tot.

Ängste und Unsicherheiten

Auch Else Tietze machte sich damals, es war in den ersten Maitagen 1945, so ihre Gedanken, was wohl passiert sei. Ihrem Tagebuch vertraute sie an: «Wenn Gott ihn einen Soldatentod hätte sterben lassen, hätte er es sehr gut mit ihm gemacht. Dass der Mann Gutes wollte, glaube ich noch immer, aber er muss zuletzt wohl wahnsinnig gewesen sein.» Tietze ist zu diesem Zeitpunkt um die siebzig Jahre alt, sie lebt in Berlin, sie macht sich Sorgen um zwei ihrer erwachsenen Kinder, von denen seit Wochen kein Lebenszeichen mehr kommt. Sie ist eine, wie man sagen würde, «Frau aus dem Volk». Bestsellerautor Oliver Hilmes macht sie in seinem Buch «Ein Ende und ein Anfang» zu einer seiner zahlreichen Protagonisten, die

einen Sommer erleben, der eigentlich kein besonderer war, zumindest nicht von den Temperaturen her, zugleich war er einer der aussergewöhnlichsten überhaupt, ein Sommer, auf den Menschen seit Jahren gehofft hatten, da endlich die Waffen in Europa schwiegen – die Wehrmacht hatte bedingungslos kapituliert.

Wie also erlebten die Menschen jenen Sommer? Von dieser Frage angetrieben, erschafft Hilmes eine beeindruckende Dokumentation, eine vielschichtige Collage aus unterschiedlichen Perspektiven, eine tiefgreifende Erinnerung an ein Gestern, das durch seine Ambivalenzen besonders nah heranrückt. Der auf deutsche Geschichte spezialisierte Autor macht deutlich, dass ein Kriegsende mehr ist als das, was allgemein hin angenommen wird. Einerseits bricht eine bisher existierende Welt zusammen, andererseits eröffnet sich eine neue, die noch ungewiss ist. Ein Übergang, der nicht nur mit Aufbruch verbunden ist, sondern auch mit vielen Wirren, Ängsten und Unsicherheiten. Gerade die Zwischentöne sind es, die in Geschichtsbüchern unter den Tisch fallen – umso schöner, dass Hilmes sie aufgreift und ebenso spannend wie unterhaltsam zum Leben erweckt.

Zeitreise in Alltag und Politik

Die Ereignisse aus dem Alltagsleben der «kleinen Leute» werden ebenso dargelegt wie diejenigen auf der grossen politischen Bühne, angereichert mit weniger bekannten Details. Mal geht es in die Ruinenlandschaft Berlins, mal in den Buckingham Palace, mal ins ferne Tokio, mal ins luxemburgische Bad Mondorf, wo mehrere hochrangige Nazis in einem Kurhotel gefangengehalten wurden, mal ins Lager Theresienstadt, wo Margot Bendheim und Adolf Friedländer weiterhin bleiben, weil sie nicht wissen, wohin. Man stolpert durch zig Schuttberge und mitten hinein in den Schwarzhandel, man stellt sich an für Lebensmittel, die streng rationiert ausgegeben werden – Hunger ist das grösste Problem. Truman, Churchill und de Gaulle treten auf, ebenso Erich Kästner, Richard Strauss, Thomas Mann und dessen Sohn Klaus, der im Auftrag der US Army aus dem befreiten Deutschland und seinen Nachbarländern berichtet.

2004 veröffentlichte Hilmes die gefeierte Biografie «Witwe im Wahn. Das Leben der Alma Mahler-Werfel», 2007 legte er mit «Herrin des Hügels. Das Leben der Cosima Wagner» ebenso erfolgreich nach. Zuletzt erschien «Schattenzeit», eine Zeitreise in Alltag und Politik des Jahres 1943, aufgebaut wie die nun vorliegende Neuerscheinung. Eingeführt wurde diese Art der szenischen Erzählung durch Florian Illies mit «1923». Und man muss sagen: Es funktioniert auch dieses Mal. Und dürfte auch die erreichen, die sonst nur schwer Zugang zu diesem Thema finden.

Besessen von der weiblichen Haut

Pia Reinacher

Martin Mosebach: Die Richtige. DTV. 352 S., Fr. 36.90

Es würde einem Schriftsteller übermenschliche Kraft abverlangen, wenn er sich ständig neu erfinden sollte. Genau das wäre allerdings gefragt, wenn er im Zweijahresrhythmus ein ambitioniertes Werk ausspucken müsste. Denn auch die Fantasie gründet in der eigenen Persönlichkeit. Diese verändert sich naturgemäss langsam. Martin Mosebach legt inzwischen beinahe alle zwei Jahre ein neues Buch vor. Man kann es ihm nicht verdenken, dass er nach der meisterlichen Milieustudie «Tauben und Wildente» (2022) mit «Die Richtige» wiederum einen Roman präsentiert, der im gleichen künstlerischen und gesellschaftlichen Milieu spielt.

Mehr noch: Es ist, als ob er die gleiche Sprech- und Imaginationsspur fortsetzen würde, die ihm grossen Erfolg bescherte – wenn auch passagenweise nicht mit der gleichen Überzeugungskraft. Auch auf schon einmal erfolgreiche Bau- und Stilmittel greift er zurück. Wieder setzt die Geschichte ein mit einem suggestiven emblematischen Bild, das den Kern des Geschehens vorausnimmt: Ein Vogelpaar hat sich in ein Maleratelier verirrt. Sind sie einem Käfig entwichen? Am Ende beobachtet der Maler zwei Tauben, die sich ins Dunkel des schützenden Taubenschlags zurückziehen, um sich von der Paarung zu erholen. Ein Symbol. Das «richtige» Aktmodell des Malers, die junge Astrid, ist zerstört in der Nervenklinik gelandet, der Maler mit seinem Bild aber erfolgreicher denn je.

Arglistiger Plan

Wieder beobachtet Mosebach mit gnadenloser Akribie die maliziösen Schachzüge der «besseren» Gesellschaft. Und wieder steht im Zentrum die Kunst, deren Erhabenheit in den Augen des Künstlers jedes Charakterdefizit rechtfertigt. Akteur im Mittelpunkt ist der gut fünfzigjährige Maler Louis Creutz. Er hat sich auf Aktmalerei spezialisiert – besessen von der weiblichen Haut, die für ihn symbolisch das ganze Wesen abbildet. Die Frau, die ihm Modell steht, muss genau passen. Ihr Schicksal ist vorbestimmt: Domestizierung und finale Zerstörung. Relativ leicht hatte er es mit seinem ersten Modell, einer randständigen, süchtigen Frau, die ihm nicht gefährlich werden konnte. Jetzt hat er es auf Astrid abgesehen, ein quicklebendiges Wesen, fünfzehn Jahre jünger als er, deren Eigenständigkeit den herrschsüchtigen Maler umso stärker reizt.

Creutz ist ein Zyniker, unberechenbar, amoralisch, ein Egomane, der sich nur den eigenen Wünschen und Zielen verpflichtet sieht und dem jedes Mittel recht ist, um sie zu erreichen. Seine erste Frau Irene, «Ira», einen halben Kopf grösser als er, verliess ihn im wilden Zorn und starb wenig später. Zum «Kernpersonal» des Romans gehören die beiden Brüder Rudolf und Dietrich: Unternehmer, Sammler, Bewunderer und Mäzene des Malers.

Ihre Eltern waren durch grossen Fleiss zu Geld gekommen. Aber sie liessen sich durch den finanziellen Erfolg nicht verblenden und blieben «einfache», «sparsame», «asketische» Leute. In diesen «Familienblock» schlug Beate, die Frau Rudolfs, ein wie eine «Granate»: launenhaft, geltungsbedürftig, verschwenderisch mit dem Geld der Brüder um sich werfend, intrigant und zu allem bereit, um sich in Szene zu setzen. Das Elternhaus ist schon kurz nach ihrem Einzug nicht wiederzuerkennen. Beate wechselt den Geschmack und lässt es ständig umbauen. Nur das geschäftliche Geschick des integren Bruders Dietrich, dem eigentlichen Gehirn des Unternehmens, erlaubt es dem glücklosen Bruder Rudolf und seiner Frau, die gesellschaftliche Position aufrechtzuerhalten.

Als die bis jetzt selbstbestimmte und unabhängige Astrid mit dem kurzen Haar auftaucht, erinnert Beate einen arglistigen Plan und legt sogleich die Schlingen aus. Sie will dem

Wieder beobachtet Mosebach mit gnadenloser Akribie die Schachzüge der «besseren» Gesellschaft.

Maler ein Modell zuführen und die Frau im gleichen Zug mit dem ledigen Bruder Dietrich verkuppeln. Damit wäre ihre «Nahrungskette» in doppelter Hinsicht gesichert: Sie hätte den Bruder, den Schwager und deren Geld in der Hand, das ihr wiederum ein schönes Leben erlaubte.

Auf Messers Schneide

Mit aufgerissenen Augen verfolgt man jetzt die heimtückischen Fallen des Paares und des Malers, mit denen die «Beute» erlegt werden soll. Der harmlose Dietrich ahnt überhaupt nicht, was vorgeht, und heiratet die Frau aus ehrlicher Liebe. Creutz aber bringt Astrid tatsächlich dazu, ihm während der Abwesenheit des Gatten Modell zu liegen und sie damit in seine Macht zu bringen. Als Astrid durch-

schauf, was vor sich geht, ist es zu spät. Sie verlässt sein Atelier wutentbrannt, aber als Opfer eines fremden Spiels.

Kein Zufall, dass eine der bildstärksten, alptraumartigsten und sprachmächtigsten Szenen des Romans sich auf einem ganz anderen Feld ereignet, in Wahrheit aber Spiegel für alles ist: Dietrich hat Creutz dazu eingeladen, an einer Wildschweinjagd teilzunehmen. Tatsächlich gelingt es ihm, in einem lebensgefährlichen Akt einen kräftigen Eber zu erlegen. Hätte er nicht rechtzeitig geschossen, wären er und Creutz zu Tode gekommen.

Der ganze Roman ist ein Kampf auf Messers Schneide und dies seine symbolische Engführung. Allerdings ist die Passage auch literarischer Höhepunkt. Erst jetzt, in der Mitte des Romans, gelingt es Mosebach, sich vom konventionellen Schreiben in alten Mustern zu lösen und den Leser in Bann zu schlagen. Und erst jetzt bricht die effektgesättigte, sinnliche Sprache wieder so richtig durch, die alle Ambivalenzen der Charaktere abbildet und die solide Routine, die bis dahin den Roman bestimmte, ausser Kraft setzt – um dann im letzten Drittel wieder im konventionellen Erzählen anzukommen.



Arglistiger Plan: Max Ebersberger (1852–1926) mit Aktmodell in seinem Atelier.



Wenig ist, wie es scheint: Autor Dicker.

Frau verdreht allen den Kopf

Benjamin Bögli

Joël Dicker: Ein ungezähmtes Tier. Piper. 432 S., Fr. 36.90

Früher verglich die französische Presse Joël Dicker mit Nabokov und Dumas. Heute klingt es anders. Wie «von einer Maschine geschrieben, von einer schlechten künstlichen Intelligenz», sagte zum Beispiel die bekannte Kritikerin Patricia Martin, generisch-zeitgeistiges Vokabular bedienend, über den neuen Roman des Genfers. Dazwischen liegen etwas mehr als zehn Jahre und fünf weitere Dicker-Bücher. Was ist passiert?

Formal nicht viel. Dicker ist weder «Graf von Monte Christo» noch KI. Er schrieb und schreibt keine Klassiker, sondern Geschichten. Das war schon bei seinem grossen Durchbruch, «Die Wahrheit über den Fall Harry Quebert» (2012), der Fall. Nur gewann er dafür den «Grand prix du roman de l'Académie française», was nach Weltliteratur klingt.

Kommerziell ist indes sehr viel passiert. Radio France berichtet von fünfzehn Millionen Büchern, die der Schweizer seither weltweit verkauft haben soll. Wenn etwas zu geschmeidig über den Ladentisch geht, rümpft man im Feuilleton gerne die Nase. Damit man eine Ahnung davon erhält, was diese Zahl bedeutet: Die Romane des amerikanischen Kritikerlieblings und Starschriftstellers Jonathan Franzen («Die Korrekturen») verkauften sich nicht einmal halb so gut.

Dickers Erfolg besteht darin, dass er Krimis mit Tiefgang für alle veröffentlicht: Er bedient sich beim Schreiben des Blicks des Jugendlichen und der gedanklichen Schärfe des Erwachsenen. So entstanden ausgeklügelt gebaute Gesellschaftsromane mit der Spannung eines Thrillers. Die Sprache war bei Dicker schon immer eher solides Mittel zum Zweck als feingeschliffene Poesie.

«Ein ungezähmtes Tier» erzählt von zwei Familien im Genferseeedyll Colony. Die eine neu reich aus dem Finanz- und Anwaltsmilieu mit Glasvilla und Porsche, die andere mittel-

Wenn etwas zu geschmeidig über den Ladentisch geht, rümpft man im Feuilleton gerne die Nase.

ständig: Sie ist Verkäuferin, er Spezialeinheitspolizist. Sie bewohnen ein Einfamilienhäuschen. Die ungleichen Nachbarn freunden sich an. Dicker erzählt die Geschichte so, dass man weiss, dass sie in einen Juwelenraub in der Genfer Innenstadt verwickelt sind, aber nicht wie.

Stärken und Schwächen

Schnell stellt sich heraus, dass der voyeuristische Polizist, fasziniert von der Schönheit der Anwältin, diese vom Wald aus durch die einladende Fensterfront jeweils nachts oder am frühen Morgen beobachtet. Aber die Frau verdreht nicht nur dem Gesetzeshüter den Kopf. Alle sind um die vierzig, wie übrigens auch Dicker selber, ein Zeitpunkt im bürgerlichen Leben, wo es sich langsam klärt, ob man auf die richtige Karte gesetzt hat: Eigenheim, Karriere, Familie.

Bis hierhin macht Dicker alles richtig. Er baut Spannung auf, indem er den Schleier behutsam lüftet und andeutet, dass wenig so ist, wie es scheint. Der anfängliche Hochglanz der Genfer Gesellschaft verblasst. Wobei der Schriftsteller ein Sittengemälde entwirft, ohne zu fest zu moralisieren: Alle seine Figuren haben Stärken und Schwächen. Zunehmend wird die Schilderung des Verbrechens zum überdeutlichen Treiber der Geschichte. Handelte es sich bei «Ein ungezähmtes Tier» um einen reinen Krimi, wäre dies angebracht, den Anspruch an einen Gesellschaftsroman erfüllt das Buch so allerdings nicht mehr.

Das ist schade. Denn darin bestand bis anhin Dickers Brillanz: Ihm gelang es stets, Zwischenmenschliches mindestens ebenso interessant darzustellen wie die Auflösung des Kriminalfalls. Der gut 400-seitige Roman liest sich flott, ist unterhaltsam, regt aber kaum zum Nachdenken an.

Vielleicht war der Genfer beim Schreiben in Gedanken schon an seinem nächsten Buch. Es heisst «La très catastrophique visite du zoo», ist ein Jugendroman und erschien Anfang März – allerdings erst auf Französisch.

Koloss von Paris

Oliver vom Hove

Walburga Hülk: Victor Hugo.
Jahrhundertmensch. Eine Biografie.
Matthes & Seitz. 500 S., Fr. 53.90

Man kennt seinen Namen von Werken wie «Der Glöckner von Notre-Dame» oder «Les misérables», die vor allem auch durch zahlreiche Film- und Musical-Adaptionen berühmt wurden. Aber gelesen wird Victor Hugo kaum mehr. Zumindest nicht im deutschen Sprachraum, im Gegensatz zu Frankreich, wo der Klassiker auch im Geschichtsunterricht Schulstoff ist.

Denn in ihm spiegeln sich die Turbulenzen und Widersprüche des ganzen 19. Jahrhunderts innerhalb der Grande Nation. «Jahrhundertmensch» nennt denn auch die emeritierte Romanistin Walburga Hülk den Dichter bereits im Titel ihrer gewichtigen Biografie.

Victor Hugo lebte von 1802 bis 1885, und diese lange Lebensspanne gibt der Biografin Gelegenheit, eine raumgreifende Kulturgeschichte des

In Reden, Artikeln, Aufrufen und Pamphleten nahm er unermüdlich Einfluss auf die Politik.

Säkulums auszubreiten, ein ebenso strahlendes wie erhellendes Rundgemälde des kulturpolitischen Frankreich: beginnend mit Napoleon, der Victor Hugos Vater 1809 zum General befördert hatte, über die Bourbonen-Restauration, die Julimonarchie 1830, das Zweite Kaiserreich bis zur endlich etablierten Republik nach dem dramatisch verlorenen Krieg 1870/71.

Gewissen der Nation

An diesem Werdegang des Staats hat der Grossschriftsteller Victor Hugo ebenso vehement Anteil genommen, wie er unter Napoleon III. als politisch Verfolgter und des Landes Verwiesener gelitten hat. Dieser Homme de Lettres wurde bereits mit dreissig, nach der erfolgreichen Veröffentlichung von Gedichten, romantischen Dramen wie «Hernani» (von Giuseppe Verdi vertont) oder «Lucrezia Borgia» (von Georg Büchner übersetzt) und dem monumentalen Roman «Notre Dame de Paris», als «Meister aller Gattungen» gefeiert. Spätestens seit seinem 40. Lebensjahr und der Aufnahme in die Académie française stand er im Rang, der führende Intellektuelle Frankreichs zu sein.

Das hatte nicht nur mit seiner enormen literarischen Produktion zu tun, sondern auch mit seiner Selbstgestaltung als wachsame Gewissen der Nation. In zahllosen Reden, Artikeln, Aufrufen und Pamphleten nahm er unermüdlich Einfluss auf die Politik und das gesellschaftliche Leben.

Als Louis Bonaparte, der Neffe Napoleons, am 2. Dezember 1851 in einem Staatsstreich die Macht an sich riss, verliess Victor Hugo unverzüglich das Land und schlug sich via Brüssel zu den englischen Kanalinseln durch, wo er erst auf Jersey, später auf Guernsey sein Quartier aufschlug.

Ehrenggrab im Pantheon

Gleichsam wie ein Feldherr der Feder führte er vom Exil aus die Kräfte der Opposition des Zweiten Kaiserreichs in den Kampf gegen den protzsüchtigen Parvenu an Frankreichs Staatsspitze, gegen dessen machtgestählte Restauration und hedonistischen Materialismus. «Tintenfass gegen Kanonen!» war seine Parole. Aber Victor Hugo setzte sich, wie Hülk zusammenfassend festhält, als «ein Mann des Wortes und der Tat» vor allem für universalistische Werte ein, «als Aktivist, der sich in flammenden Worten gegen die Todesstrafe, gegen Sklaverei und für das allgemeine Wahlrecht, Frauenrechte und soziale Gerechtigkeit verwendet hat».

Auf Guernsey machte er es sich und seiner Familie in dem von ihm komfortabel eingerichteten Hauteville House bequem. Er genoss die Natur und schrieb auch darüber: «Auf Inseln wie Guernsey gibt es zweierlei Menschen: Die einen verbringen ihr Leben mit der Um-

rundung ihres Ackers und die anderen mit der Umrundung per Schiff. Jene sind die Arbeiter der Erde, diese die Arbeiter des Meeres.» Über

Dieser Homme de Lettres wurde bereits mit dreissig als «Meister aller Gattungen» gefeiert.

diese «Arbeiter des Meeres», das schwere Leben der Küstenfischer an der Atlantikküste, hat er sein wohl schönstes Buch verfasst.

Neunzehn lange Jahre blieb er im Exil. Er hatte sich geschworen, nicht nach Frankreich zurückzukehren, solange «Napoleon der Kleine», wie er den verhassten Usurpator spöttisch nannte, an der Macht war.

Am 5. September 1871, nach der Absetzung des selbsternannten Kaisers, war es dann so weit. Victor Hugos Heimkehr nach Paris wurde zum Triumphzug. Fortan liess er sich ausgiebig huldigen, ganz Frankreich wurde zur Bühne mit dem Nationalautor als Heldendarsteller. Am 22. Mai 1885 starb der Vielgerühmte und wurde in einem Ehrengrab im Pantheon, der nationalen Ruhmeshalle, beigesetzt.

Parapsychologie und Erotik

Walburga Hülks Biografie zeichnet ein umfassendes Lebensbild des Autors, einschliesslich seiner Vorlieben für Malerei, Fotografie, Parapsychologie und Erotik.

Letztere genoss er ausgiebig, mit wechselnden Partnerinnen und in unterschiedlichsten Abhängigkeiten. Nicht nur in dieser Hinsicht nahm er gern Huldigungen entgegen – je älter er wurde, desto lieber.



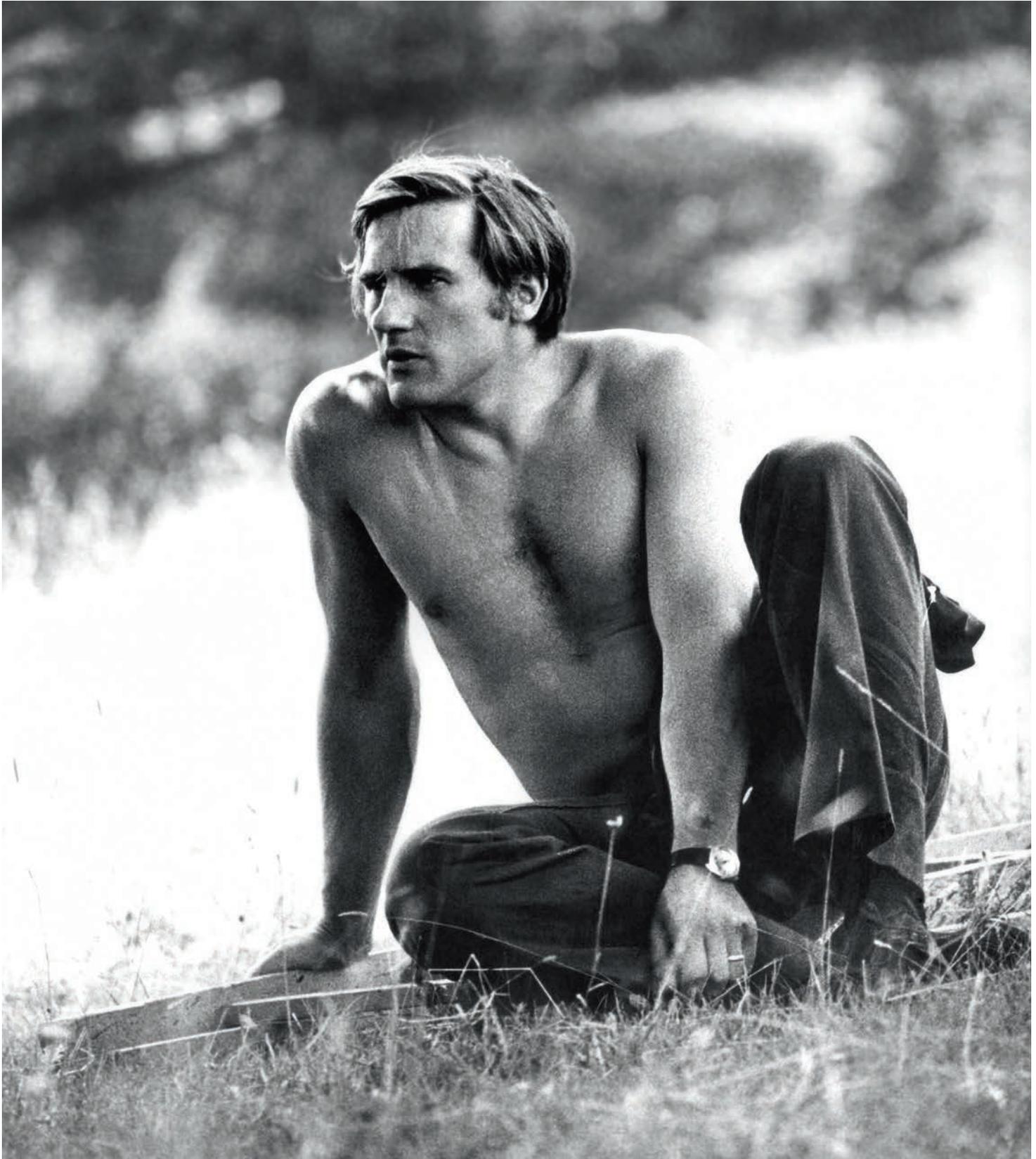
Feldherr der Feder: Dichter Hugo auf einer zeitgenössischen Postkarte.

Film

Halali auf ein Genie

Der Fall Depardieu, eine sehr französische Affäre.

Peter Rothenbühler



Es war einmal ein Vorstadtgauner: Schauspieler Depardieu, 1974.

Die Franzosen sind ein Volk von Jägern, zurzeit geht's mehreren zehntausend Wildschweinen an den Kragen. Betreten der Wälder nicht empfohlen! Die Flinten schwingen auch die Frauen: Sie jagen eine besondere Sorte von französischen Schweinen, angebliche Vergewaltiger und Grabscher, mit Vorteil sehr prominente.

Einige der beliebtesten französischen Männer der letzten zwanzig Jahre wurden im Namen von MeToo von Frauen denunziert und vom medialen Volksgericht abgeschossen. Der heiligste Wohltäter Frankreichs, Abbé Pierre, der Zehntausenden von Aussenseitern Speis und Trank und ein Dach über dem Kopf geboten hat, wurde fast zwei Jahrzehnte nach seinem Tod von ehemaligen Mitarbeiterinnen sexueller Übergriffe beschuldigt. Der Priester hatte eine Obsession für Brüste und betatschte solche gerne. Er war deswegen auch in Behandlung, in einer Schweizer Klinik. Ausradiert.

Der berühmteste Umweltschützer Frankreichs, Nicolas Hulot, Moderator einer der beliebtesten Umweltsendungen und deshalb Umweltminister von François Hollande geworden, wurde beschuldigt, eine junge Fotografin bei sich zu Hause übers Bett gezogen zu haben. Weg vom Fenster.

Täglich mehrere Liter Wein

Der beliebteste «Tageschau»-Moderator Patrick Poivre d'Arvor war bekannt dafür, dass Frauen sein Büro nur betreten durften, wenn sie mit seinen Avancen umgehen konnten. Auch er angeblich ein Vergewaltiger. Weg vom Bildschirm.

Jetzt läuft gerade eine «sehr französische Affäre» ihrem Höhepunkt entgegen; so bezeichnen die Buchautoren Raphaëlle Bacqué und Samuel Blumenfeld den Prozess um den Schauspieler Gérard Depardieu. Aber vermutlich wird die Affäre eine dürrnmatte Wendung nehmen und in einer Farce enden. Denn der seit Jahren etwa

«Putain, dieser Jean-Claude, das bin ich! Das ist mein Leben, ich will die Rolle!» Er bekam sie.

150 Kilo schwere, diabeteskranke 76-Jährige, der vier Bypass-Operationen hinter sich hat, konnte am zweiten Prozesstag irgendwie glaubhaft erklären, er sei zu einer Vergewaltigung seit Jahren nicht mehr fähig und sehe nicht ein, weshalb er Frauen betatschen sollte.

Er wurde vor Gericht zu den Traumata der zwei jungen Klägerinnen befragt, die er auf einem Filmset 2021 belästigt haben soll, und holte gleich zum Gegenschlag aus: «Und ich? Was tut man mir seit vier Jahren an? Man nennt mich ein grosses Schwein, man verweigert mir jede Arbeit, seit drei Jahren kriege ich keinen Vertrag mehr. Jedes Mal, wenn ich irgendwo auftrete, sind da ein paar Hysterische, die einem

Angst machen könnten, die mit Plakaten gegen mich protestieren.»

Er wird weiter gejagt, der Mann, der mit den schönsten Frauen Frankreichs gedreht und sie auch geliebt hat: Carole Bouquet, Fanny Ardant, Catherine Deneuve – und, und, und. Er, der nach wie vor der weltweit berühmteste und beliebteste französische Schauspieler ist, auch der begabteste, der brillianteste. Das wird er bleiben, auch wenn er seit ein paar Monaten von den Medien mit einer seltenen Brutalität demontiert wird. Nicht nur wegen der Beschuldigungen von Frauen, sondern auch, weil er, der Reiche, dem Steuervogt nach Belgien entflohen ist und sich erst noch in die Arme von Putin geworfen hat, der seinem «Freund Gégé» gleich einen russischen Pass aushändigte (vor dem Ukraine-Krieg).

Das war für das mehrheitlich linke Pariser Kulturerestabliement die absolute Todsünde, viel schlimmer als das Gegrabsche, das in der französischen Filmszene bei Dreharbeiten lange, wie Chronisten berichten, einfach systemimmanent war. Bis zu MeToo.

Seit der Affäre Depardieu werden zahlreiche Regisseure und Schauspieler beschuldigt. Aber das Halali auf Depardieu ist ohne Beispiel, es ging so weit, dass sich Präsident Emmanuel Macron einmischte und öffentlich erklärte, er finde diese Hetzjagd auf den Schauspieler falsch, er sei schliesslich «ein riesiger Schauspieler, der Frankreich stolz macht». Und die Unschuldvermutung gelte auch für ihn.

Auch wenn er jetzt vom Gericht verurteilt wird, bleibt Depardieu der Schauspieler, der eine Art Lebensversicherung für das französische Kino war, jahrzehntelang den besten Regisseuren den Tisch gedeckt und die Kassen gefüllt hat, sozusagen der «Schutzschirm» für jedes Drehbudget war.

Alle riefen nach ihm, dem ehemaligen Vorstadt-*voyou*, der als Kind kaum sprechen konnte, nach Paris kam und schnell zum Kultschauspieler avancierte, als Genie gefeiert, von Frauen umschwärmt und sehr reich wurde, seinen Erfolg mit ausgelassenen Banketten für den Freundeskreis feierte, täglich mehrere Liter Wein trank und sich fast totgefressen hat.

Vom Publikum entdeckt wurde er 1974 im Film «Les valseuses» von Bertrand Blier, in dem er und Patrick Dewaere zwei libertäre, marginalisierte Streuner spielten, die vom leichten Geld und von Mädchen träumen, der Polizei entfliehen und sich in abenteuerliche Sexszenen werfen. Die Filmpartnerin Miou-Miou warnt der hünenhafte junge Depardieu im Film: «Wir werden dich vögeln, wann immer es uns passt.» Sie lacht nur dazu. Der Film wurde Kult.

Und die Geschichte, wie Depardieu zur Rolle gekommen ist, auch. Der ungehobelte Junge begab sich spontan zum Casting für den Film, trat, ohne anzuklopfen, ins Büro von Blier und schrie den Regisseur an: «Putain, dieser Jean-Claude, das bin ich! Diese zwei Typen, die sich

langweilen, die Mädchen belästigen und Autos klauen, sich jeden Abend volllaufen lassen, das ist mein Leben, das ist mein Leben, das bin ich, ich will die Rolle!» Er bekam sie.

Dann war er den Degen schwingend und Alexandriner rezitierend der beste und subtilste Cyrano de Bergerac aller Zeiten, wurde dafür mit Preisen überhäuft, weltweit. Er war auch der Tar-

Jetzt dankt ihm die Grande Nation für sein Lebenswerk gerade mit einem peinlichen Prozess.

tuffe von Molière, spielte den Bildhauer Rodin, Kolumbus, Alexandre Dumas und natürlich den dicken Obelix in «Astérix und Kleopatra».

Er drehte 240 Filme und Serien, manchmal fünf Kinofilme in einem Jahr, er wurde sechzehn Mal nominiert für den César des besten Schauspielers, das hat kein anderer geschafft. Er war eine Art französische Meryl Streep. Er drehte mit Sautet, Polanski, Bertolucci, Resnais, Pialat, Veber, Branagh, Godard, Gainsbourg, Varda – einfach mit allen. Hollywood rief, aber er blieb Frankreich treu.

Zu seinen populärsten Rollen wurden «Jean de Florette» von Claude Berri, nach einer Geschichte von Marcel Pagnol, und «Le dernier métro» von François Truffaut mit Catherine Deneuve (beide mit einem César als beste Schauspieler belohnt). Er spielte auch in Schweizer Filmen, «Pas si méchant que ça» von Claude Goretta und «Violanta» von Daniel Schmid.

Und er hat gesungen. Kein anderer Schauspieler hätte es gewagt, mit den Liedern von Barbara, der Diva assoluta des französischen Chansons der sechziger bis achtziger Jahre, auf Tournee zu gehen.

Grösster Poet, subtilster Interpret

Er hat die Lieder seiner 1997 gestorbenen Freundin («Depardieu chante Barbara») leise und eindringlich ins Mikrofon geträllert, mit einer Diktion und einer Emotion, wie sie nur Depardieu beherrschte. Das Publikum und die Kritik erklärten ihn einmal mehr zum Genie. Mit Barbara hatte er eine lange, passionierte Freundschaft, sie standen zusammen auf der Bühne für das Musikmärchen «Lily passion», die Geschichte einer erfolgreichen Sängerin, die sich in einen Mörder verliebt, der immer dort tötete, wo sie gerade auftrat.

Depardieu war immer eine Ausnahme, gleichzeitig der grösste Poet, der subtilste Interpret Frankreichs, aber halt auch eine Art obszöner Elefant im Porzellanladen, wenn es ums Essen, ums Saufen und um die Frauen ging. Eine Mischung aus Rabelais und Rimbaud. Jetzt dankt ihm die Grande Nation für sein Lebenswerk gerade mit einem peinlichen Prozess. Aber eben: In Frankreich wurden Könige immer zuerst vergöttert, dann geköpft oder weggejagt.

Film

Das Ende der Gier

Wolfram Knorr

Game Over – Der Fall der Credit Suisse (CH/D 2025). Dok-Film von Simon Helbling und Arthur Rutishauser

Weiss man doch längst: Banken sind der ideale Tummelplatz für Finanzjongleure. Sicher tummeln sich da auch honorige Verwalter der Geldwirtschaft. Aber die Mehrheit der Banker, davon lässt sich in diesem wirbligen Dok-Film ausgehen, tätigt ihr Geschäft mit Vorliebe ohne moralisch verengte Sicht. Der Zusammenbruch des legendären Schweizer Geldinstituts jedenfalls hat den einstigen Tempel in ein Golgatha verwandelt, wobei hier natürlich kaum einer zu Kreuze kriechen musste.

Und so wurde der «Fall» mit einer rauschenden Premiere eingeläutet. Es traten, wie Film-darsteller, ehemalige CS-Matadore auf die Bühne, etwa Richard Chandler und Emanuel Agustoni; auch der Tessiner Ex-Staatsanwalt Paolo Bernasconi war mit von der Partie. Chandler konnte die illustren Gäste mit einer frohen Botschaft beglücken: «In der Schweiz lief alles gut, da war alles unter Kontrolle.» Was sich die CS-Abzocker zum Beispiel in Entwicklungsländern leisteten – na ja, unschön.

Aufgedonnert

Autor Arthur Rutishauser und Regisseur Simon Helbling lassen alle Grosskopfen der CS mit alten und neuen Dokumenten ihre Einschätzungen, Vorwürfe, Kommentare, Rechtfertigungen Revue passieren, unterlegt mit einem wuchtigen Sound, angezuckert mit einer zum visuell Knalligen und Aufgezwirbelten à la Netflix neigenden Dramatik. Da staunt der Laie, wenn er nur kapiert könnte, was da so *true crime*-artig nun abläuft.

Es begann alles Ende der 1970er Jahre im Tessin, in der Filiale Chiasso, wo sich die Unregelmässigkeiten häuften und die Verluste durch alle möglichen Beteiligungen im Ausland wuchsen. Eigentlich hätte ich hier schon

gerne ausgerufen: Rentabilitäts- und Liquiditätsprobleme?! Wo? Was? Wie? Wurscht, es geht ja rasant weiter. Die Chefs werden vorgeführt wie Rainer E. Gut, der die First Boston kaufte und riesig werden wollte. Das ging schief, Guts Gier wurde unermesslich, seine Arroganz auch. Vom wilden Galopp mit den wechselnden Köpfen sind mir Lukas Mühlemann, Oswald Gröbel und Josef Ackermann geblieben, vor allem Ackermann mit dem wunderbaren Kommentar: «Eine Bank, die noch vor kurzem über 30 Milliarden Wert hatte, hat man für 3 Milliarden – man kann nur sagen: verscherbelt.» Ich glaube, Gut war es, der bekannte, dass ihm die Schweiz einfach zu klein gewesen sei, weshalb er in aller Herren Ländern rumzockte.

31 Milliarden, heisst es, seien an Boni rausgeschmissen worden – bei 33 Milliarden Verlust von 2012 bis 2022 –, und 11 Milliarden mussten an Strafe gezahlt werden. Es sind Zahlen, die beweisen, wie unzureichend das Management der Bank gewesen ist. Irgendjemand sagt das im Laufe des fast zweistündigen Films. Irgendwann, ich glaube, nach einer Stunde, habe ich angesichts dieses Hin und Her und Investment-Gesumses abgeschaltet und fand den aufgedonnerten Film nur noch langweilig.

Es handelte sich dabei selbstredend um die «subjektive Langweiligkeit» (also meine), die Schopenhauer ohne weiteres der «objektiven Langweiligkeit» (des Buchs, in diesem Fall des Films) gegenüberetzte: «Die subjektive Langweiligkeit hat ihren Grund im Mangel an Interesse für den Gegenstand; dieser aber in irgendeiner Beschränktheit desselben.» Und die äussert sich im vorliegenden Fall, weil der zwei Jahre alte CS-Crash bereits im Fernsehen rauf und runter abgehandelt wurde und der Dok-Film für den normalen Kinobesucher kaum noch einen grösseren Wert hat.

Rutishauser hat den Fall recherchiert und ein Buch darüber geschrieben. Ein solches Thema dokumentarisch zu verfilmen, setzt einen völlig anderen Umgang mit der Materie voraus, soll beim Publikum Neugierde geweckt werden. Sich auf eine Netflix-Dramaturgie zu verlassen, funktioniert bei Beziehungsdramen oder Mordfällen, aber nicht bei einem derart abstrakten Thema.

2015 drehte Adam McKay mit «The Big Short» eine ätzende Satire über das Verhalten gieriger Hedge-Fund-Manager, Auslöser der Immobilienmarktblase. Der Film schildert boshaft das Verhalten der Finanzhaie, macht die Figuren dadurch anschaulich. Man kapiert eine Menge, auch wenn einzelne Schachzüge nicht unbedingt nachvollziehbar sind. Die brutale Hatz ist entscheidend: Jeder will profitieren. Bei «Game Over – Der Fall der Credit Suisse» bleibt mir deshalb nach durchgestandenem Bombardement Bert Brechts Seufzer: «Wir stehen selbst enttäuscht und sehn betroffen/ Den Vorhang zu und alle Fragen offen.»

Klassik

Glanz und Elend der Kastraten

Manuel Brug

Franco Fagioli: Der letzte Kastrat – Arien für Velluti. Château de Versailles Spectacles

Es war die schlimmste Abirrung der ganzen Musikgeschichte. Vor allem in der Barockzeit, der Hochblüte der auf virtuosen Arien basierenden Opera seria, wurden in Italien, dem Mutterland des Musiktheaters, meist arme Knaben mit ein bisschen Singfähigkeit zu Tausenden kastriert. Die Eltern erhofften sich durch den entmannten Filius, der nun keinen Stimmbruch mehr haben würde, Ruhm und Geld auf der

Die Kastraten wurden als erste Sänger von den Primadonnen der Romantik abgelöst.

Opernbühne. Doch wer nicht an den Folgen der meist von irgendwelchen Quacksalbern vorgenommenen Operation elendiglich starb, wurde nicht automatisch ein Star.

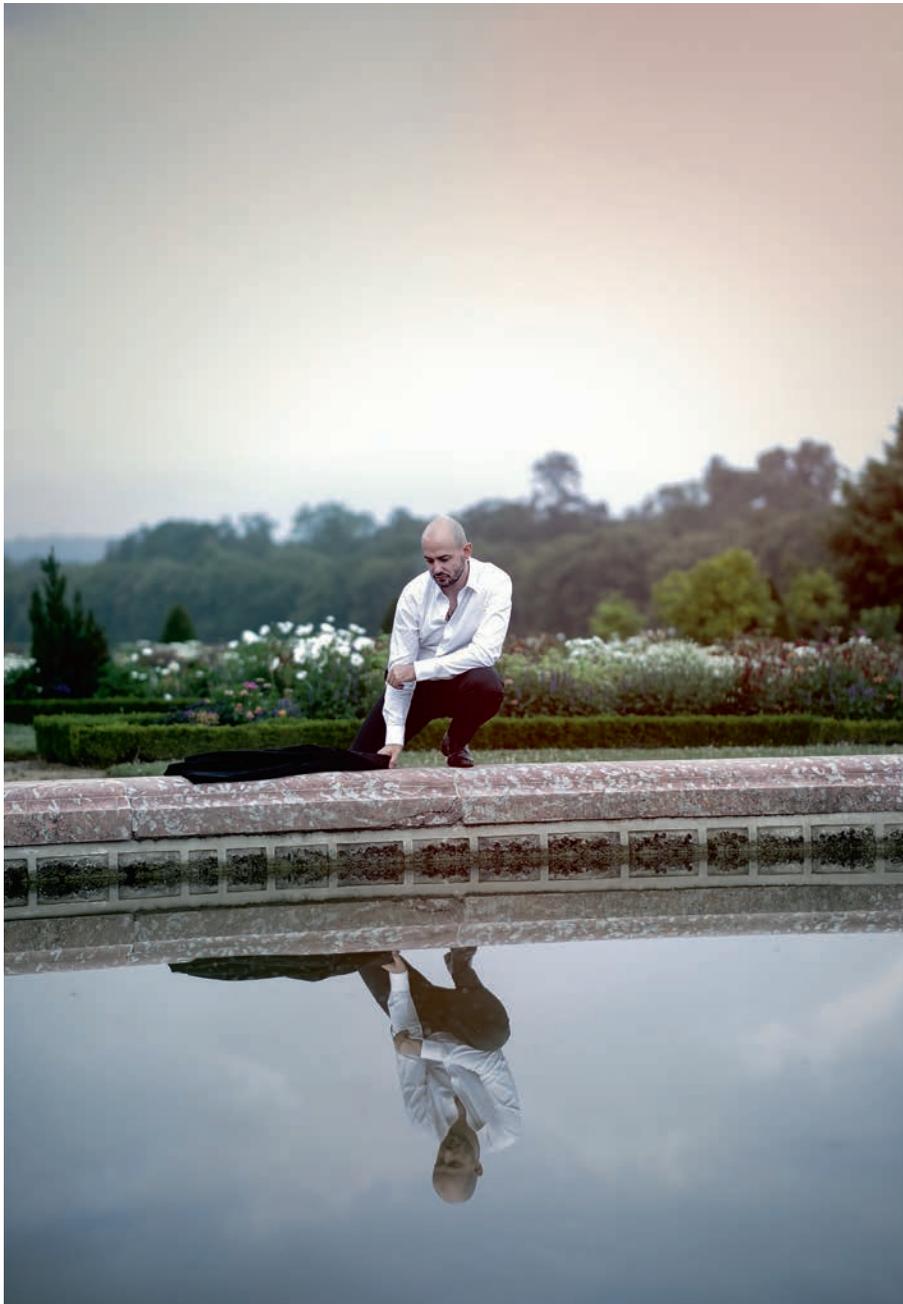
Weit war der Weg im schon damals von Eifersüchteleien, Intrigen und betrügerischen Impresari vergifteten Musikbetrieb. Viele Kastraten konnten froh sein, in einem Kirchenchor als Vorsänger zu landen. Für die Oper musste man Begabung und Disziplin besitzen, an die richtigen Lehrer, Förderer und Karrierestellschraubendreher kommen. Man musste dafür auch bisweilen mit dem Körper zahlen: Es lauerten geile Prälaten und sich nach einem zeugungsunfähigen Liebhaber verzehrende Damen.

Schreiende Kapaune

Und wie heute Dragqueens oder Transmenschen standen diese Sänger – selbst Stars wie Farinelli, Caffarelli oder Senesino – stets jenseits der gewöhnlichen Menschen. War der Kerzenglanz der Logentheater wieder erloschen, wurde sie zu misstrauisch beäugten Aussenseitern. Die zudem schauen mussten, in kurzer Zeit bekannt und reich zu werden. Die Konkurrenz schlief nicht, die Stimme konnte brechen oder verblühen.

Wie muss eine solche Existenz erst für einen wie den 1780 geborenen, 1861 gestorbenen Giovanni Battista Velluti gewesen sein? Schnell dürfte schon der junge Mann bemerkt haben, dass er einer der Letzten einer aussterbenden, weil altmodisch gewordenen Spezies darstellte. Die Kastraten wurden als erste Sänger von den Primadonnen der Romantik abgelöst; ebenfalls von den ihre Bruststimme hochtreibenden Tenören. Die empfand ein innovativer Klassizist wie Gioachino Rossini als schreiende Kapaune, aber mit den echten Restkastraten konnte er





Virtuos: Countertenor Fagioli.

ebenso wenig anfangen. Komischerweise auch nicht mit Velluti, obwohl der als gebildet und mitdenkend galt.

Trotzdem schrieb Rossini Velluti mit dem Arsace in «Aureliano in Palmira» (1813) und der Kantate «Il vero omaggio» (1822) zwei Glanzpartien, so wie auch der junge Meyerbeer 1824 in «Il crociato in Egitto»; und auch diverse Kleinmeister wie Mercadante und Morlacchi. Bei ihnen vor allem hat sich jetzt der argentinische Countertenor Franco Fagioli für ein tolles Konzeptalbum über «The Last Castrato» bedient. Das versammelt vorwiegend Opernarien von Komponisten wie Paolo Bonfichi, gleich drei von Giuseppe Nicolini, den Velluti am liebsten gesungen hat. In deren Stücken lässt sich viel erfahren über Vellutis Atemtechnik, sein Koloraturkönnen, sein Legato, seine Fähigkeit, auch kurze Noten zu bilden, aber auch eher ver-

zierungsfrei mit grosser Dramatik schnell zu singen. Die Sammlung, die Chor und Orchester der Opéra Royal de Versailles unter Stefan Plewniak mit viel Klangliebe lebendig werden lassen, wirft also Licht auf verschattete Opernmusik und ist gleichzeitig eine exzellente Stilübung.

Und Fagioli? Der lässt sich zwar gern als der virtuoseste der Countertenöre bezeichnen, mit 43 Jahren ist da allerdings leider schon ein wenig der Lack ab. Doch er reisst sich zusammen, und so bekommt er diese technisch ausgepichteten, aber eben auch mit Leben und Persönlichkeit zu erfüllenden Arien letztlich dank seiner Erfahrung doch in den Griff.

Der allerletzte Kastrat war dann übrigens der 1922 gestorbene päpstliche Kapellensänger Alessandro Moreschi – und er ist auch der einzige, von dem sich (er war schon sehr alt) einige ziemlich schreckliche Aufnahmen erhalten haben.

Jazz

Die Lady ist fürs Feuer

Peter Rüedi

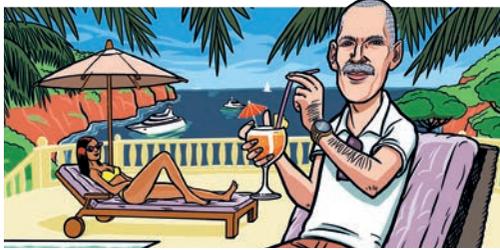
Myra Melford (Michael Formanek, Ches Smith): *Splash*. Intakt CD 436

Nicht dass von der physischen Erscheinung eines Musikers, einer Musikerin auf deren Kunst kurzzuschliessen wäre. Allein, ein Bild im jüngsten Album von Myra Melford ist denn doch zu speziell. Es zeigt die Pianistin zwischen den beiden Partnern ihres neuen Trios «*Splash*», dem Bassisten Michael Formanek und dem Drummer Ches Smith: eine zierliche Dame mit Jahrgang 1957 in Gesellschaft zweier Herren, die sie um einen Kopf (der eine) und fast zwei Köpfe (der andere) überragen. Das Foto, aufgenommen vor dem Hardstudio Winterthur, ist deshalb so witzig, weil Melford als Pianistin zwar über eine enorme stilistische Bandbreite und auch emotionale Tiefe und Finesse verfügt, zweifellos aber auch den Titel der ersten Kolumne verdient, die über sie in der *Weltwoche* erschienen ist: «Myra Powerfrau». Das war 1993, und es trifft nach wie vor zu, wenn immer «Power» nicht nur physische Qualitäten wie Anschlagskraft und Geläufigkeit meint, sondern auch geistige Präsenz, Intelligenz in den kompositorischen Entwürfen und den Mut, diese im improvisatorischen Interplay offen zu halten für viele Vorschläge, Weiterungen und Widersprüche.

Zusammen mit Michael Formanek und Ches Smith ist Melford eines der hinreissendsten Jazz-Pianotrio-Alben seit langem gelungen: ein Statement von einer Stringenz und gleichzeitigen Unvorhersehbarkeit, wie es im Bereich zwischen Komposition und freier Musik selten ist. Vielleicht auch zur Überraschung der Musiker selbst. Myra Melford hat eine Vorliebe für synästhetische Querverbindungen. Sie lässt sich von Literatur inspirieren, von bildender Kunst, und da immer wieder von Cy Twombly (1928–2011). Dessen Bekenntnis «*A line with a mind of its own*» wird so zum Titel eines Stücks von Melford. Eigentlich ist das sogar eine Chiffre für den sehr eigenen «abstrakten Expressionismus» dieses Trios überhaupt.

Mit Illustration von Twombly hat das nichts zu tun, vielmehr mit einer Verwandlung: einer Metamorphose von Farben, Flächen, Linien in Klänge, Läufe, Clusters, Arpeggios, Akkorde. Bassist Formanek ist ein brillanter singender Bassist, pizzicato, aber er beherrscht das Instrument auch mit dem Bogen. Und Drummer Smith weitet das Spiel gelegentlich auch auf das Vibraphon aus. Viel Power, aber auch viel Raffinement. Nach dem Motto: klar der Plan, offen das Ende.

LEBEN HEUTE



WUNDERBARE WELT

Das traurige Ende meines Bürokollegen

Mark van Huisseling

Ich mag Tiere, Hunde – ich war mal Mithalter eines Foxterriers – und Katzen beispielsweise, wir haben einen Bauernhof-Mischlingskater (vor ihm war's eine Britisch-Kurzhaar-Rassekatze). Doch pelzige Weggefährten zu mögen ist easy. Als Schüler interessierte ich mich für Reptilien, hielt Leguane, nicht Grüne Leguane, die bis zwei Meter lang werden, sondern Zaunleguane, zwanzig Zentimeter kurz und sowas wie Eidechsen de luxe, laienhaft ausgedrückt, aber immerhin. Zurzeit erfreue ich mich an einem weiteren Haus- respektive Bürotier: einer Hauswinkelspinne (*Tegenaria domestica*) nämlich. Das heisst, ich erfreute mich die längste Zeit an der zirka drei Millimeter (ohne Beine) kleinen Kollegin. Denn sie, oder er, ist weg seit neustem.

Was die meisten Menschen kaum betrüben würde – bis 15 Prozent der Bevölkerung leiden an Arachnophobie, krankhafte Spinnenfurcht gilt als eine der häufigsten Angststörungen

Spinnen sind Kannibalen, häufig fressen sie einander während oder nach der Paarung.

(zusammen mit Flug- und Höhenangst sowie Furcht vor Nadeln). Das ist ziemlich irrational. Zwar sind im Grundsatz alle Spinnen giftig, aber nur die wenigsten schaffen es, mit ihren Klauen, Scheren et cetera die menschliche Haut zu durchdringen. Und weniger als ein halbes Prozent der mehr als 100 000 verschiedenen bekannten Arten erzeugen ein Gift, das für uns gefährlich sein kann (im Schnitt sterben drei bis sieben Leute jährlich an Spinnenbissen).

Die Angst vor Spinnen könnte mit der Zahl ihrer Beine zusammenhängen: «Der Normalbereich liegt bei zwei bis vier», schreibt David Quammen, ein Wissenschaftsautor, und schlussfolgert, wir empfinden Ekel vor Lebewesen mit weniger Beinen, Schlangen, beziehungsweise mehr Beinen, Spinnentieren eben. Die *New Yorker*-Journalistin Kathryn Schulz, selbst Arachnophobikerin, ergänzt: «Phobien sind uninformierte Ängste, Rationalität beruhigt solche nicht.»

Wer sich dennoch informieren möchte, liest «The Lives of Spiders» von Ximena Nelson, Verhaltensbiologie-Professorin an der Universität von Canterbury, Neuseeland. In diesem Coffee-Table-Buch, treffender: Bildband, erfährt man alles, was man schon immer nicht wissen wollte über die Gliederfüsser, zu denen auch Skorpione oder Milben gehören. Etwa, dass die Zahl aller lebenden Spinnen geschätzte fünfzehn Milliarden beträgt (15 000 000 000 000 000). Ungleichmässig verteilt über die ganze Welt mit Ausnahme der Antarktis, also auch dort, wo Sie leben – Forscher in North Carolina, bedingt vergleichbar mit Norditalien oder der Nordwestschweiz, fanden Spinnen in 100 Prozent der Häuser und Wohnungen.

Die kleinsten messen 0,3 Millimeter, die grössten, die Riesen- oder Goliath-Vogelspinne (*Theraphosa blondi*), bringen es auf fünfzehn Zentimeter Durchmesser respektive das Doppelte inklusive Beine. Manche Spinnen leben ein Jahr, manche vierzig Jahre, einige Arten haben acht Augen, andere keine. Es gibt weibliche Spinnen, die ein Ei legen, und solche, die 3000 Eier legen. Spinnen sind Raubtiere, gemeinsam verzehren sie mehr als eine halbe Milliarde Tonnen Fleisch, was über dem Fleischverbrauch der Menschheit liegt (sie fressen hauptsächlich Insekten, teilweise fangen sie aber auch Nagetiere und Vögel mittels ihrer Netze; anschliessend betäuben sie die Beute mit Gift und erbrechen giftigen Speichel darüber, um sie zu zersetzen, Spinnen haben keine Zähne).

Spinnen sind in den allermeisten Fällen Kannibalen, besonders häufig fressen sie einander während oder unmittelbar nach der Paarung, in der Regel frisst das Weibchen das Männchen (80 Prozent der männlichen Wespen-Spinnen, die es auch in der Schweiz gibt, überleben ihr erstes Mal nicht). Und die Männchen der passend benannten Witwenspinne werfen sich nach voll-

zogener Begattung auf den Rücken – worauf das Weibchen sie vernascht, im Wortsinn.

Vielleicht war meine Büro- beziehungsweise Hauswinkelspinne ein Männchen und starb erfüllt oder immerhin befriedigt, dachte ich, als sie plötzlich fehlte (nachdem ich sie zuvor über Monate vom Schreibtisch aus beobachtet hatte). Doch bloss Tage später fand ich eine mindestens dreimal so grosse, gefräßige Wolfsspinnne, an einem Lieblingsplatz meiner vermissten *Tegenaria domestica* – worauf ich den haarigen Mörder vor die Türe setzte. Unschuldsumutung? Gilt nicht in diesem Fall, irgendwo ist Schluss mit Tierliebe.



UNTEN DURCH

Sind alle Menschen gleich?

Linus Reichlin

Wenn mich ein Ausserirdischer fragen würde, ob alle Menschen gleich sind, würde ich antworten: «Komm mit mir zum Flughafen!» Ich würde mir mit dem Alien dort die Boarding-Gruppen der verschiedenen Fluggesellschaften anschauen. Bei American Airlines zum Beispiel steigen als Erstes Passagiere ein, die den Status «Executive Platinum» haben. Das sind US-Generäle, CEOs von Apple, milliardenschwere alleinerziehende Mütter und so weiter. Der Rest der Passagiere wird in die Gruppen eins bis neun eingeteilt, wobei Gruppe eins «Platinum Pro», Gruppe zwei nur noch «Platinum» und Gruppe drei bereits der Anfang vom sozialen Abstieg ist. Die Mitglieder der Gruppe neun sind betrunken, verschuldet und vorbestraft und kriegen jene Mittelsitze, die am weitesten von den Bordtoiletten entfernt sind. Bei Delta Air Lines gibt es Passagiere, die «Sky Priority» haben, und solche, die dankbar sein müssen, dass sie überhaupt in die Kabine gelassen werden. Ihre Boarding-

Gruppe heisst «Main Cabin», damit sich keiner aus dieser bildungsfernen Gruppe versehentlich in den Frachtraum oder ins Cockpit setzt. Besonders bei Passagieren der Boarding-Grup-

Die Volksboarder wollen während des Flugs natürlich auch noch über die Route mitbestimmen.

pe «Main Cabin 3» besteht diese Gefahr, während man in «Main Cabin 1» manchmal Leute findet, die nach der Entziehungskur zu Jesus gefunden haben.

Bei Lufthansa boarden als Erstes die Leute mit «Preboarding»-Status. In dieser Gruppe ist keiner freiwillig. Preboarding ist ein Synonym für alt, krank, Baby, Rollstuhl. Es ist eine karitative Geste der Fluggesellschaft, und ausserdem will man nicht, dass krabbelnde Babys und Skifahrer mit Gipsbeinen den Fluggästen des «Honorary Circle» (kurz HON) im Weg stehen. Es ist nicht ganz klar, wer in der Boarding-Hierarchie der Lufthansa höher steht: der «Honorary Circle» oder die Leute mit «Senator»-Status. Oft sind HONs Senatoren und umgekehrt, und sie boarden in der Regel gemeinsam, ohne dass es zu juristischen Auseinandersetzungen kommt. Nach diesen *priority groups* boarden die Gruppen ohne *priority*, Leute, die, wenn sie im Januar auf die Kanarischen Inseln fliegen, bereits im Flugzeug Sandalen und Shorts tragen.

Die Swiss wiederum gehört zu den Fluggesellschaften, die beim Boarden das Edelmetall-Prinzip anwenden. In schweizerischer Bescheidenheit treibt man es nicht bis zum «Platinum», die «Gold»-Klasse boardet hier *priority*-mässig, wobei «Star Alliance Gold»-Mitglieder auch «Honorary Circle»-Status haben können. Ja, die Welt des Boardings ist kompliziert, das ist nichts für Sitzengebliebene, haha, nur für Einsteigende und Aussteigende. Ausgestiegene steigen sehr oft bei Easyjet ein, einer Fluggesellschaft, die man als Suppenküche der Luftfahrt bezeichnen könnte. Es gibt dort nur Gleiche und etwas Gleichere, deren Boarding-Gruppe «Speedy Boarding» heisst. Kein Platinum, kein Gold, keine Senatoren – einfach nur *speedy* wie du und ich. Und wie im Sozialismus üblich, ist es meistens auch gar nicht *speedy*, sondern genauso langsam wie das Volksboarding. Diese Volksboarder wollen während des Flugs natürlich auch noch über die Route mitbestimmen: «He, Fräulein

Hostess, sagen Sie dem Genossen Flugkapitän, dass ich und meine Kumpel vom Kegelclub Osna-brück etwas von Afrika sehen wollen auf dem Flug nach Ballermann!» Die Airline Emirates rückt die sozialen Gewichte dann wieder zurecht. Hier boarden zuerst die «Skywards Platinum»-Fluggäste, gefolgt von «Gold» und «Silver». Danach kommt die «First Class», und zwar noch vor der «Business Class». Bei Emirates gehören also fast alle Passagiere zu Priority-Boarding-Gruppen. Ich würde zu dem Ausserirdischen sagen: «Hör zu, E. T., wir Menschen sollten uns Emirates zum Vorbild nehmen, nicht Easyjet. Dann werden wir alle eines Tages eine einzige «Executive Imperial Diamond»-Boarding-Gruppe sein.»



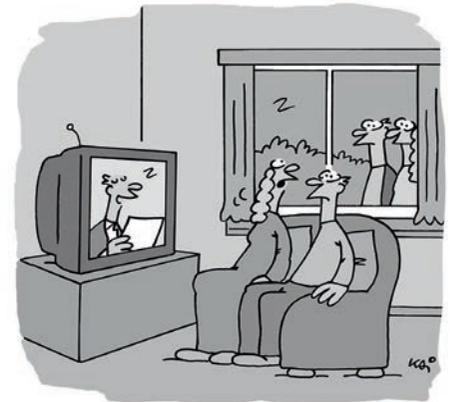
SEX Mehrere gleichzeitig Dania Schifftan

Liebe Dania, wie merkt man, dass man polyamor ist?

P. D., Zurzach

Polyamorie ist eine Beziehungsform, bei der eine Person romantische oder sexuelle Beziehungen zu mehreren Menschen gleichzeitig führt, mit deren Wissen und Zustimmung. Es gibt keine einfache Antwort auf die Frage, ob man polyamor ist, da es eine sehr individuelle Erfahrung ist. Dennoch gibt es einige Hinweise, die Ihnen helfen können, Ihre eigenen Gefühle und Wünsche besser zu verstehen.

Ein häufiges Merkmal von Polyamorie ist die Fähigkeit, romantische oder sexuelle Gefühle für mehrere Menschen gleichzeitig zu empfinden, ohne dass diese Gefühle in Konkurrenz zueinander stehen. Wenn Sie merken, dass Sie in Beziehungen zu mehreren Menschen eine ähnliche Tiefe der Verbindung empfinden,



«Unsere Nachbarn haben einen Weg gefunden, wie nie die TV-Abgaben sparen können...»

könnte das ein Hinweis darauf sein. Auch der Wunsch nach mehreren Beziehungen gleichzeitig ist ein Zeichen. Sie fühlen sich nicht nur zu einer Person hingezogen, sondern wünschen sich mehrere bedeutungsvolle Verbindungen, bei denen Offenheit und Einverständnis wichtig sind.

Ein weiteres Anzeichen könnte die Ablehnung von Monogamie sein. Sie fühlen sich in monogamen Beziehungen eingeschränkt oder können sich keine traditionelle Ein-Personen-Beziehung vorstellen. Wenn Sie das Gefühl haben, dass Polyamorie besser zu Ihren Bedürfnissen passt, könnte dies ein Hinweis sein.

Polyamorie basiert auf Kommunikation und Konsens. Wenn Sie feststellen, dass es Ihnen wichtig ist, offen über Ihre romantischen oder sexuellen Bedürfnisse zu sprechen, könnte dies ebenfalls ein Zeichen für Polyamorie sein. In polyamoren Beziehungen wird der Umgang mit Eifersucht anders betrachtet. Es geht nicht darum, Eifersucht zu eliminieren, sondern sie in einer gesunden Weise zu kommunizieren.

Polyamorie ist kein universelles Modell. Es geht darum zu verstehen, was Ihre Bedürfnisse sind und wie Sie diese in Ihren Beziehungen verwirklichen können.

Und das Schöne daran ist, dass Polyamorie Chancen bieten kann, eigene Bedürfnisse zu erkunden. Manchmal findet man dabei genau das, wonach man gesucht hat – oder merkt, dass die Vorstellung anders war als die Realität.

Dania Schifftan ist Sexologin, Autorin und Psychotherapeutin in Zürich.

Mailen Sie uns Ihre Fragen an daniam@weltwoche.ch

LESERBRIEFE

Richtig und sinnvoll

Nr. 11 – «Die negative Selektion»
David Biner über Martin Pfister

Der Autor bezeichnet die Wahl Pfisters als «negative Selektion» und hätte offenbar Markus Ritter bevorzugt. Fakt ist: Ritter hat keinerlei Exekutiverfahrung und auch keine Beziehung zum Militär. Seine Aussage, «ausmisten» zu wollen, ist eine überhebliche Beleidigung, ebenso sein Spruch betreffend fehlender Eignung von Frauen zum Militär. Ritter hat viel Erfahrung im Parlament, das ist richtig. Dort sieht er sich allerdings nicht als Vertreter der ganzen Schweiz (wie er geschworen hat), sondern als knallharter Lobbyist des Bauernverbands. Dies auch dann, wenn es um die Interessen der gesamten Wirtschaft geht (zum Beispiel bei Handelsverträgen). Bei seiner Wahl hätte ich jede Wette angenommen, dass er beim Rücktritt von Guy Parmelin sofort seine ganz grosse Liebe zum WBF erklärt und eine Rochade angemahnt hätte. Damit hätte er sein eigentliches Ziel, die Herrschaft über das Bundesamt für Landwirtschaft, erreicht. Nein, diese Wahl war richtig und sinnvoll.

Roland Lörtscher, Ursenbach

Lug und Trug

Nr. 11 – «Friedrich Merz: Reisst er die Schweiz in seinen Schuldensumpf?» – Philipp Gut

CDU, CSU, SPD und die Grünen tun ihr Menschenmöglichstes, bei der nächsten Bundestagswahl der AfD zu einem Stimmenanteil von über 35 Prozent zu verhelfen. Diese auf Lug und Trug gebaute grosse Koalition wird keine vier Jahre überdauern. Spannt man den Bogen von der Weimarer Republik über die Nazizeit bis hin zur kommenden Amtsperiode, kommt

einem August Bebel in den Sinn: «Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.» *Hugo Steffen, Root*

Merz und das deutsche Parlament: Tausend Milliarden Euro Schulden – sie haben es beschlossen. Wahnsinniger geht's nicht mehr.

Klaus Odermatt, Dallenwil

Insel der Stabilität

Nr. 12 – «China, die USA und Lee Kuan Yew»
Rahel Senn über Singapurs Gründervater Lee

In einer Welt, die von religiösen Fanatikern und provokativen Aggressoren bedroht wird, ist Singapur in Südostasien eine unverzichtbare Insel der Stabilität. Die Schweiz diente mit ihrem Bankensystem, der Swissair und der schlagkräftigen Milizarmee der Willensnation während der 1960er und 1970er Jahre als Vorzeignation. Der charismatische Premierminister Lee Kuan Yew setzte auf Ordnung, Sauberkeit und Disziplin. Die Inselrepublik am Südchinesischen Meer funktionierte nach dem konfuzianischen Kapitalismus und wurde zum Schmelztiegel der Religionen und Kulturen. Sicherheit und *social harmony* standen für den Premier an erster Stelle. Gründervater Lee hatte im Kampf gegen die Kommunisten und den Rassismus notfalls Disziplin über Pressefreiheit gestellt. Es ärgert mich immer wieder, wenn Schweizer Journalisten mit einer Mischung aus Bewunderung und Neid selbstgefällig nach ihren westlichen Wertvorstellungen über den Stadtstaat urteilen. Es ist auch Lees Verdienst, dass Singapurs Unabhängigkeit ohne Gewalt und Blutvergiessen stattgefunden hat. Singapur unterhält ein ungestörtes Verhältnis zur ehemaligen «Colonial

Power». Die Skulptur von Sir Thomas Stamford Raffles, dem einstigen Gouverneur, steht unangefochten an der Mündung des Singapore River. In Zürich wollen linke Politiker das Denkmal des berühmten Industriellen Alfred Escher verbannen. Singapur hat ihr einstiges Vorbild in mancher Hinsicht überholt. *Oscar Frei, Bäch*

Wohltuend

Weltwoche allgemein

Seit Jahren freue ich mich jeden Donnerstag auf die *Weltwoche!* Auch die neuesten Ausgaben (Nr. 10 und 11) sind einfach klasse. Einmal mehr überzeugen sie auf wohltuende Weise durch verschiedene Beiträge, die sich vom üblichen müden, ideologisch verbogenen Gejammer abheben. Und mit den in Nummer 11 auch kritischen Leserbriefen beweisen sie zudem, dass die *Weltwoche* kein SVP-höriges Blatt ist, wie manche meiner Mitbürger irrtümlicherweise meinen, sondern ein objektives, mit Weitblick ausgestattetes Organ. Vielen Dank dafür und weiter so! *Arno Müller, Kappel*

Distanz und Weitsicht

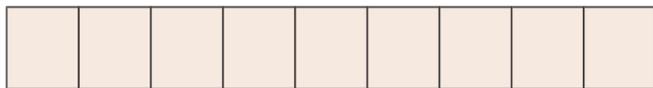
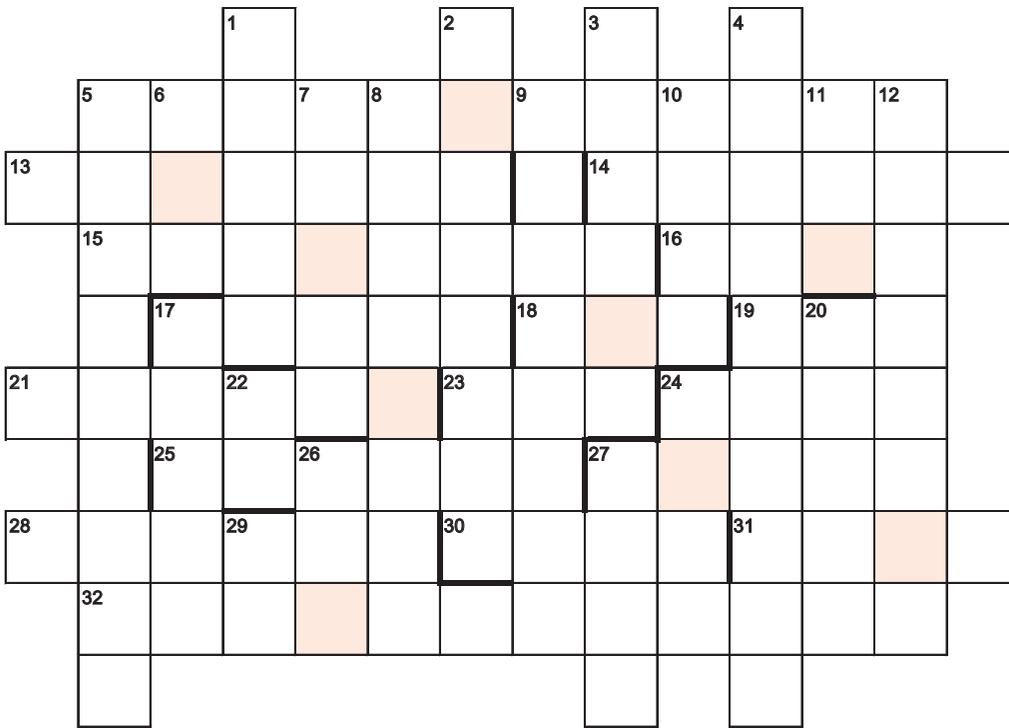
Nr. 11 – «Hoffnungslose Hoffnungsträgerin»
Kurt W. Zimmermann über Viola Amherd

Ob als Artikel oder als wöchentliche Kolumne: Schön, dass es Kurt W. Zimmermann immer wieder gelingt, mit Distanz und Weitsicht, vor allem aber auch mit erfrischendem Schalk auf das journalistische Geschehen in unserem Land und darüber hinaus zu blicken. Danke für diese bemerkenswerte Kontinuität!

Adrian Lüchinger, Horgen

Leserbriefe: Wir freuen uns über Ihre Zuschriften.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.





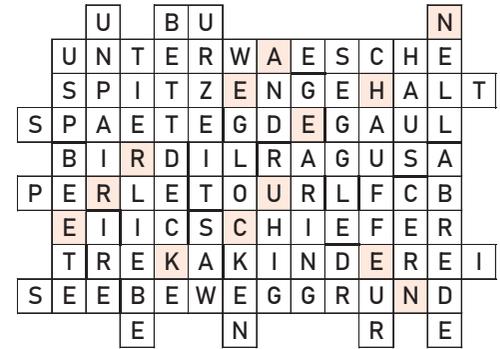
Lösungswort — im Hausflur gelagertes ungedroschenes Getreide?
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 5 Schicksal einer Schönheitskönigin? 13 sich reimendes geladenes Teilchen? 14 trägt den Beinamen «der Schreckliche» 15 dieses 31 wird ohne tun zum sprachlich passenden Zug 16 mit ihr erreicht man 25 waagrecht auf dem Luftweg 17 vervielfachter Promi-Eisbär? 18 taucht mitten in Pandemien auf 19 darin leben Hoffnungsträger 21 eulenhaft in der Heimat Harry Potters 23 nicht ganz ganz 24 ist entweder standhaft oder knochentrocken 25 umgebauter Serail im Nahen Osten 27 Tätigkeit fremder Müller, in der Schweiz oberhalb des Halses zu finden 28 nein, nicht einer wie Noah, ausser dieser hätte einen Bogen dabei gehabt 30 dieser Mineralwasser-Bestandteil fließt sowohl in die Donau als auch in den Tiber 31 wie Schwalben fliegen, wenn ein solches das Wetter bestimmt 32 könnte beinahe als Aufforderung, Standardseiten einzulesen, durchgehen

Senkrecht — 1 liegt im Ruhrgebiet, kann man aber auch anderswo gut 2 ausreichende Tätigkeit, beginnt und endet mit DNA-Abschnitt 3 paradoxerweise kann etwas zwar ganz ... hässlich sein, aber nicht ganz ... so 4 typische Eigenschaft von Polygonen und Wälzern 5 wird nicht nur anfänglich aus Honig hergestellt, sondern ist auch insgesamt ein tierisches Produkt 6 als interner Zinsfuß durchaus vernünftig 7 je nachdem ein Fall für Mediziner oder für Mathematiker 8 ist über 2100 m hoch und rockt 9 für Schneewanderungen wohl nicht das richtige Schuhwerk 10 Fe-Protoporphyrin IX, laienfreundlicher ausgedrückt 11 Steinzeit-, bzw. Pixelzeit-Graka 12 französischer Artikel in deutschschweizer Fluss, hilft, den zeitlichen Überblick zu behalten 17 wird im Handy-Zeitalter immer öfter vom Tap abgelöst 20 besitzt mehr Nadeln als so ziemlich jedes Nähatelier 22 liegt internettechnisch im Nordatlantik, kämpft aber im Nahen Osten 24 belohnungsleckerliwüdig 26 streift durch Lappland oder sendet in Russland 27 diese Kuhnahrung ist in der Westschweiz deutlich kalorienreicher 29 lachhafte 10¹⁰ mm²

© Daniela Feurer – Rätselfactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 909



Waagrecht — 2 BUCH 5 UNTERWAESCHE
12 SPITZENGEHALT 14 SPAETE 15 GDE
16 [G]AU[L] 17 BIRD (engl. f. Vogel; Leihrollerunternehmen) 18 IL (ital. f. der) 19 RAGUSA 21 PERLE 22 TOUR 23 FCB (FC Basel, US-Werbeagentur) 25 EIns/zwEI
27 IC (integrated circuit, Intercity) 28 SCHIEFER 29 KohlensäureKapsel 30 KINDEREI 32 SEE 33 BEWEGGRUND

Senkrecht — 1 UNPAIR (engl. f. entkoppeln; un pair = frz. f. ein Peer) 2 BETTDECKE
3 U(h)RZEIT 4 NELL 5 USP (unique selling proposition/point) 6 TIERLIEBE 7 WEGLOCKEN (WE-Glocken) 8 StANDardsituationen 9 SEGGLER 10 CHAUFFEUR 11 HAUS (hau's = CH-dt. f. hau ab) 13 GEARING (engl. f. Verzahnung) 17 BEETE 19 RUHIG 20 ABREDE 24 CERN 26 IRE 28 SAW (engl. f. sah/Säge) 31 DREI

Lösungswort — **NAEHERRUECKEN**

EMS

WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Rede und Gegenrede.

Jetzt neu!
E-PAPER
AUSGABE FÜR
DEUTSCHLAND

www.weltwoche.de



Abonnieren Sie jetzt die Ausgabe für Deutschland und holen Sie sich hier die neue App:

